

Wiener Landtag

27. Sitzung vom 30. Juni 2000

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	(S. 3)	Herlinde Rothauer (S. 19), Gert Wolfram (S. 20), Rudolf Hundstorfer (S. 21) und Dr Rüdiger Stix (S. 22)
2. Bekanntgabe, dass der 2. Bericht des Arbeitsausschusses "Verkehrs- und Siedlungspolitik" vorliegt	(S. 3)	7. Mitteilung des Einlaufs (S. 23)
3. Vorliegen des Endberichts für "Einkommen von Frauen und Männern in unselbständiger Beschäftigung" vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit	(S. 3)	8. Pr.Z. 450-MDBLTG, P. 7: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Regelung des Veranstaltungswesens (Wiener Veranstaltungsgesetz) geändert wird ("Entfall der Fiaker- und Pferdemietwagenbestimmungen") (Beilage Nr. 22) Berichterstatter: Amtsf StR Dr Peter Marboe (S. 23)
4. Bekanntgabe, dass ein Entschließungsantrag der Abgen Glawischnig, Moser, Freundinnen und Freunde eingegangen ist	(S. 3)	Abstimmung (S. 23)
5. Fragestunde:		9. Pr.Z. 449-MDBLTG, P. 8: Entwurf eines Gesetzes über den Betrieb von Fiakerunternehmen und mit Pferden betriebenen Mietwagenunternehmen (Wiener Fiaker- und Pferdemietwagengesetz) (Beilage Nr. 21) Berichterstatter: Amtsf StR Fritz Svhalek (S. 24 u. 38) Redner: Die Abgen Hanno Pöschl (S. 24), Mag Christoph Chorherr (S. 26), Rudolf Klucsarits (S. 29), Karl Ramharter (S. 30), Heinz Hufnagl (S. 34) und Dr Rüdiger Stix (S. 36) Abstimmung (S. 39)
6. Pr.Z. 57/AL/00: Aktuelle Stunde zum Thema "Die gesetzlichen Interessenvertretungen wie Landwirtschaftskammer, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer etc. haben für die Bewohner und Beschäftigten im Bundesland Wien eine große Bedeutung. Es erfüllt daher mit Sorge, dass von Vertretern der Bundespolitik Maßnahmen angekündigt werden, welche die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Interessenvertretungen, insbesondere der Arbeiterkammer, reduzieren. Eine solche Vorgangsweise könnte für das Land Wien nur eine schwer zu korrigierende Gefährdung der Interessen Wiens bedeuten."		10. Pr.Z. 267-MDBLTG, P. 10: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz geändert wird [CELEX Nr.: 393L0076] (Beilage Nr. 11) Berichterstatter: Amtsf StR Werner Faymann (S. 40 u. 43) Redner: Die Abgen Mag Maria
Redner: Die Abgen Johann Driemer (S. 15), Mag Christoph Chorherr (S. 16), Dr Matthias Tschirf (S. 17), Johann Römer (S. 18), Dipl Ing Dr		

- Vassilakou (S. 40 u. 43) und Rudolf Klucsarits (S. 41)
Abstimmung (S. 44)
- 11. Pr.Z. 242-MDBLTG, P. 1:**
Tätigkeitsbericht 1998 des Unabhängigen Verwaltungssenats Wien
Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Renate Brauner (S. 44 u. 52)
Redner: Die Abgen Marco Smoliner (S. 44 u. 51), Jutta Sander (S. 45), Dr Wolfgang Ulm (S. 46), Dr Helmut GÜNTHER (S. 47) und Godwin Schuster (S. 48)
Abstimmung (S. 52)
- 12. Pr.Z. 325-MDBLTG, P.2:** Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Landesvergabegesetz geändert wird
(Beilage Nr. 15)
Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Renate Brauner (S. 52 u. 55)
Redner: Die Abgen Jutta Sander (S. 52), Dr Helmut GÜNTHER (S. 54) und Volkmar Harwanegg (S. 54)
Abstimmung (S. 56)
- 13. Pr.Z. 265-MDBLTG, P. 3:** Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Wiener Stadtverfassung geändert wird
(Beilage Nr. 10)
Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Renate Brauner (S. 57)
Abstimmung (S. 57)
- 14. Pr.Z. 358-MDBLTG, P. 4:** Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1994 (9. Novelle zur Dienstordnung 1994), die Besoldungsordnung 1994 (14. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Pensionsordnung 1995 (9. Novelle zur Pensionsordnung 1995) und die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (9. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995) geändert werden
(Beilage Nr. 12)
Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Renate Brauner (S. 57)
Abstimmung (S. 57)
- 15. Pr.Z. 442-MDBLTG, P. 5:** Entwurf eines Gesetzes betreffend die Sicherung, Aufbewahrung und Nutzung von in Eigentum oder Verwahrung der Stadt Wien befindlichem Archivgut (Wiener Archivgesetz – Wr ArchG)
(Beilage Nr. 20)
Berichterstatter: Amtsf StR Dr Peter Marboe (S. 57)
Abstimmung (S. 57)
- 16. Pr.Z. 435-MDBLTG, P. 6:** Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Regelung des Veranstaltungswesens (Wiener Veranstaltungsgesetz) geändert wird (Veranstaltungsgesetz-Novelle 2000)
(Beilage Nr. 19)
Berichterstatter: Amtsf StR Dr Peter Marboe (S. 57)
Abstimmung (S. 57)
- 17. Pr.Z. 396-MDBLTG, P. 9:** Entwurf eines Gesetzes über die Haltung und die Zucht von Bienen sowie über eine Änderung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes (Wiener Bienenzuchtgesezt)
(Beilage Nr. 16)
Berichterstatter: Amtsf StR Fritz Svhalek (S. 58)
Abstimmung (S. 58)
- 18. Pr.Z. 307-MDBLTG, P. 11:** Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Sportgrossengesetz für Wien 1983 geändert wird
(Beilage Nr. 14)
Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Brigitte Ederer (S. 58)
Abstimmung (S. 58)
- 19. Pr.Z. 411-MDBLTG, P. 12:** Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Hundeaabgabegesetz geändert wird
(Beilage Nr. 17)
Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Brigitte Ederer (S. 58)
Abstimmung (S. 58)

(Beginn um 9.01 Uhr.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete des Wiener Landtags!

Die 27. Sitzung des Wiener Landtags ist eröffnet.

Entschuldigt ist Herr Abg Ing Dr Geringer, Herr Abg Dr Alkier von 9.00 bis 10.30 Uhr und von 12.30 Uhr bis Sitzungsende, Frau Abg Mag Bolena ab 9.45 Uhr, Frau Abg Kunz, Frau Abg Lettner und Frau Abg Weber.

Gemäß § 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags gebe ich bekannt, dass mir der 2. Bericht des Arbeitsausschusses "Verkehrs- und Siedlungspolitik" an die Landtage Burgenland, Niederösterreich und Wien vorliegt. Der Inhalt dieses Berichts wurde in der 48. Sitzung des Gemeinderats in einer Dringlichen Anfrage an den Herrn Bürgermeister ausführlich debattiert.

Vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Abteilung für grundsätzliche Angelegenheiten der Frauen, wurde mir der Endbericht für "Einkommen von Frauen und Männern in unselbständiger Beschäftigung" übermittelt. Wer Interesse an diesem Bericht hat, möge sich bitte an das Landtagsbüro wenden.

Weiters habe ich einen Entschließungsantrag der Abgen Glawischnig, Moser, Freundinnen und Freunde auf Umsetzung der Abschlussserklärung der Delegation aller neun Landtage zur Verhinderung grenznaher Atomkraftwerke vom 9. Mai 2000 erhalten. Diesen Antrag habe ich den Klubs zur Verfügung gestellt.

Wir kommen nun zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage wurde von Frau Abg Helga Klier gestellt und ist an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehrskoordination gerichtet: *Ist auch nach der bevorstehenden Novellierung des UVP-Gesetzes eine sinnvolle Umweltverträglichkeitsprüfung gewährleistet?*

Ich bitte um Beantwortung.

Amtsf StR Fritz Svhalek: Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Das Umweltverträglichkeitsprüfungsgegesetz wurde im Nationalrat in der Gesetzgebungsperiode 1990 bis 1994 beschlossen und hat den Sinn gehabt, erstmalig Verfahrensabläufe zu vereinfachen und entsprechend anhand einer Anlagenliste jene Projekte genau zu definieren, die dieser Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden. Im Wesentlichen sind das zwei Schwerpunkte: Gewerbe- und Industrieanlagen und Infrastrukturprojekte.

Es hat sich dann in der letzten Gesetzgebungsperiode ein Gesetzesvorschlag im Parlament eingefunden, der zwar vordergründig das Ziel gehabt hat, die Verfahren zu vereinfachen, aber in Wirklichkeit eine ausschließliche Verbesserung für die Wirtschaft dargestellt hätte, ohne Berücksichtigung neuer Umweltauswirkungen und schon gar nicht von Infrastrukturprojekten.

Der nun im Parlament aufliegende und momentan in der Diskussion befindliche Vorschlag ist zu meinem

Bedauern noch schlimmer. Ich möchte einige Argumente bringen, wieso.

Etwa zur Teilung ist ein UVP-Verfahren und eine UVP deshalb nicht vorgesehen im Gesetzesentwurf, weil ganz einfach die Gutachten und die zusammenfassende Bewertung der Umweltauswirkungen nur mehr ersetzt werden sollen. Also, bisher starke Stellung der Behörden und jetzt de facto ein Wegfall.

Auch der Zweck der Umweltverträglichkeitsprüfung, nämlich die umfassende und integrative Gesamtschau der Auswirkungen eines Vorhabens, wird in Frage gestellt, welche Vereinfachung überhaupt erzielt werden kann, dass die zusammenfassende Bewertung der Umweltauswirkungen nur mehr durch die Behörde und nicht mehr durch den mit der Begutachtung des Vorhabens befassten Sachverständigen erfolgen soll. Ebenfalls ein Rückschritt im Zusammenhang mit der bisherigen Vorgangsweise.

Auf Grund der Komplexität der damit verbundenen Fragen wird sich die Behörde trotzdem abermals entsprechender Sachverständiger bedienen müssen, sodass diese formelle Vereinfachung im Ablauf der Praxis durch diese von mir skizzierte Maßnahme wieder ad absurdum geführt wird und daher völlig sinnlos ist, es im Gesetz so zu formulieren.

Wenn dadurch jedoch die ganzheitliche Betrachtungsweise, die das UVP-Gesetz jetzt im Vergleich zu anderen Gesetzen auszeichnet, aufgegeben werden soll und durch eine rein summarische verfahrensrechtliche Bewertung durch die Behörde ersetzt werden soll, dann wäre das ein großer umweltrechtlicher Rückschritt. Wenn das der Hintergrund ist, dann ist die Ablehnung von uns noch schärfer.

Darüber hinaus fällt auf, dass in diesem so genannten vereinfachten Verfahren auch die Nachkontrolle und die Abnahmeprüfung nicht anzuwenden sind, deren Aufgabe es ja ist, die ordnungsgemäße Errichtung der Anlage nach erfolgter Genehmigung sicherzustellen.

In diesem Zusammenhang ist auch interessant, dass vor allem Industrieanlagen diesem vereinfachten Verfahren unterliegen, während Infrastrukturprojekte unverändert ausschließlich im ordentlichen UVP-Verfahren zu behandeln sind.

Ich sage sehr offen, dass hier die Absicht des Gesetzes völlig klar wird: zu Lasten des Umweltschutzes und zu Gunsten der Wirtschaft ein privilegiertes Regime zu schaffen.

Zweitens. Ein weiterer Kritikpunkt: Für die als Behörden zuständigen Landesregierungen sind nun viel zu kurze Verfahrensfristen vorgesehen. Es ist notwendig, dass gerade bei jenen Anlagen, die auch deshalb dem UVP-Gesetz unterliegen, weil mit erheblichen Umweltbeeinträchtigungen zu rechnen ist, eine genaue Prüfung durchgeführt wird. Auf Grundlage der bisher gemachten Erfahrungen ist eine Verfahrensdauer von 18 bis 24 Monaten Realität. Der jetzige Vorschlag würde das unter 9 Monate herunterdrücken. Das ist für eine UVP-pflichtige Anlage mit dem ent-

sprechenden Verfahren realitätsfremd und würde meiner Auffassung nach auch bei Betreibern Erwartungshaltungen mit sich bringen, die schlichtweg nicht zu rechtfertigen sind.

Ich sage ein Beispiel: Wir haben in Wien ja das UVP-Verfahren betreffend Heizkraftwerk Donaustadt durchgeführt und haben selbst bei diesem von den Medien betitelten musterhaften UVP-Gesetz und dessen Durchführung eine fundierte Prüfung von 18 Monaten benötigt.

Es drängt sich daher in diesem Zusammenhang der Verdacht auf, dass die Bundesregierung mit den von ihr beschlossenen Vorschriften im Falle des UVP-Gesetzes die mit der Vollziehung betrauten Landesregierungen alle Kosten und alle Verantwortungen tragen lässt, dass sie unrealistische Erwartungen bei Projektwerbern weckt und daher die Bedürfnisse des Umweltschutzes ebenfalls aus den Augen verloren werden. Also, ein klassischer Fall, eine Verantwortung zu delegieren und bei Betreibern Erwartungen hervorzubringen, die niemals einzuhalten sind.

Drittens. Ein sehr wichtiger und weiterer zentraler Diskussionspunkt ist die vorgesehene Einzelprüfung. Die Tatsache, dass für eine große Anzahl von Vorhaben innerhalb von sechs Wochen eine, wenn auch nur grundsätzliche Prüfung der Umweltauswirkungen durchzuführen ist, bedeutet sowohl für die Behörde als auch für die Antragsteller eine nicht zu erfüllende und unerträgliche Belastung. Um nämlich eine inhaltliche Beurteilung der Auswirkungen eines Vorhabens vornehmen zu können, bedarf es bereits zahlreicher Angaben des Projektwerbers über das geplante Projekt, welche auch in jenen Fällen von der Behörde zur Beurteilung eingefordert werden müssen, wenn man zum Ergebnis kommt, dass gar keine Genehmigungspflicht nach dem UVP-Gesetz vorliegt und der Projektwerber in der Folge bei den einzelnen zuständigen Behörden, zum Beispiel Gewerberecht, Naturschutzbehörde, Wasserrecht et cetera, von Neuem beginnen muss.

Unter diesem Aspekt scheint es völlig in Frage zu stehen, ob die mit diesem Gesetzesentwurf zumindest verbal angepeilte Zielsetzung, nämlich die Wirtschaft von Lasten zu befreien, auch tatsächlich zu erreichen ist.

Ich sage daher in aller Deutlichkeit: Der vorliegende Entwurf muss aus grundsätzlichen Überlegungen abgelehnt werden. Ich habe das auch öffentlich, ich habe das auch schriftlich und ich habe das auch im Wege des Parlaments bereits deponiert, dass wir dieser Novelle des UVP-Gesetzes nicht zustimmen können. Ich hoffe, dass in der nächsten Woche auf parlamentarischer Ebene diese Kritiken, die ja nicht nur von Wien kommen, aber sehr massiv aus unserem Bereich, berücksichtigt werden.

Noch einmal abschließend gesagt: Ich habe hier nur auf Grund der Kürze der Zeit die wesentlichsten Kritikpunkte vorgebracht und möchte ausdrücklich betonen, dass wir die Novelle zum UVP-Gesetz in

dieser Form ablehnen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Auf die erste Zusatzfrage wird verzichtet.

Die zweite Zusatzfrage stellt Herr Abg Kenesei. - Ich bitte.

Abg Günter Kenesei (GRÜNE): Herr Stadtrat!

Die vorliegende Novelle zum UVP-Gesetz ist - und das muss man so deutlich sagen - wirklich ein Schlag ins Gesicht des Umweltschutzes.

Ich glaube, dass die neue Bundesregierung nicht weiß, was Umweltschutz ist. Mittlerweile bezweifle ich, ob sie überhaupt weiß, wie man dieses Wort schreibt, wenn so eine Novelle vorgelegt wird. (Zwischenruf des Abg Gerhard Pfeiffer.) Kollege Pfeiffer, hören Sie einmal in Ihrem Leben zu! Hören Sie einmal zu! Vielleicht lernen Sie irgendwas da herinnen! (Abg Gerhard Pfeiffer: Von Ihnen nicht!) Das ganze Leben ist ein Lernprozess, Kollege Pfeiffer. Versuchen Sie das auch einmal!

Herr Stadtrat! Es ist schon extremst bedauerlich, dass vor allem Bürgerbeteiligung und Bürgerrechte bei dieser Novelle zum UVP-Gesetz dramatisch eingeschränkt werden, bis dahin, dass sie eigentlich in vielen Fällen dann nicht mehr existent sind. Beim vereinfachten Verfahren ... (Abg Gerhard Pfeiffer: Das ist ja nicht wahr!) Na, vielleicht erkundigen Sie sich einmal, Kollege Pfeiffer, dann verstehen auch Sie das! (Abg Gerhard Pfeiffer: Ich habe mich kundig gemacht!) Kundig gemacht! Ja, ist in Ordnung. (Abg Gerhard Pfeiffer: Stellen Sie Ihre Frage und polemisieren Sie nicht!) Was ich mache, werden Sie mir da herinnen nicht vorschreiben!

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Herr Abgeordneter, es ist Fragestunde an den Herrn Stadtrat!

Abg Günter Kenesei (fortsetzend): Der Herr Kollege Pfeiffer soll sich ein bisschen mäßigen, dann komme ich gerne zu meiner Frage. (Zwischenruf des StR Walter Prinz.) Haben Sie ein Problem, Kollege Prinz? Haben Sie ein Problem? (Neuerlicher Zwischenruf des StR Walter Prinz.) Na, mit dem werden Sie leben müssen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Herr Abgeordneter, bitte!

Abg Günter Kenesei (fortsetzend): Herr StR Svihalek! Wie wird die Stellungnahme der Stadt Wien ausfallen, wenn auf Grund des neuen UVP-Gesetzes, der Novellierung, zum Beispiel Straßenstücke, wie die Anschlussstelle B 301 - Hansson-Kurve, für die dann nach dem neuen Verfahren nur mehr ein vereinfachtes Verfahren ohne die Bürgerbeteiligung vorgesehen ist, auf die Tagesordnung kommen? Beziehungsweise wie werden Sie, wenn Industrieprojekte, die dann im vereinfachten Verfahren zu behandeln sind und wo auf eine Stellungnahme der Stadt Wien großer Wert gelegt wird, versuchen, trotz allem Bürgerbeteiligung und Bürgerinformation aufrechtzuerhalten?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Fritz Svihalek: Erstens stelle ich außer

Zweifel - auch in diesem Entwurf ist das ja beinhaltet -, dass bereits eingereichte und begonnene Projekte unterschiedlich behandelt werden.

Aber was die Zukunft betrifft, sehe ich zwei Möglichkeiten.

Die erste Möglichkeit. Ich habe gestern auch die Chance gehabt, mit zwei Landesumweltreferenten zu telefonieren, und ich habe auch in einem anderen Zusammenhang trotzdem dieses Thema angeschnitten. Ich habe mit Herrn Bundesminister Molterer telefoniert und habe gesagt: Wenn das UVP-Gesetz in dieser Form im Parlament verändert wird, werde ich mir erlauben, eine außerordentliche Konferenz der Landesumweltreferenten einzuberufen. Das geht nämlich quer durch die Parteien, unabhängig, welches politische Couleur die Landesumweltreferenten haben. Sie sind alle gegen dieses Gesetz, und zwar aus den Gründen, die ich zentral gesagt habe. Ich bitte um Verständnis, wenn ich das kurz wiederhole, weil es eine gewaltige Unterschiedlichkeit zwischen Infrastrukturprojekten und industriell-gewerblichen Projekten gibt und weil zweitens die gesamte Verantwortung für die Verfahren an die Landesbehörden übertragen wird. Das ist unerträglich, das ist unmöglich, das ist weder technisch machbar noch ist es machbar von der politischen Verantwortung her!

Daher konkrete Antwort: Es wird, wenn das Gesetz so durchgehen sollte, was ich noch immer nicht hoffe, eine Sondersitzung der Landesumweltreferenten von mir einberufen. Das ist mit so vielen Landesumweltreferenten abgesprochen, dass das möglich ist. Das heißt, die Sitzung wird stattfinden. Ich habe den Herrn Bundesminister darüber informiert, der es zur Kenntnis genommen hat.

Und sollte sich dabei ergeben, dass es gesetzlich keine weiteren Möglichkeiten gibt, glaube ich, dass die Länder ein gemeinsames Verfahren finden werden, wie sie die UVP behandeln. Das kann ich heute aus dem Bauch heraus nicht sagen, aber ich kann garantieren, dass es kommen wird. Denn wenn dieses Bundesgesetz kommt, ist es unerträglich, dass die gesamte Belastung bei den Ländern liegt. Die Länder werden daher dann einen Modus finden, wie sie im Rahmen des Bundesgesetzes das Verfahren abwickeln. Das ist ja der entscheidende Punkt. Entscheidend ist ja nicht letztendlich nur die Liste der Anlagen, die Liste der Projekte, das Entscheidende sind die Verfahren, und das will man zur Gänze den Ländern zuordnen. Und daher werden sich die Länder auch wehren.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Frau Abg Fürnkranz-Markus gestellt. - Ich bitte.

Abg Patrizia Fürnkranz-Markus (ÖVP): Herr Stadtrat!

Auch die Diskussion hier hat gezeigt, es geht den meisten Kritikern um das Bürgerbeteiligungsverfahren. Allerdings hat ja die Vergangenheit gezeigt, dass dieses so genannte Bürgerbeteiligungsverfahren eher - würde ich jetzt einmal sagen - von professionellen

Lobbyisten und auch von diversen Plattformen verwendet wurde und gar nicht so wirklich die Einbindung des Bürgers gezeigt hat.

Meine Frage an Sie: Haben Sie schon Überlegungen angestellt oder haben Sie auch irgendwelche konkreten Vorschläge, wie man wirklich ein echtes Bürgerbeteiligungsverfahren durchführen könnte?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Fritz Svhalek: Ich habe sie schon ange stellt, denn es ist in diesem Haus nicht unbekannt, dass die Abgen Prof Khol, Bartenstein und Svhalek dieses Gesetz geschaffen haben. Ich bin der Chefverhandler der SPÖ im Parlament gewesen, und mein Vorschlag war es, mit 200 Unterschriften die Parteienstellung zu ermöglichen. Das ist hervorragend. Ich sehe keinen Grund, das zu ändern. Der Vorschlag kam damals von mir, wurde von Prof Khol und von Bartenstein akzeptiert, und ich bleibe dabei. Wenn 200 Bürger, die wahlberechtigt sind, ihre Stimme abgeben, dann haben sie das Recht, Parteienstellung zu haben, egal, ob sie Zusammengehörigkeit haben, ob sie eine Gruppe sind, ob sie Einzelpersonen sind. Das ist legitim in unserer Demokratie für die Umweltbewegung. Wenn es 200 Unterschriften gibt, dann haben die Bürger Parteienstellung zu haben. Dieser Vorschlag ist gut, nicht nur, weil er damals von mir eingebracht wurde, sondern auch, weil er sich in der Praxis bewährt hat. Ich sehe überhaupt keinen Grund, Kollegin, von diesem Vorschlag abzuweichen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Frau Abg Reinberger gestellt. - Bitte.

Abg Brigitte Reinberger (FPÖ): Herr Stadtrat!

Faktum ist, dass die Verfahrensdauer bisher immer kritisiert wurde und dieser Gesetzesentwurf jetzt zu einer Verkürzung der Verfahrensdauer führen wird, was ja an sich zu begrüßen ist.

Faktum ist auch, dass der Verfahrensablauf immer kritisiert wurde und eine Vereinfachung daher auch zu begrüßen wäre.

Faktum ist auch, dass Parteienstellungen sehr wohl vorgesehen sind, auch beispielsweise der Umweltanwaltschaften.

Faktum ist auch, dass in Wien bisher Hochleistungsstrecken, wie zum Beispiel der Lainzer Tunnel, keiner Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen wurden.

Faktum ist aber auch, dass zum Beispiel in dem SPÖ/ÖVP-Entwurf für das UVP-Gesetz, die Kritiker, die SPÖ-Umweltsprecher, die das jetzt kritisieren, diese Forderungen offensichtlich in dieses Papier auch nicht hineinreklamiert haben.

Ich frage Sie daher, Herr Stadtrat: Wie stehen Sie dazu, wenn Ihre Fraktionskollegen offensichtlich gestern und heute und wahrscheinlich auch in Zukunft dazu übergehen, die Institution der mündlichen Anfrage auf polemische und unsachliche Weise zur Kritik an der Bundesregierung umzuinstrumentalisieren?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Fritz Svhalek: Im weise das auf das

Schärfste zurück, Kollegin Reinberger. Das ist doch bitte das legitime Recht, ein Gesetz, das dramatische Auswirkungen auf die Landespolitik hat, hier zu diskutieren. Das ist doch ungeheuerlich, wenn Sie sagen, wir stellen eine Frage, die nur die Bundesregierung kritisiert. Meinetwegen soll sie die Bundesregierung kritisieren. Aber die Sozialdemokraten stellen diese Anfrage hier deshalb, weil wir uns darüber Sorge machen, dass ein Bundesgesetz dramatische Auswirkungen im Bundesland hat zum Nachteil der ökologischen Situation. Nehmen Sie das zur Kenntnis, warum wir diese Frage stellen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und wir werden uns auch nicht davon abbringen lassen, in Zukunft solche Fragen zu stellen. Nehmen Sie daher zur Kenntnis: Die Sozialdemokraten sagen deshalb Nein zum UVP-Gesetz, weil alles das, was in diesem Gesetz geschaffen wurde, an Mitbestimmung, Rechte der Bürgerinnen und Bürger, Rechte der Umweltorganisationen, in Frage gestellt wird, und das werden wir Sozialdemokraten nicht zulassen! Nehmen Sie das zur Kenntnis! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Daher auch meine deutliche Antwort auf Ihre Frage: Wir sind gegen diesen Entwurf, der ausschließlich offiziellen Institutionen eine gewisse Form der Parteienstellung zukommen lässt. Wir wollen das, was heute im Bundesgesetz steht, behalten. Wenn 200 Bürgerinnen und Bürger, die wahlberechtigt sind, Parteienstellung haben, dann soll das auch in Zukunft so sein. Wir werden dafür kämpfen. Nehmen Sie das zur Kenntnis! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage wird von Frau Abg Klier gestellt. - Ich bitte.

Abg Helga Klier (SPÖ): Herr Stadtrat!

Sie haben an sich in der Beantwortung der vorherigen Fragen meine Frage, meine letzte Frage eigentlich schon sehr eindringlich beantwortet.

Trotz allem glaube ich, dass Sie unsere Unterstützung brauchen werden, und ich möchte hier noch einmal einhaken. Wird es diese Bürgerbeteiligung absolut auch nachher noch geben? Denn die Auswirkungen, die wir hier sehen, nach den Eingriffen, die gemacht werden sollen, würden das ja komplett ausschließen. Das heißt, die Industrie alleine wäre diejenige, die die Vorherrschaft hätte und über alles drüberfahren könnte.

Das heißt, noch einmal meine Frage: Sie werden 100-prozentig hinter dem stehen, und wir werden absolut diese Bürgerbeteiligung nicht abschaffen, soweit es in unserer Macht steht, und darum kämpfen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Fritz Svhalek: Ja, eindeutig. Uns ist der Vorschlag, dass lediglich Akteneinsicht gewährt wird - so wie es im Vorschlag lautet - und keine Bürgerbeteiligung mit Parteienstellung, zu wenig. Ich sage das noch einmal: Wir werden alle Möglichkeiten auf parlamentarischer Ebene suchen, und ich werde das, was ich heute angekündigt habe, nämlich mit den Landesumweltreferenten einen Weg zu suchen, auch ent-

sprechend umsetzen. Ich hoffe aber noch immer, dass die Bundesregierung einsichtig ist und gerade in der Frage, in der Zentralfrage, für wen es eine Bürgerbeteiligung gibt, mit Parteienstellung, einlenkt. Wenn sie das nicht tut, werden wir unsere Möglichkeiten aus schöpfen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke. - Die 1. Anfrage ist damit beantwortet.

Die 2. Anfrage wurde von Frau Abg Mag Alexandra Bolena gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet: *Wird es in Wien noch rechtzeitig vor den nächsten Wahlen die im Koalitionsübereinkommen vorgesehenen legistischen Änderungen bezüglich Wahlrecht geben?*

Herr Landeshauptmann, ich bitte um Beantwortung.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Ich erspare Ihnen und egoistischerweise auch mir eine Aufzählung all dessen, was es an Wahlrechtsänderungen in einer absehbaren Zeit gegeben hat und wiederhole mich daher auch in Bezug auf Ihre Anfrage hin wie bei ähnlichen Anfragen, die Herr Klubobmann Chorherr ja wiederholt eingebbracht hat und auch heute bereits sich in Positur dafür geworfen hat. (*Abg Mag Christoph Chorherr: Ja!*) Er ist eh fesch!

Es ist nicht die Aufgabe des Landeshauptmanns, das ist weder in der Landesverfassung, noch in der Bundesverfassung vorgesehen, ein Wahlrecht oder eine Wahlrechtsnovelle auszuarbeiten und die vorzulegen, sondern es ist Aufgabe der Parteien, dies zu tun. Ich bin mir dessen bewusst, dass auch im Koalitionsübereinkommen der beiden Regierungsparteien in Wien die grundsätzliche Bereitschaft zu einer Novellierung des Wahlrechts vorgesehen ist, und ich bin überzeugt davon, dass die beiden Regierungsparteien zügig an der Umsetzung auch dieses Punktes des Regierungsübereinkommens arbeiten.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Bolena gestellt. - Bitte.

Abg Mag Alexandra Bolena (Liberales Forum): Herr Landeshauptmann, das klingt so, als wäre es noch in dieser Legislaturperiode möglich, ein neues Wahlrecht umzusetzen. Ich finde es sehr erfreulich, das zu hören.

Aber meine Frage an Sie: Wie argumentieren Sie derzeit - und zwar demokratiepolitisch -, dass jede Stimme nicht gleich viel wert ist?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Da befinden wir uns, Frau Abgeordnete, in einer alten, ich glaube aber auch, sehr wichtigen Diskussion, und deswegen will ich mich auch nicht darüber hinwegschwindeln. Das ist die Diskussion über das Proportionalwahlrecht und das Verhältniswahlrecht, eine Diskussion, die ich demokratiepolitisch für sehr vernünftig halte. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund etwa des Wahlrechts in einem nach wie vor Mutterland der Demokratie, nämlich in Großbritannien. Dort ist die Diskussion ja neu-

erdings auch zu führen - gewesen, muss man heute fast sagen, im Hinblick auf den Bruch mit alten Traditionen, sei es im Hinblick auf die zentralistische Führung Großbritanniens, aber auch im Hinblick auf das Wahlrecht, das dort ja davon ausgeht, dass man - wie etwa Margaret Thatcher - mit 34 Prozent 60 Prozent, mehr als 60 Prozent aller Mandate besetzen konnte.

Aber eine sehr interessante Diskussion gibt es darüber auch in Italien, das genau das diametrale Gegen teil ist, wo man davon ausgegangen ist: Jede Stimme ist gleich viel wert. Man hat auch keine Barrieren drinnen gehabt, Eintrittsbarrieren für kleine Parteien, und ist dann im italienischen Parlament vor der heutigen Situation gestanden, und dort ist die Diskussion in die andere Richtung hin gegangen.

Naturgemäß vertrete ich - nicht als SPÖ-Vorsitzender, das steht gar nicht zur Diskussion hier, sondern durchaus persönlich und auch als Landeshauptmann - in erster Linie ein Wahlrecht, das klare Formen der Regierung ermöglicht, klare Verantwortungen von Regierung und Opposition ermöglicht, denn dies scheint mir im Hinblick auf das, was die Bürger erwarten, nämlich die größtmögliche Effizienz von Regierungsformen, auch das Sinnvolle zu sein. Und ich halte dies im Rahmen einer demokratiepolitischen Diskussion für genauso legitim, wie der umgekehrte Standpunkt legitim ist, dass die Stimmen möglichst gleich zu bewerten sind und dass es möglichst gleichen Zugang in die entsprechenden parlamentarischen Gremien gibt. Bitte nicht diejenigen, die das vertreten, als positivere oder weniger positive Demokraten anzusehen. Deswegen habe ich auch die beiden diametralen Beispiele aus England und aus Italien in Europa selbst gebracht. Das ist legitim. Das ist eine Frage der Sichtweise dessen, was man vermeint, am effizientesten in Umsetzung des Wählerwillens letztendlich auch tun zu können. Und ich meine, das ist im hohen Ausmaß die Aufgabe der Regierung.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Chorherr. - Ich bitte.

Abg Mag Christoph Chorherr (GRÜNE): Herr Landeshauptmann!

Wir haben an dieser Stelle schon einige Male über das Wahlrecht gesprochen, und ich möchte mich jetzt in meiner Zusatzfrage mit der Terminologie des Begriffs "zügig" auseinander setzen.

Sie haben, glaube ich, vor vier Jahren hier in einer Anfragebeantwortung wörtlich gesagt - und man erlebt ja bei Fragestunden gelegentlich ein Déjà-vu-Erlebnis; das haben Sie vor vier Jahren gesagt -, dass Sie zügig, dass der Gemeinderat zügig arbeiten wird und insbesondere die Klubobaleute der Regierungspar teien zügig einen Entwurf vorbereiten. Ich habe dann zurückgefragt: Ja, was heißt denn "zügig"? - Und Sie haben damals gesagt: Na ja, was mehr als zwei Jahre ist, würden Sie schon als trödeln bezeichnen. Das ist jetzt zwei Jahre her.

Meine Zusatzfrage bezieht sich darauf: Gibt es eine eigene Terminologie, was "zügig" betrifft, was das

neue Wahlrecht betrifft, oder haben Sie in der Zwischenzeit dazugelernt? Und was würden Sie aus heutiger Sicht sagen: Was ist ein "zügiger" Arbeitsfortschritt, in Wien zu einem neuen Wahlrecht zu kommen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Herr Klubobmann!

Ich bin ja gerne bereit, mit entsprechendem Vokabular auszuholen. Aber mehr als einmal in einer Fragestunde tue ich das nicht. Jetzt habe ich Ihnen schon mit dem Déjà-vu-Erlebnis ausgeholzen. Mit weiteren Interpretationen von "zügig" werde ich das hintanhalten.

Und meine Güte. Ich habe gerade vorhin versucht, ein bisschen in die Grundsatzdiskussion mit Frau Abg Bolena einzutreten. Es handelt sich hier offensichtlich bei dem Wahlrecht um eine Sache, die von sehr grundsätzlicher Bedeutung ist, gerade die Frage der Bewertung der Stimmen, gerade die Frage dessen, was letztendlich das Ergebnis jeweiliger Wahlrechts systeme ist, und daher kann ich wohl davon ausgehen, dass es sich hier um ein sehr gewichtiges und sicherlich auch sehr komplex und schwierig zu diskutierendes Themenfeld handelt.

Aber ich füge auch nochmals hier hinzu: Ich bin kein Teilnehmer an dieser Diskussion im Detail, wohl aber im Grundsätzlichen. Ich bin nicht Verhandlungsführer auf irgendeiner Seite, und ich gehe daher davon aus, dass im Verhältnis zur Wichtigkeit des Themas und zur Notwendigkeit des Tiefgangs dieser Diskussion hier durchaus auch zügig verhandelt wird.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag KARL. - Bitte.

Abg Mag Franz KARL (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Ich bin ja eigentlich überrascht, dass der Kollege Chorherr zügig zu seiner Zusatzfrage gekommen ist und nicht darauf vergessen hat, so wie am Dienstag bei der Einbringung des Wahlrechtentwurfs.

Es wäre natürlich spannend, jetzt zum Proportionalrecht versus Mehrheitswahlrecht oder zur Stärkung des Persönlichkeitswahlrechts zu fragen und darüber zu diskutieren.

Ich bitte dich aber um Verständnis, dass ich mich einem Gebiet zuwende, das mir persönlich besonders am Herzen liegt, und daher möchte ich dich fragen: Es ist ja so, dass mehrere Bestimmungen der Wiener Gemeindewahlordnung ausgesprochen behinderten diskriminierend sind, und zwar in einem solchen Maße, dass sie wahrscheinlich einer Anfechtung vor dem Verfassungsgerichtshof gar nicht standhalten würden.

Du hast am 1. Dezember 1998 auf eine Frage in dieser Richtung gesagt: "Ich denke, dass das die Punkte sind, die man auch relativ rasch abhandeln könnte."

Wirst du deinen sicher nicht unbeträchtlichen Einfluss gegenüber Frau Str Brauner auf der einen Seite und gegenüber dem SPÖ-Klub und insbesondere Herrn

Klubobmann Hatzl auf der anderen Seite in die Waagschale werfen, damit wir wenigstens in der nächsten Landtagssitzung zu einem Initiativantrag, zu einem gemeinsamen Initiativantrag kommen, der die behindertendiskriminierenden Bestimmungen der Gemeindewahlordnung abschafft? (Abg Godwin Schuster: Bitte mit dem eigenen Klub reden!)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass es irgendwelche inhaltliche Schwierigkeiten geben kann mit dem Anliegen von dir, nämlich Behindertendiskriminierungen im Wahlrecht - ich sage aber dazu: sicherlich auch in anderen Gesetzesmaterien, was noch viel mehr Arbeit bedeuten wird - entsprechend zu beseitigen. Ich glaube nicht, dass das das Problem ist.

Ich habe eher den Eindruck, das Problem ist, dass in dem Moment, wo man im größeren Kreis die Wahlrechtsdiskussion beginnt, sehr viele Aspekte dazukommen, sehr viele Aspekte, etwa was betrifft ... (*Abg Johann Hatzl: Das Problem ist, dass sich der Herr KARL an eine vereinbarte Vorgangsweise, die er kennt, jetzt nicht halten will!*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (*unterbrechend*): Der Herr Landeshauptmann ist gefragt, bitte!

Lhptm Dr Michael Häupl (*fortsetzend*): Nein, nein, ich will inhaltliche Dialoge ungern unterbrechen. Ich verstehe das schon. Wenn es schon zu Gesprächen über das Wahlrecht kommt, dann bin ich für jedes dankbar.

Also, ich glaube, das ist nicht das Problem, sondern das Problem wird sicherlich das sein, dass man nicht nur über die Frage Mehrheitswahlrecht versus gleicheres Wahlrecht, also Proportionalwahlrecht, hier diskutieren kann, sondern da wird genauso die Frage Herabsetzung des Wahlganges, die Frage des Einbaus von Persönlichkeitselementen und da werden sehr viele andere Themenfelder, die anstehen, die zweifelsohne zur Diskussion anstehen und die ich für sehr wichtig halte, dann auch in der Diskussion entsprechend mit eingebracht werden.

Aber um das ganz verständlich und klar zu machen: Ich persönlich bin selbstverständlich für die Beseitigung von behindertendiskriminierenden Gesetzespassagen in allen Gesetzen und damit auch beim Wahlrecht.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr GÜNTHER gestellt. - Bitte.

Abg Dr Helmut GÜNTHER (*FPÖ*): Herr Landeshauptmann!

Anlässlich der internationalen Tagung in Oulu, dem Städtetag der Regionen und Gemeinden, ist eine Resolution beschlossen worden, in der es einen Punkt hat, der geheißen hat: Ausländerwahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer auf Gemeindeebene.

Österreichische Delegierte der ÖVP und FPÖ haben sich bei diesem Resolutionsantrag - in dem viel Richti-

ges gestanden ist - der Stimme enthalten. (Abg Godwin Schuster: Sechs! Nicht alle!) Ja, ich habe gesagt, Mitglieder von ÖVP und FPÖ. Mitglieder Ihrer Fraktion haben dem zugestimmt.

Jetzt steht in diesem Resolutionsantrag, dass die Umsetzung auf nationaler Ebene zu erfolgen hat. Wie stellen Sie sich diese Umsetzung vor beziehungsweise wie stehen Sie zu diesem Thema?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael Häupl: Also, grundsätzlich stehe ich der Diskussion über dieses Thema offen gegenüber, so wie für viele andere Fragen der Integration. Ich denke, dass es grundsätzlich keine Diskussionsverweigerung über ein derartiges Thema im Hinblick auf die notwendigen Integrationsbemühungen gerade auch unter den heutigen Bedingungen - nicht den gestrigen oder vorgestrigen Bedingungen, unter den heutigen Bedingungen - geben sollte. Ob man letztendlich dies umsetzt, wird sicherlich auch eine Frage des nationalen Konsenses sein, denn wie Sie ebenso gut wissen wie ich, steht auf der Bundesebene eine Wahlrechtsdiskussion und Wahlrechtsnovellierung auch an. Sie ist ja in dem Vertrag der beiden Regierungsparteien auch enthalten, ohne es näher zu spezifizieren. Ich bin überzeugt, dass im Rahmen dessen, viele Fragen, die wir jetzt kurz mit Titeln versehen haben, aber auch diese Frage, zu diskutieren sein werden.

Warum ich meine, dass man eine Zustimmung zu dieser Resolution geben konnte, ist vor allem aus dem Grund, weil es eine Reihe von weiteren Punkten in dieser Resolution gegeben hat, die zweifelsohne in den jeweiligen nationalen Diskussionen natürlich auch ihre entsprechende kontroversielle Rolle spielen. Das gilt durchaus für einige Punkte, von denen ich mir vorstellen kann, dass Sozialdemokraten auch nicht gerade aufgesprungen wären, um mit frenetischem Beifall diese Punkte zu begrüßen, wenn ich etwa an Passagen der Wirtschaftsentwicklung, der Privatisierung oder Ähnliches denke.

Ich glaube, dass diese Resolution grundsätzlich in einem Geist oder auch in einem Inhalt gehalten war, wo man jetzt nicht jeden einzelnen Punkt als absolute Fixierung betrachten sollte, so auch den von Ihnen angeschnittenen, aber natürlich gilt das auch für andere Punkte, die ich nicht so gerne a priori dort fixiert gesehen hätte, die Ihnen möglicherweise - wir haben nicht so intensiv darüber diskutiert, ich vermisse es nur einmal - besser gefallen als dieser Punkt.

Also ich denke, das ist eine Sache - und das meine ich durchaus auch persönlich sehr ernst -, die wir im Zuge von generellen Reformen des Wahlrechts diskutieren müssen, von denen ich zutiefst überzeugt bin, dass sie mit Persönlichkeitselementen angereichert werden müssen, aber auch mit Elementen der direkten Demokratie, dies aus Gründen, weil ich die Akzeptanz für die parlamentarische Demokratie in der Öffentlichkeit erhalten will. Wir wollen diese Diskussion sehr

ernst, sehr ruhig und ich hoffe, ohne große Polemik führen, ohne Tabus.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Bolena gestellt. - Ich bitte.

Abg Mag Alexandra Bolena (Liberales Forum): Herr Landeshauptmann!

Ich möchte anknüpfen bei der Frage des Herrn Abg KARL.

Ich bin mir nicht sicher, ob ich jetzt die Antwort wirklich deutlich vernommen habe und frage Sie daher noch einmal: Ist bis zu den nächsten Wahlen damit zu rechnen, dass zumindest der Mindeststandard, das heißt, dass es in jedem Bezirk ein behindertengerecht ausgestattetes und behindertenfreundlich zugängliches Wahllokal gibt, umgesetzt sein wird?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael Häupl: Abgesehen davon, dass ich glaube, dass dieser Mindeststandard nach meinem Wissen schon erfüllt ist, bin ich aber überzeugt davon, dass die beiden Klubvorsitzenden beziehungsweise sowohl Frau StR Brauner als

auch Herr Abg Prof KARL sehr darauf schauen werden, dass dies, was wir gemeinsam wollen, nämlich keine Barrieren für Behinderte im Zugang zur Ausübung ihres Wahlrechts, entsprechend erfüllt ist, und dies vor den nächsten Gemeinderatswahlen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Herr Landeshauptmann. Die 2. Anfrage ist damit beantwortet.

Wir kommen zur 3. Anfrage. Sie wurde von Frau Abg Mag Maria Vassilakou gestellt und ist an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadtneuerung gerichtet: *Im heutige dem Landtag zur Beschlussfassung vorliegenden Feuerpolizeigesetz ist vorgesehen, dass auch abgemeldete und somit nicht benutzte Rauchfänge jährlich vom Rauchfangkehrer zu überprüfen sind. Wie können Sie dies gegenüber den Mietern beziehungsweise Wohnungseigentümern rechtfertigen, die für diesen Unfug mit noch höheren Betriebskosten belastet werden?*

Herr Stadtrat, ich bitte um Beantwortung.

Amts StR Werner Faymann: Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren!

Über die wesentlichen Inhalte der Novelle des Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetzes möchte ich jetzt nicht sprechen, da dazu heute ohnehin noch ausführlich Gelegenheit besteht, sondern lediglich zu Ihrer Frage hinsichtlich der Notrauchfänge einerseits, aber natürlich auch der stillgelegten Rauchsammler und Rauchfänge. Hier ist eine Überprüfung vorgesehen, die im Rahmen eines vorbeugenden Brandschutzes notwendig ist.

Und gleich zusammenfassend gesagt: Es handelt sich bei Rauchsammlern um eine Belastung für Eigentümer beziehungsweise Mieter - und Sie wissen, dass ich mir das sehr genau anschau, wenn es um Belastungen von Mietern geht - von 1 Groschen pro Quad-

ratmeter und Monat und bei Rauchfängen von 7 Groschen pro Quadratmeter und Monat. Ich hoffe, hier ist ein Schnittpunkt zwischen den Wünschen für den vorbeugenden Brandschutz und andererseits möglichst geringen Belastungen für die Mieter gefunden worden.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Vassilakou gestellt. - Ich bitte.

Abg Mag Maria Vassilakou (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Sie scheinen, nehme ich an, also diese Überprüfung von abgemeldeten Rauchfängen für notwendig zu halten. In der Novelle wird als Grund die Vorsorge bei Krisensituationen angegeben.

Könnten Sie uns bitte erklären, welche Krisensituationen hier gemeint sein können? Wie gehen Sie davon aus, dass solche Krisensituationen in Wien eintreffen könnten?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat, ich bitte.

Amtsf StR Werner Faymann: Auch in den Stellungnahmen und vor etwa einem Jahr in den Forderungen, die im Rahmen der MA 64 für vorbeugende Brandschutzmaßnahmen entstanden sind, sind die Notfallskamine, also dass in Bereichen Notfälle eintreten, wo man Notkamine zu aktivieren hat, nicht im Vordergrund gestanden.

Im Vordergrund sind jene abgemeldeten Kamine und Rauchfänge gestanden, die sehr oft zu einem Risiko führen. Ich verlasse mich natürlich hier auf die feuerpolizeilich zuständigen Experten und gehöre da selber nicht dazu, sondern bin ein politisch Verantwortlicher in dem Bereich, dem eindeutig gesagt wurde, von allen, die in diesem Bereich tätig sind, dass es bei den abgemeldeten Rauchfängen immer wieder durch Mauerwerk oder tote Tauben oder in anderen Bereichen zu Verstopfungen kommt, die dazu führen, dass ein Risiko im Haus entsteht. Und wenn Fachleute zu dem Ergebnis kommen, dass Personengefährdung vorhanden ist, dass ein Risiko entstehen kann und dass mit einer - ich sage relativ - kostengünstigen Maßnahme von 1 Groschen beziehungsweise 7 Groschen pro Quadratmeter und Monat eine Maßnahme gesetzt werden kann, diese Gefährdung hinzuhalten, dann halte ich das doch als Politiker für eine vertretbare Maßnahme.

Die Forderungen waren natürlich viel größer. Die Forderungen der Experten sind darüber hinausgegangen, nämlich auch in den Wohnungen die Kontrollen vorzunehmen, also nicht nur hinaufzugehen auf das Dach, um zu schauen, ob im Bereich des Dachstuhls etwa Feuergefahr besteht oder ob bei den Kaminen ein defekter Kamin oder andere Missstände zu einer Gefährdung von Personen führen könnten. Also, die Forderungen sind weit darüber hinausgegangen, und zwar in jede Wohnung zu gehen. Da können Sie sich vorstellen, dass ich damit keine große Freude hatte und froh war, dass auf Expertenebene ein Kompro-

miss gefunden wurde, in keine Wohnung gehen zu müssen, sondern lediglich von oben und natürlich auch in den allgemeinen Teilen des Hauses diese Vorsorge vorzunehmen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Herrn Abg Klucsarits gestellt. - Ich bitte.

Abg Rudolf Klucsarits (ÖVP): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Man weiß ja, dass die Heizkessel in unserer Stadt veraltet sind. Laut einer Studie wären 50 Prozent der Geräte derzeit austauschreif.

Welcher wirtschaftlich positive Effekt zur Auslösung eines für die Umwelt dieser Stadt wünschenswerten Heizkesselaustauschprogramms ist von der Novellierung des Feuerpolizeigesetzes zu erwarten?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Werner Faymann: Herr Abg Klucsarits! Ich weiß, dass Sie in diesem Thema ein wesentlich größerer Experte sind als ich, aber gemeinsam vertreten wir das politische Anliegen im Rahmen des Umwelt- und Klimaschutzes, indem wir die Feuerstätten mit mehr als 15 kW alle zwei Jahre überprüfen. Ausgenommen davon sind Gasfeuerstätten.

Die Überprüfung ist auch nicht so kompliziert und bürokratisch, dass es für Mieter oder Wohnungseigentümer eine Belastung darstellen würde, mit großem Papierkram, sondern es geschieht, vereinfacht gesagt, mit Prüfplaketten, die am Gerät dokumentiert werden. Also ich glaube, das ist eine auch von der Vorgangsweise her kundenfreundliche Maßnahme, die im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinien für Maßnahmen, die der Umwelt und dem Klimaschutz und damit der Energieeinsparung dienen, sehr sinnvoll ist.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage stellt Herr Abg Josef Wagner. - Ich bitte.

Abg Josef Wagner (FPÖ): Herr Stadtrat!

Ich glaube, dass die Kosten, die hier anfallen, im Verhältnis zur Sicherheit, die man damit gewinnen kann, sicherlich gerechtfertigt sind, denn die Beträge, die Sie genannt haben, scheinen ja tatsächlich im Rahmen der Sicherheit, die man gewinnt, verträglich zu sein.

Die Frage stellt sich nur, warum die Differenzierung vorgenommen wird, zwischen so genannten Notkaminen in Häusern mit Fernwärmeanschlüssen, wo an sich nie Heizung vorgesehen war, und den stillgelegten. Ist sichergestellt, dass hier eine gewisse Sicherheit bei den so genannten stillgelegten Kaminen, die ja auch jederzeit unbefugt in Betrieb genommen werden könnten, gewährleistet ist?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsf StR Werner Faymann: Sie haben auch den wichtigen Punkt der Überlegungen angesprochen. Es geht darum, dass, wenn ein Kamin stillgelegt ist, man ja nicht davon ausgehen kann, dass der nicht trotzdem von einem Mieter in Betrieb genommen wird und damit eine Gefährdung von Personen, die im Haus

leben, gar nicht nur von dem, der es in Betrieb nimmt, sondern weit darüber hinaus, passieren könnte. Daher waren tatsächlich genau diese so genannten stillgelegten Kamine eigentlich der Ausgangspunkt der Sicherheitsüberlegungen und der Präventionsmaßnahmen. Es gilt also für beide, sowohl für die Notkamine, von denen ich hoffe, dass sie nicht notwendig werden, aber das haben Notmaßnahmen so an sich, dass jeder hofft, dass sie eigentlich nicht gebraucht werden, aber vor allem für den zweiten Bereich der stillgelegten Kamine und Rauchfänge. Es ist eine wirkliche Präventionsmaßnahme, die Katastrophen oder Personengefährdung vermeidet.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Hack. - Ich bitte.

Abg Mag Michaela Hack (Liberales Forum): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Wir haben gehört, die Gesetzesänderungen dienen, so wie es hier drinnen steht, zu einer flächendeckenden Anhebung der feuerpolizeilichen Sicherheit. Das ist ein verständlicher Wunsch. Auf der anderen Seite entstehen aber gerade in den letzten Jahren in Wien sehr viele Bauten, nämlich die Kleingartenhäuser und die Kleingartenwohnhäuser, die hinsichtlich der feuerpolizeilichen Bestimmungen und der Brandschutzbestimmungen erhebliche Erleichterungen und Ausnahmen haben. Ich glaube, dass dieses Problem vielleicht früher oder später auf uns viel eher zukommen wird, als die Tatsache, ob jetzt irgendein Mieter doch noch seinen Notkamin in Betrieb nimmt.

Haben Sie sich überlegt, ob Sie in diesem Bereich auch Änderungen vornehmen werden?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Werner Faymann: Es ist tatsächlich immer, wenn es um Prävention geht, eine Frage, keine Bestimmungen zu haben, die es Architekten, Bauträger oder Einzelpersonen, die Häuser bauen, unnötig erschweren. Und Sie wissen, dass die Holzbauweise, die derzeit in der Bauordnung zu den heftigen Debatten und auch zu Zeitverzögerungen führt, ebenfalls zwei Seiten in der Diskussion kennt. Die sicherste Form ist, gar nicht erst so etwas zuzulassen. Es wäre aber sicher die bürokratischste Form. Eine offenere Vorgangsweise, sehr wohl als Stadt zu sagen, mit dem Stand der Sicherheitsexperten und der Technik lassen wir zum Beispiel in der Holzbauweise, durchaus in Abstimmung auch mit anderen Ländern in Europa und den Wissenschaftern, die hier tätig sind, mehr zu, als in der Vergangenheit, wird einem sicher den Vorwurf eintragen, ob das nicht zuviel Risiko bedeutet.

Ich versuche, hier möglichst ohne Ideologie, weil die, glaube ich, wirklich den wenigsten Platz hat in diesen Dingen, mit Hilfe jener Experten, die im Bereich der MA 64, der Feuerwehr, natürlich Brandschutz- und Sicherheitsexperten, tätig sind, diesen Schnittpunkt zu erreichen, möglichst nichts zu verhindern im Neubau, andererseits Kontrollen, wie in diesem Falle, doch zu unterstützen, wenn sie sowohl von den Kosten als auch von den Sicherheitsmaßnahmen her er-

träglich erscheinen.

Es stimmt, dass genauestens von der Feuerwehr und den Sicherheitsexperten überprüft wird, welche zusätzlichen Gefährdungen durch Erleichterungen in der Bauordnung zum Beispiel entstanden sind, und ich kann nicht ausschließen, dass auch hier einmal eine restriktivere Regelung notwendig wird. Das zeigt das Bemühen, auf der einen Seite etwas zuzulassen, und auf der anderen Seite doch Prävention dort, wo es notwendig ist, zu unterstützen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Vassilakou. - Ich bitte.

Abg Mag Maria Vassilakou (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich möchte nicht zynisch erscheinen. Ich bezweifle zwar, welch großes Risiko durch tote Tauben in einem abgemeldeten Rauchfang entstehen kann, auf dass eine jährliche Überprüfung notwendig ist. Aber wir sind beide keine Feuerschutzexperten und deshalb möchte ich Sie lieber etwas anderes fragen.

Laut Statistik aus dem Jahr 1996 gab es in Wien bereits an die 144 000 Wohnungen, die mit Fernwärme beheizt werden und die daher nur abgemeldete Rauchfänge haben. Das sind Objekte, die vom Gewerbe der Rauchfangkehrer überhaupt nicht überprüft werden mussten.

Wie hoch, schätzen Sie, werden jetzt die zusätzlichen Einnahmen für die Rauchfangkehrerinnung sein?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat, bitte.

Amts StR Werner Faymann: Die zusätzlichen Einnahmen der Rauchfangkehrer können pro Wohnung in keinem Fall mehr als diese 1 Groschen pro Quadratmeter oder 7 Groschen pro Quadratmeter sein, ganz egal, welcher Bereich dort existiert.

Zu den Notkaminen sage ich Ihnen auch, dass ich selbst nicht zu den Menschen gehöre, die sich wirklich jeden Tag überlegen, welche Katastrophen passieren könnten und was wäre bei Ölknappeit und was wäre bei anderen Knappheiten von Energieformen und was wäre bei einem Ausfall der Fernheizkraftwerke et cetera. Ich bin kein Mensch, der den Tag so verbringt.

Aber Tatsache ist, dass die Forderung, dass Notkamine angeschaut werden sollen, ob sie für einen Fall, von dem wir alle davon ausgehen, er wird nicht eintreten, und vor allem hoffen, dass er nicht eintritt, wenigstens funktionsfähig wären, das erscheint mir nicht gar so mieterfeindlich zu sein, sondern das ist doch im Interesse aller, dass man wenigstens weiß, wenn man schon eine Notmaßnahme wie Notkamine für richtig findet, dass man dann auch schaut, ob die funktionsfähig sind. Also ich hoffe, dass einerseits den Wünschen nach Prävention nachgekommen werden konnte, aber andererseits durch diese so geringen Belastungen in Groschenbeträgen dieser Schnittpunkt wirklich gefunden werden konnte.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Herr Stadtrat. Die 3. Anfrage ist damit beendet.

Die 4. Anfrage wurde von Frau Abg Dipl Ing Dr

Herlinde Rothauer gestellt und ist an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet: *Wie stehen Sie zu einer - in Überlegung stehenden - Prolongation des bestehenden Finanzausgleichs um ein weiteres Jahr?*

Frau Stadträtin, ich bitte um Beantwortung.

Amts StR Mag Brigitte Ederer: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Frau Abgeordnete! Meine Kollegen aus den anderen Bundesländern, die Finanzreferenten der anderen Bundesländer sind so wie ich der Meinung, dass es zu einer mehrjährigen Neugestaltung des Finanzausgleichs kommen sollte. Dafür gibt es mehrere Gründe.

Der Hauptgrund ist natürlich, dass es eine Planbarkeit in den Budgets gibt. Sie kennen ja die Auflagen der Maastricht-Kriterien, Sie wissen, dass wir hier in den nächsten Jahren Ziele erfüllen müssen, und da ist es natürlich wesentlich einfacher und besser, wenn man über Jahre hinaus, also über einen Zeitraum von vier Jahren, planen kann in den Länder- und Gemeindebudgets, mit welchen Einnahmen man rechnen kann und welchen geringeren Einnahmen man auch rechnen muss. Also das ist das eine.

Ich gehe also davon aus, dass alle Finanzausgleichspartner, alle Verhandler eigentlich der Meinung sind, dass es zu einer Verlängerung von mehreren Jahren kommen sollte ab 1. Jänner 2001.

Und der zweite Punkt ist: Wenn es nur zu einer Verlängerung von einem Jahr kommt, Frau Abgeordnete, dann besteht die Gefahr bei den Finanznöten des Bundes, dass es hier zum einen zu einem Fortwursteln kommt und zum anderen die Begehrlichkeit eine jährliche ist.

Daher würde ich empfehlen oder würde mich sehr dafür einsetzen, wie gesagt, dass es zu einer mehrjährigen Verlängerung des Finanzausgleichs kommt.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke. - Die erste Zusatzfrage stellt Frau Abg Dipl Ing Dr Rothauer. - Ich bitte.

Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer (ÖVP): Bevor ich meine Frage stelle, vielleicht eine kleine Klarstellung.

Frau Stadträtin! Sie sprechen von Verlängerung auf mehrere Jahre. Damit ist ja wohl wahrscheinlich die Neuverhandlung des Finanzausgleichs gemeint.

Ich habe nach der Verlängerung gefragt in dem Sinn, dass, wenn in diesem Jahr oder bis Ende dieses Jahres keine Einigung zustande kommt, einfach der jetzt geltende Finanzausgleich weitergeht.

Nun habe ich gehört, dass nicht nur Sie, sondern auch die anderen Länder daran interessiert sind, eine mehrjährige stabile Regelung zu erhalten. Das hieße, dass es ausverhandelt werden muss.

Nun gibt es Befürchtungen, dass Wien schlechter gestellt wird, als es bisher gestellt war, was seitens Ihrer Fraktion in erster Linie der Bundesregierung als Rute ins Fenster gestellt wird. In Wahrheit wissen wir alle, dass viele Bereiche der Interessenkolliktionen ein Match "Jeder gegen jeden" sind.

Ein besonderer Knackpunkt ist die Befürchtung, dass der abgestufte Bevölkerungsschlüssel fallen könnte oder dass eine andere Regelung Platz greifen könnte, die die kleineren Gemeinden bevorzugt und die größeren Städte und speziell Wien benachteiligt.

Jetzt frage ich Sie, Frau Stadträtin, nachdem das eine wirklich große Sorge für Wien ist und das ja ein beträchtlicher Einnahmenentfall wäre: Was spricht aus Ihrer Sicht dagegen, dass Sie die Initiative ergreifen und versuchen, mit den beteiligten Partnern - das ist nicht in erster Linie der Bund, sondern das sind die Gemeinden, sprich Gemeindebund und die anderen Städte über den Städtebund - diese Verhandlungen von sich aus einzuleiten und zu betreiben, um einmal unter den Gegnern oder unter den Partnern, von denen jeder eine andere Linie verfolgt, eine Klarheit herzustellen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Frau Abgeordnete!

Mein Eindruck ist: Es stimmt beides. Die Finanzausgleichsverhandlungen laufen unter dem Obertitel "Jeder gegen jeden", weil alle haben zu wenig. Also, das stimmt mit Sicherheit und hat nicht von vornherein mit Parteipolitik etwas zu tun.

Der Herr Bundesfinanzminister hat bei der letzten Verhandlung ein Papier vorgelegt, wo er vorschlägt, dass von den 32 Milliarden S Wohnbauförderung 15 Milliarden S gekürzt werden und 17 Milliarden S überbleiben, die aber eingefroren werden. Erst jetzt gibt es eine gewisse Dynamik in dem nicht zweckgebundenen Teil. Die soll auch noch wegfallen, indem er einfach sagt: Es ist ein Fixbetrag von 17 Milliarden S und eine Summe dazu. Also, 17 Milliarden S und das ist es dann. Das ist das eine.

Das Zweite ist, dass es insgesamt in den Verhandlungen im Moment so ist, dass der Bund natürlich große Begehrlichkeiten in vielen Bereichen einmal vorträgt. Das eine habe ich schon gesagt: Das bei der Wohnbauförderung, das war von den Mitteln her das Größte. Es gibt weitere Begehrlichkeiten im Bereich der Krankenanstaltenfinanzierung, wo vorgeschlagen wird, dass man die 3 Milliarden S, die der Bund derzeit zahlt, nicht mehr zahlt. Man lässt außer Acht für alle Krankenanstaltenträger, dass es eine enorme Kostenentwicklung in diesem Bereich gibt. Diese Deckelung, die damals vereinbart worden ist, wo diese 3 Milliarden S eben ein Teil sind, lässt ja vollkommen das Älterwerden der Gesellschaft außer Acht, lässt medizinische Fortschritte außer Acht. Das heißt, wir haben hier eine Schere im Gesundheitsbereich, die sehr stark auseinander geht, zum einen die Deckelung der Zahlungen und zum anderen keine Deckelung der Leistungen, was auch sicherlich gesellschaftlich nicht erwünscht ist.

Das heißt, es ist sicherlich richtig, dass es hier insgesamt eben einen Kampf "Jeder gegen jeden" gibt, weil die Mittel für alle knapp sind.

Es gibt aber dann schon auch den Versuch, Frau Abgeordnete, die Stadt Wien noch ein bisschen extra

zu behandeln, neben diesen allgemeinen Maßnahmen. Ich kann Ihnen jetzt nur ein paar Beispiele nennen, wo ich das identifiziere.

Wir haben es im Moment ununterbrochen mit besonderen Geschenken des Bundes zu tun, also mit täglichen Geschenken, die man eigentlich nicht haben möchte. Ich sage Ihnen beispielsweise, dass der Bund überlegt, dass er uns den Augarten vielleicht schenkt, der jetzt dem Bund gehört. Es gibt Überlegungen - das kennen Sie, das war lange in den Medien -, dass er uns das Schönbrunner Bad schenkt. Also, es gibt so jede Woche mindestens ein bis zwei Geschenke. Ob das Wort Geschenk die richtige Formulierung ist, bin ich mir nicht ganz sicher. Man könnte auch feindliche Zweckzuwendung dazu sagen. Also, es gibt dann schon noch eine besondere Aufmerksamkeit des Bundes für die Gebietskörperschaft Wien.

Zu Ihrer ganz konkreten Frage, Frau Abgeordnete, ob wir nicht mit den Gemeinden selbst darüber verhandeln sollten. Da haben Sie Recht. Der Herr Bürgermeister hat das erste Gespräch mit dem Präsidenten Mödlhammer geführt, dass wir eine gemeinsame Unterlage erarbeiten lassen, Gemeindebund und Städtebund, wo wir einmal insgesamt die Belastungen der Gemeinden je nach Größe wissenschaftlich erarbeiten lassen und dann in weitere Verhandlungen treten.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr GÜNTHER gestellt. - Bitte.

Abg Dr Helmut GÜNTHER (FPÖ): Frau Stadträtin!

Ich darf noch einmal auf den Dienstag zurückkommen. Da haben Sie so locker gesagt: Die Freiheitlichen sind gegen den abgestuften Bevölkerungsschlüssel. - Stimmt nicht. Lässt sich aus allen Sitzungsprotokollen nachweisen. Die Wiener Freiheitlichen haben sich immer dafür eingesetzt, weil er für die Städte einfach notwendig ist, um ihren Aufgaben nachzukommen.

Jetzt eine Frage. Sie sagen, der Bund bietet - ich sage es einmal so - Danaergeschenke an. Aber es ist in der Verhandlung, die derzeit läuft, durchaus so, dass der Bund und auch die Länder überlegen, welche Steuern man eventuell verändern könnte. Unter anderem, habe ich gehört, ist im Gespräch, die motorbezogene Versicherungssteuer zu verändern. Wie weit ist das schon zu den Ländern vorgedrungen beziehungsweise wie ist Ihre Einstellung dazu?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Herr Abgeordneter!

Ich habe nicht gesagt, dass die Wiener Freiheitlichen gegen den abgestuften Bevölkerungsschlüssel sind. Es freut mich, wenn Sie mir jetzt mitteilen, dass Sie für eine Beibehaltung sind. Ich habe gesagt, dass es im Regierungsabkommen so drinnen steht, und das ist Faktum, weil das ist nachzulesen. Die Freiheitliche Partei ist Teil der Bundesregierung und hat dieses Regierungsübereinkommen unterzeichnet.

Zu der Frage "Steuern auf Landesebene" habe ich eine ganz konkrete Position. Ich persönlich glaube,

dass das Gebiet von Österreich insgesamt so klein ist, dass die Einhebung von Steuern, die regional begrenzt sind oder wo einzelne Gebietskörperschaften Abgaben einheben, sehr, sehr schwierig ist, weil der Steuerwettbewerb oft ein sehr großer ist.

Es ist kein Zufall, Herr Abgeordneter, dass die Anzeigen- und Ankündigungsabgabe jetzt in eine Werbeabgabe umfunktioniert wird, denn Sie kennen den Wettbewerb Purkersdorf gegen Wien, Klosterneuburg gegen Wien, Tulln gegen Wien.

Das heißt, es gibt hier gute Argumente, dass wir eigentlich doch zu einem einheitlicheren Steuergebiet in ganz Österreich kommen sollten.

Bei der motorbezogenen Versicherungssteuer ist es genauso. Sie haben X-Detailprobleme. Warum ist das Auto dort angemeldet und nicht dort? - Das heißt, die Frage, wo meldet jemand sein Auto an, ist oft eine sehr individuelle Frage, die wenig zu tun hat mit dem, wo er dann wirklich fährt beispielsweise. Daher stehe ich dem Ganzen eher sehr skeptisch gegenüber.

Ich halte viel davon, dass wir für die Dienstleistungen, die wir haben, Abgaben verlangen. Das Einzige, wo Sie keinen Wettbewerb haben, wäre im Bereich der Grundsteuer, und da fehlt bei allen Beteiligten der politische Mut, Herr Abgeordneter.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Hecht gestellt. - Ich bitte.

Abg Mag Gabriele Hecht (Liberales Forum): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich habe den Eindruck, dass es bei den Finanzausgleichsverhandlungen nicht nur "Jeder gegen jeden" geht, sondern insbesondere auch "Alle gegen Wien". Denn es ist ja doch irgendwie erkennbar, dass der Bund eben auch auf Grund der Zusammensetzung der jetzigen Regierung Wien offensichtlich zum finanzpolitischen Feind erklärt hat, was für kleinere Gemeinden und auch für die anderen Länder unter Umständen eine gewisse Chance darstellt, sich etwas zu holen, wie man das ja bei der Werbeabgabe sieht. Da war ja deswegen bis jetzt keine Einigung möglich, weil diejenigen, die bis jetzt nichts gehabt haben, vom neuen Kuchen von Wien auch etwas dazu haben wollen.

Deswegen stellt sich aus meiner Sicht eigentlich für Wien in erster Linie die Frage: Welche Trümpfe haben wir, die wir in den Finanzausgleichsverhandlungen ausspielen können, wenn man zum Beispiel an das Problem der Gastpatienten in Wien denkt? Was kann man in dieser Situation "Alle gegen Wien" als Trümpfkarten ausspielen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Wir haben einige, da würde ich aber bitten, dass ich die jetzt nicht hier in der Öffentlichkeit sage, weil ich davon ausgehe, dass man Trümpfe erst ausspielt, wenn man sie braucht.

Einen haben Sie genannt, denn die Frage der Gastpatienten ist ein Thema. Ich bin nur, ehrlich gesagt, der Meinung, es sollte doch so weit Vernunft unter

allen Beteiligten herrschen, dass man dieses Thema nicht wirklich austragen muss. Denn ich halte es an sich für grundvernünftig, dass man ein Spalteninstitut in Österreich hat, in dem die schwierigsten medizinischen Fälle behandelt werden. Das ist das AKH mit den Fachkräften, die es dort gibt. Das Problem ist, dass die Stadt Wien hier vor allem für burgenländische und niederösterreichische Patienten zahlt.

Das heißt, an sich halte ich das für vernünftig, es stellt sich nur die Frage der Finanzströme. Das wäre ein Trumpf, aber ein Trumpf, bei dem die Gefahr besteht, dass er zu Lasten der Patienten geht. Das heißt, ich hoffe doch, dass wir zu Einigungen kommen, wo das Ausspielen solcher Trümpfe nicht notwendig ist.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Mag Chorherr gestellt. - Ich bitte.

Abg Mag Christoph Chorherr (GRÜNE): Frau Stadträtin!

Ich möchte noch einmal auf den beträchtlichen Beitrag des abgestuften Bevölkerungsschlüssels zurückkommen, der ja, wie Sie richtig gesagt haben, erstmals in einer Regierungserklärung steht. Es gibt Experten, die so viel Vertrauen in die Finanzausgleichsverhandlungen haben, dass sie sagen, ohne irgendeine Grundlage, eine wissenschaftliche Grundlage, eine ökonomische Grundlage wird man schwer zu einem anderen Bevölkerungsschlüssel kommen können. Es kann ja schwer sein, dass man Anfang Dezember zusammensetzt und dann willkürlich andere Grenzen oder willkürlich andere Summen festgelegt werden.

Ist Ihnen bekannt, ob es Vorüberlegungen, konkrete Vorüberlegungen, Studien, Gutachten gibt, die begründen und darlegen, wie ein anderer abgestufter Bevölkerungsschlüssel aussehen könnte? - Meine Informationen gehen dahin, dass so etwas noch nicht passiert ist. Das könnte darauf hindeuten, dass man sich zumindest bis Ende des Jahres über die Runden retten kann.

Also, konkret: Gibt es Unterlagen und wie schauen die aus, dass jene, die einen anderen Bevölkerungsschlüssel wollen oder ihn überhaupt abschaffen wollen, das irgendwie wissenschaftlich untermauern?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Herr Abgeordneter!

Die Stadt Wien hat bei der WU eine Studie insgesamt über die Frage, wie Wien beim Finanzausgleich aussteigt, in Auftrag gegeben. Ich wollte das sagen, weil ich mir erlauben werde, Ihnen allen eine Kurzfassung dieser Studie zur Verfügung zu stellen, die zeigt, dass Wien eindeutig mit 10 Milliarden S im Jahr Nettozahler ist. Das heißt, es werden hier 10 Milliarden S mehr an Steuern aufgebracht, als wir dann wieder zurückbekommen. Wir haben sozusagen die typische Nettozahlerposition, wie sie Österreich in der Europäischen Union hat. Sie kennen die Diskussion einer gewissen Partei, was die Frage Nettozahler betrifft. Hier schaut es ein bisschen anders aus, hier sieht man das etwas differenzierter.

Ich persönlich kenne keine Studie, die vom Gemeindepunkt oder von Niederösterreich erarbeitet worden wäre. Es gibt zwei Hauptinteressenten, den Gemeindepunkt und das Land Niederösterreich, die diesen abgestuften Bevölkerungsschlüssel sehr in Frage stellen. Mir ist persönlich keine solche Studie bekannt, ich habe aber vorhin Frau Dr Rothauer geantwortet, dass sich Bgm Häupl mit dem Gemeindepunktpräsidenten geeinigt hat, dass wir gemeinsam Unterlagen erarbeiten, wie das mit der Belastung der einzelnen Gemeinden, je nach Größe, aussieht. Das sollte eine gemeinsame Untersuchung sein, wofür meines Wissens der Auftrag noch nicht ergangen ist.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage wird von Frau Abg Dipl Ing Dr Rothauer gestellt. - Ich bitte.

Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer (ÖVP): Frau Stadträtin!

Ein bisschen musste ich schon schmunzeln, wie Sie uns den Versuch dargestellt haben, die Stadt Wien, wie Sie es genannt haben, extra zu behandeln, indem der Bund uns gewisse Dinge schenken möchte, die wir eigentlich gar nicht haben wollen. Diese Vorgangsweise ist nicht ganz neu. Soviel ich mich erinnern kann, haben wir das Alte AKH dem Bund zum Geschenk gemacht. Ich weiß nicht, ob das auch als feindliche Zweckzuwendung zu bezeichnen war, aber wir sind dabei nicht ganz schlecht weg gekommen. Okay, aber das sollte mich nicht zu meiner Frage führen.

Frau Kollegin Hecht hat jetzt noch einmal aus ihrer Sicht das Missverhältnis zwischen Bund und Wien betont, und zwar mit der Sorge, dass Wien vom Bund auf einmal so wahnsinnig schlecht behandelt wird. Nun, das Verhältnis war ja nicht immer so harmonisch. Es hat viele Störversuche - auch gegenseitige - gegeben in früheren Zeiten, wann auch immer.

Es gab zum Beispiel Vereinbarungen mit der alten Bundesregierung und mit dem Finanzminister, der der gleichen Fraktion angehörte wie die Mehrheitsfraktion hier in diesem Hause, Vereinbarungen, die jetzt eingeklagt werden mussten. Ich meine damit die Abgeltung des klinischen Mehraufwands. Soviel ich weiß, ist das noch im Gange. Wie ist denn da der Stand der Dinge?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Da haben Sie Recht. Ich glaube, dass es ja teilweise natürlich immer darum geht: Wer bekommt welches Geld bezahlt, und welche Finanzströme laufen? - Ich habe nur den Eindruck, dass es dieses Mal noch ein bisschen anders ist. Ich habe es ohnedies schon gesagt: Der Grundsatzkonflikt ist "Jeder gegen jeden", das ist der Hauptkonflikt, es gibt aber einen Nebenkonflikt, bei dem man sich denkt: Wenn es leicht geht, wenn wir Wien erwischen, ist es nicht von Nachteil. So ist mein Eindruck und ich glaube, da liege ich nicht ganz falsch.

Zu der Frage AKH. Sie wissen ja, dass die Stadt Wien lange vor meiner Zeit den klinischen Mehrauf-

wand eingeklagt hat und ein Verfassungsgerichtshofurteil für die Jahre 1982 bis 1984 mit zugesagten zusätzlichen Zahlungen von 284 Millionen S bekommen hat. Die hat der Bund nie bezahlt, obwohl Wissenschaftsminister Busek schriftlich anerkannt hat, dass diese Zahlungen zu leisten sind, aber das ist irgendwie nie bezahlt worden. Ich war dann selbst mehrere Male beim Finanzminister. Da hat immer die Meinung geherrscht, man zahle jetzt zu viel, weil der klinische Mehraufwand sich auch im Vergleich zu anderen Krankenanstalten in Wien definiere und das SMZ-Ost in der Leistung in vielen Bereichen schon relativ nahe ans AKH herankomme.

Tatsache ist, dass wir im Oktober wieder geklagt haben, also im Herbst des vergangenen Jahres, für die Jahre 1985 bis 1994. Die Finanzprokuratur hat daraufhin eine Gegenstellungnahme erarbeitet, dass sie zu viel zahlt, und hat das auch eingebbracht. Das hat Bundesministerin Gehrer sofort dazu gebracht, das aufzugreifen, dass die Finanzprokuratur gesagt hat, man zahle sowieso zu viel, und sie hat die Zahlungen gleich überhaupt eingestellt. Das heißt, im Moment zahlt der Bund für den klinischen Mehraufwand überhaupt nichts.

Tatsache ist, dass wir eine Gegenschrift erarbeitet haben. Die ist eingebbracht worden, die liegt bei Gericht, der Fall ist anhängig bei Gericht, und ich gehe davon aus, dass der Verfassungsgerichtshof, wenn er Wien bereits einmal Recht gegeben hat, dies auch ein zweites Mal tun wird. Wie wir dann das Geld eintreiben, dafür müsste man noch eine kreative Form finden. Ich bin mittlerweile der Meinung, dass man das möglicherweise körperlich holen muss. Aber das darf ich hier nicht sagen, was ich mir denke, wie man das vielleicht eintreiben sollte.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Damit ist die 4. Anfrage beantwortet. - Die Fragestunde ist beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

Von Herrn Abg Driemer wurde eine Aktuelle Stunde mit folgendem Thema verlangt: "Die gesetzlichen Interessenvertretungen wie Landwirtschaftskammer, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer et cetera haben für die Bewohner und Beschäftigten im Bundesland Wien eine große Bedeutung. Es erfüllt daher mit Sorge, dass von Vertretern der Bundespolitik Maßnahmen angekündigt werden, welche die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Interessenvertretungen, insbesondere der Arbeiterkammer, reduzieren. Eine solche Vorgangsweise könnte für das Land Wien nur eine schwer zu korrigierende Gefährdung der Interessen Wiens bedeuten."

Das Verlangen wurde gemäß Geschäftsordnung von der notwendigen Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet.

Ich bitte den Erstunterzeichner, Herrn Abg Driemer, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist. - Herr Abgeordneter, ich bitte.

Abg Johann Driemer (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine geschätzten Damen und Herren!

Die mehrfach ungerechtfertigten Angriffe der Bundesregierung auf die Arbeiterkammern in letzter Zeit, haben meine Fraktion veranlasst, diese ausschließlich parteipolitischen Handlungen dieser Regierung gegen die Arbeiterkammern, aber auch insbesondere die Bedeutung dieser Arbeiterkammern für Wien und für Österreich zu thematisieren.

Meine Forderung an die Bundesregierung, geschätzte Damen und Herren: Hände weg von parteipolitischen Eingriffen in die Kammerautonomie! Denn diese Eingriffe bedeuten eine Gefährdung des sozialen Friedens in Österreich.

Werte Damen und Herren Abgeordneten vor allem der anderen Fraktionen auf Bundesebene und auch hier im Haus! Die Arbeiterkammern sind unabhängige demokratische Institutionen, die Arbeiterkammern vertreten auf gesetzlicher Grundlage die sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Österreich. Und sie finanzieren sich ausschließlich durch Beiträge der Arbeitnehmer, um das deutlich zu machen.

Umso unverständlicher, geschätzte Damen und Herren, sind daher diese ungeheuerlichen Angriffe der FPÖ und in den letzten Wochen und Monaten auch immer öfter durch einzelne Vertreter in der ÖVP. Das sind ganz gezielte Angriffe auf die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und auf die Sozialpartnerschaft in Österreich, sie sind eindeutig zum Nachteil Wiens und Österreichs.

Meine Damen und Herren! Ein finanzielles Aushuntern der Arbeiterkammern bedeutet, dass die Sozialpartnerschaft geschwächt wird. Ist es das, was die Bundesregierung in Österreich unter neuem Regieren versteht, nämlich ein Regieren gegen die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Österreich? - Wer, so wie diese Bundesregierung, die Arbeiterkammern zerstören will, will damit auch die Rechtsdurchsetzung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen behindern und Arbeitnehmer auch mundtot machen, geschätzte Damen und Herren.

Die Angriffe auf die Arbeiterkammern sind daher auch ein gezieltes politisches Ablenkungsmanöver von dem Riesenbelastungspaket, das diese neue Bundesregierung auf die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen losgelassen hat.

Geschätzte Damen und Herren! Die Arbeitnehmerbeiträge zur Arbeiterkammer sind gut angelegt. Ein Schilling, investiert in die Arbeiterkammer, bedeutet für jeden Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin zwei Schillinge, die an ihn wieder zurückfließen. Und das wissen die Arbeitnehmer auch.

Sehr geschätzte Damen und Herren! 1,5 Milliarden S hat die Arbeiterkammer im letzten Jahr an Ansprüchen für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen durchsetzen können. Sie sehen daraus: Die Arbeiterkammer sorgt dafür, dass ihre Mitglieder

nicht nur ein Recht haben, sondern dieses auch Recht bekommen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Darüber hinaus wird von den Arbeiterkammern eine große Palette von wichtigen Serviceleistungen angeboten. Diese reichen von Arbeitsrechtsberatung, Rechtsvertretung, Sozialversicherungsfragen bis zur Weiterbildung und Schulung und auch zur Verfassung und zum Auflegen von Publikationen.

Geschätzte Damen und Herren! Auch ich habe im Vorfeld der Arbeiterkammerwahl von Spitzenkandidaten der freiheitlichen Arbeitnehmer in Wien, vom Kollegen Römer, einen schönen Brief bekommen, in dem er auf die Initiative der FPÖ hinweist, dass es jetzt endlich zur Absenkung der Arbeiterkammerbeiträge kommen wird. Auf das Weitere gehe ich nicht ein. Danke für diese Empfehlung, die in diesem Brief noch an mich ergangen ist, Kollege Römer.

Ich selbst ebenso wie Hunderttausende Wiener Arbeitnehmer und 2,8 Millionen Arbeitnehmer in Österreich haben dieser FPÖ-Politik bei der Arbeiterkammerwahl eine sehr deutliche Absage erteilt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Geschätzte Damen und Herren! Über die Arbeiterkammerbeiträge der Arbeitnehmer hat und muss ausschließlich der Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerin zu entscheiden haben. Keinesfalls hat diese oder eine andere Regierung darüber zu entscheiden. Das ist ein Grundsatz, den wir auch verteidigen werden. Es geht nicht an, dass hier mit fadenscheinigen Argumenten versucht wird, den Arbeiterkammern 40 Prozent der Beitragseinnahmen in der Finanzierung für die Interessen der Arbeitnehmer vorzuenthalten.

Da gibt es, sehr geehrte Damen und Herren, einen Herrn Abg Westenthaler, der versucht und es auch offen zugibt, dass er die Arbeiterkammern und deren finanzielle Grundlage schwächen möchte. Tatsache ist - und mehr als 120 Tage dieser neuen Bundesregierung zeigen und bestätigen die dramatischen Belastungen, die auf dem Rücken der Arbeitnehmer zugunsten der Wirtschaft und der Reichen gesetzt wurden sind -: Ziel dieser Bundesregierung sind ausschließlich Geldbeschaffungsaktionen und keine sinnvollen Reformen, meine Damen und Herren.

Wie absurd nämlich die Behauptung der FPÖ ist, durch die Umleitung eines Teils der Arbeiterkammerumlage in die Krankenversicherung den kleinen Leuten helfen zu wollen, zeigen zwei Fakten. Derzeitiger durchschnittlicher Beitrag zu den Arbeiterkammern 66 S per Monat. Das bedeutet bei einer Senkung der Arbeiterkammerumlage um 0,2 Prozent für den Einzelnen, dem Hilfe angeboten werden soll, durchschnittlich 0,16 Groschen pro Stunde, meine Damen und Herren. So wird von Ihrer Seite mit Hilfe argumentiert, und ich glaube, das führt sich selbst ad absurdum.

Aber noch verwerflicher, geschätzte Damen und Herren, ist, dass diese neue Regierung das gesetzlich verbrieftes Begutachtungsrecht, nämlich die Begutachtung der Gesetze durch die Arbeiterkammern, umgeht.

Dieses so genannte neue Regieren in Österreich ist daher aus meiner Sicht und aus der Sicht vieler Menschen demokratiepolitisch äußerst bedenklich.

Aber es hat sich natürlich auch das einfache Parteimitglied aus Kärnten zu Wort gemeldet und hat deutlich gemacht, dass für ihn eine Sanierung der Krankenkassen nur dann in Frage kommt, wenn auch der Arbeiterkammerbeitrag gesenkt wird.

Meine Damen und Herren der ÖVP insgesamt! Ich gratuliere Ihnen zu diesem stark nach Kärnten orientierten Partner! Sie werden noch viel Spaß mit ihm haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Geschätzte Damen und Herren! Dass diese politischen Ziele und Argumentationen der FPÖ nicht schlüssig sind, das merken schon viele auch Ihrer freiheitlichen Parteimitglieder, zum Beispiel, um nur einen zu nennen, Salzburgs Spitzenkandidat bei der AK-Wahl Erich Dadler. Zitieren möchte ich ihn nicht. Sie sehen, meine Damen und Herren von der FPÖ, es gibt in Ihren Reihen immer mehr Leute, die erkennen, dass diese Bundesregierung, zusammengesetzt aus FPÖ und ÖVP, ihre Politik eindeutig gegen die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen richtet. Haider, Gaugg und Haupt kündigen ja schon an, es müsse Schluss sein mit dieser Arbeitnehmerbelastungspolitik zugunsten der Wirtschaft, meine Damen und Herren.

Aber es gibt auch noch ganz schlaue in der FPÖ, so auch Abg Gaugg. Einerseits schimpft er auf die Arbeiterkammer, andererseits nimmt er in seinem Arbeitsrechtsverfahren den Rechtsschutz der Arbeiterkammer in Anspruch, und es sind auch in diesem Arbeitsrechtsverfahren Kosten von über 97 000 S entstanden. Was will ich damit sagen? - Die FPÖ-Devise lautet: Vorteile der Arbeiterkammer nützen, diese aber gleichzeitig beschmutzen, meine Damen und Herren.

Faktum ist: Auch in der ÖVP brechen mehr Widersprüche auf. Bundesminister Bartenstein als Aufsichtsorgan der Arbeiterkammern sieht keinen direkten Zusammenhang zwischen den Beiträgen der Arbeiterkammer und der Finanzierung der Gebietskrankenkas-sen.

Auch der Vizepräsident der AK-Niederösterreich, Alfred Dirnberger, Spitzenfunktionär des ÖAAB, ist vom Zündeln der FPÖ enttäuscht, um es kurz zu sagen.

Der Wiener AK-Vize Gajdosik am 29. Juni: Eine Senkung der AK-Umlage kommt nicht in Frage.

Auch die Wirtschaftskammern Steiermark und Kärnten mit den Arbeiterkammern verteidigen ihre Eigenständigkeit.

Letztendlich hat auch die Wirtschaftskammer Österreich in ihrer Vollversammlung am 7. Juni ein klares Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft ausgesprochen. Und jetzt kommt es, meine Damen und Herren: Die Freiheitlichen in der Wirtschaftskammer haben dieses Bekenntnis abgelehnt. (*Abg Gert Wolfram: Nein!*) Hier ist es eindeutig herauszulesen.

Geschätzte Damen und Herren! Ich komme schon

zum Schluss. Die Arbeiterkammern, insbesondere die Arbeiterkammer Wien, leisten im Rahmen der Sozialpartnerschaft wertvolle Arbeit für Wien und Österreich. Die Wiener Arbeiterkammer ist eine wertvolle Stütze im Stellungnahmeverfahren und liefert viele Gutachten und kommunalpolitische Studien für diese Stadt. Die Arbeiterkammerexperten sind nicht wegzu-denken und dies bestätigte auch Kollege Madejski im Gemeinderat am 28. Juni mehrfach. Ich darf Sie zitieren: "Meine Damen und Herren! Faktum ist, 63 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, dass die Arbeiterkammer eine wichtige Einrichtung ist und den Beitrag mehr als wert ist. 92 Prozent vertreten die Meinung, dass Rechtshilfe und Sozialberatung kosten-los bleiben muss." - Das ist ein klares Votum für die Arbeiterkammer.

Ich fordere daher Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition und der ÖVP, auf: Setzen wir uns gemeinsam für eine starke Arbeiterkammer ein und erteilen wir den notorischen Arbeiterkammer-gegnern gemeinsam eine deutliche Absage! - Danke. (*Anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren Abgeordneten nur einmal zu Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist.

Als nächster Redner hat sich Herr Abg Mag Chorherr gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Mag Christoph Chorherr (*GRÜNE*): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Wenn man den etwas sperrigen Titel dieser Aktuel- len Stunde liest, "die gesetzlichen Interessenvertre-tungen wie Landwirtschaftskammer, Wirtschafts-kammer, Arbeiterkammer et cetera haben für die Be-wohner und Beschäftigten im Bundesland Wien eine große Bedeutung" und so weiter, fällt es schwer, auf den relevanten Kern dieser Auseinandersetzung zu kommen. Mein Vorredner hat sich intensiv mit der Arbeiterkammer auseinander gesetzt, ich möchte mich ganz kurz anderen Kammern widmen.

Also, die Landwirtschaftskammer Wien muss sich ja nicht beschweren über das, was wir hier tun. Ich glaube, es ist international einmalig, dass eine Interes-senvertretung Jahr für Jahr zur Gebietskörperschaft geht und sagt: Liebe Leute, wir haben so wenig Bau-ern in Wien, wir brauchen aber eine große Interessen-vertretung. Die können wir uns aber nicht leisten - Sie erinnern sich an die Diskussion im letzten Gemeinderat über allfällige Dienstreisen von Landwirtschaftskam-merfunktionären -, geh bitte, lieber Gemeinderat, zahl uns doch die Aufwendungen! Und das ist gar nicht wenig. Die Wiener Landwirtschaftskammer hat im Voranschlag 1999 57 Millionen S zu verzeichnen. Allein am 4. Mai dieses Jahres sind 26 Millionen S von hier an die Wiener Landwirtschaftskammer ge-flossen.

Also, ich meine, Wien ist einmal mehr anders. Das kann man weltweit niemand erklären, dass wenig

Geld vorhanden ist, aber für die Wirtschaftskammer sehr viel Geld da ist.

Jetzt komme ich zur Wirtschaftskammer. Da gab es doch diese Woche ein Geschenk, ein Geschenk an die Kritiker der Wirtschaftskammer, indem in zwei Zeitungen ein Geschenk an den Kammerpräsidenten Maderthaner gemacht wurde. So etwas passiert nicht einmal dem Kim il Sung, das muss ich wirklich sagen. Man muss sich das jetzt wirklich einmal in aller Bescheidenheit anschauen. Bezahlte aus den Beiträgen der Wirtschaftstreibenden, teuer bezahlt - Frau Kollegin Rothauer wird auch sagen, was das gekostet hat -, erschien gleichlautend in "Presse" und "Standard" diese wichtige Information auf Kosten der Wirtschaftstreibenden, und ich werde jetzt daraus zitieren:

"Leopold Maderthaner", so lautet die Heulerüberschrift, "Zehn sehr gute Jahre für unser Land". Dann ein spannender Artikel mit der Überschrift: "Die Republik dankt". Darunter jenes Foto, das man aus Polizeiwachstuben und Schulen kennt, und zwar das lächelnde Foto des Bundespräsidenten. Es gibt ja, wie Sie wissen, zwei Fotos zur Auswahl, das ernste und das lächelnde. Das ist die Autonomie der Schulen, sich das aussuchen zu können. Die Abteilung der Wirtschaftskammer hat sich für das lächelnde entschieden. Ich zitiere aus dem Artikel, den der "unabhängige" Journalist Günter Stummvoll über den Präsidenten Maderthaner verfasst hat:

"Leopold Maderthaner privat. Mit seinen bald 65 Jahren ist Leopold Maderthaner ein Kraftbündel sondergleichen. Vor Jahren hat er anlässlich der Weltausstellung im spanischen Sevilla unter der Leitung von Willy Dungl einen Belastungsvergleichstest mit Niki Lauda ausgetragen und gewonnen." - Das geht so weiter fort.

Es kommt dann ein Artikel, der sich auch privat mit Leopold Maderthaner auseinander setzt, betitelt: "Bravo, Leo Maderthaner!" Subtext: "Ich freue mich, dass Leopold Maderthaners Wirken als Präsident der Wirtschaftskammer mit Publikationen gewürdigt wird." - Das ist eine solche.

Auf der Rückseite sind die Fotos. Allein, wer sich ein bisschen über die Macht der Bilder zu amüsieren weiß, wird dies angesichts dieser Bilder hier tun. Leopold Maderthaner schüttelt - schwarz-weiß - dem seligen Rudolf Sallinger die Hand. Daneben ein Bild nach dem anderen und, wie es sich gehört, Leopold Maderthaner auch beim Essen. Wenn man genau hinschaut, dürfte es sich um Backhendl handeln: "Dinner mit Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber." Und so geht das weiter und weiter.

Es werden auch die richtigen Reformen dargestellt, nämlich insbesondere die Heulerbotschaft - das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen -: "Keine Institution Österreichs ist dem Kampf gegen den Bürokratismus stärker verpflichtet als die Wirtschaftskammern." Meine Damen und Herren, das muss ich Ihnen noch einmal vorlesen, denn das habe ich wirklich zweimal lesen müssen. Wer die Wirtschaftskam-

mer kennt, glaubt das nicht. "Keine Institution in Österreich ist dem Kampf gegen den Bürokratismus stärker verpflichtet als die Wirtschaftskammern." Genauso gut könnte stehen: Keine Institution hat eine aufgepäppeltere Öffentlichkeitsabteilung als die Wirtschaftskammer. Der Beleg in diesen beiden Dingen ist wirklich gegeben.

Ich erspare es mir jetzt, auf die Parteisubventionen der reformfreudigen Wirtschaftskammer genauer einzugehen. Wenn die Wirtschaftskammer Überschüsse macht, setzen sich die Parteien zusammen und verteilen die Überschüsse brav unter sich. Ich kann wirklich nur sagen: Reformpartnerschaft, Reformkammer weiter so! - Danke schön. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dr Tschirf zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn es hier um die Arbeiterkammer geht, dann geht es darum, dass wir eine starke Arbeiterkammer zur Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit im Wandel der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft brauchen. Das haben gerade die ÖVP und der ÖAAB auch in den letzten Jahren und Jahrzehnten bewiesen. Ein langjähriges Mitglied des Vorstands der Wiener Arbeiterkammer, Hannes Prochaska, hat ja auch immer dafür gekämpft, dass eben gerade auch der Rechtsschutz ein Teil ist, der von der Arbeiterkammer wahrgenommen werden muss. Damals haben das die Sozialdemokraten noch nicht so gesehen. Mittlerweile ist das etwas, was selbstverständlich durchgesetzt wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darum geht es auch: Wir wollen eine starke und effiziente Arbeiterkammer. Wir wollen keine Senkung der Beiträge, wir wollen aber vor allem auch eines nicht, dass es zu einem Missbrauch der Arbeiterkammer für parteipolitische Zwecke kommt. Genauso wie wir ungerechtfertigte Angriffe von außen abwehren, sind wir dagegen, wenn hier die Arbeiterkammer einseitig parteipolitisch missbraucht wird. Wir sehen es nicht als den richtigen Weg, dass insgesamt Wahlrückstellungen von 69,9 Millionen S im Wesentlichen dazu verwendet wurden, ausschließlich eine Seite zu präsentieren. Ich kann das zeigen. (*Der Redner hält Broschüren in die Höhe.*) Früher hat die Arbeiterkammer sich so dargestellt, nämlich neutral, wenige Monate später nur mehr mit dem Bild des Präsidenten.

Wir glauben, die Arbeiterkammer sollte wieder dorthin zurückkehren, wo sie sein soll: eine überparteiliche Organisation. Dazu gehört die Aufgabenkritik und dazu gehört auch das Verständnis der Arbeiterkammer als eine Einrichtung, die ausschließlich auf die Anliegen der Arbeitnehmer aller Gruppen ausgerichtet ist.

Wenn gestern in der Wiener Arbeiterkammer die Ausschüsse so reduziert werden sollten, dass die Arithmetik es ermöglicht, dass bei neun acht die FSG stellt und einen der ÖAAB, dann, glaube ich, ist das

nicht jene Minderheitenfreundlichkeit, die hier zu Recht in anderen Bereichen ... (Abg Godwin Schuster: Sie müssen das Wahlergebnis anschauen!) Bitte, wir haben 16 Prozent. Rechnen Sie sich das aus! Ich weiß schon, es wird einfach technisch versucht, möglichst jenes Ergebnis zu erzielen, um es zu erschweren, hier entsprechend voranzukommen. (Abg Josefa Tomsik: Nein, es gibt das Wahlergebnis!)

Wir werden alles daran setzen, dass die Arbeiterkammer nicht dazu genutzt wird, um das Kriegsbeil gegen die Bundesregierung oder gegen jemand anderen auszugraben, sondern die Anliegen der Arbeitnehmer zu vertreten. Wenn es um die Reduktion der Arbeiterkammermittel geht, gegen die wir uns aussprechen, möchte ich darauf verweisen, dass der mittlerweile zwar zurückgetretene Spitzenkandidat der FSG bei den Tiroler Arbeiterkammerwahlen - bei denen unser Freund Fritz Dinkhauser in einer Art und Weise reüssiert hat, die, glaube ich, sehr wohl die Anerkennung aller Arbeitnehmer in dieser Republik zeigen sollte (Abg Johann Hatzl: Das war eine Ausnahme!) - für eine Reduktion der Arbeiterkammerumlage eingetreten ist. Das heißt, es ist nicht so, dass Sie sagen können, da gibt es die Guten, da gibt es die Bösen, sondern die gibt es auch woanders. (Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.) Daher ist darauf zu verweisen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Arbeiterkammer soll sich daher um das kümmern, was immer Anliegen der Österreichischen Volkspartei, des ÖAAB war. Das heißt, sie soll als Serviceeinrichtung dienen, als eine Einrichtung, die sich um die Anliegen der Arbeitnehmer kümmert (Abg Josefa Tomsik: Aber sie kümmert sich schon jetzt um die Arbeitnehmer!), aber nicht dazu, um hier einseitige parteipolitische Werbung zu betreiben. Wenn das der Fall ist, hat die Arbeiterkammer sicher kein Problem, das nach außen hin zu dokumentieren und erfolgreich zu sein. (Abg Johann Hatzl: Die Arbeiterkammer hat kein Problem!) Wenn sie aber dazu benutzt wird, nur Parteipolitik zu betreiben, dann wird das nicht gelingen. So wie das auch der Arbeiterkammer-Vizepräsident Alfred Gajdosik im Wahlkampf bewiesen hat, der trotz schwieriger Umstände, insbesondere weil die finanziellen Möglichkeiten sehr unterschiedlich waren, ein bravuröses Wahlergebnis erzielt hat.

So ist der Weg zu wählen und so wird es auch gelingen, dass man entsprechend dorthin kommt, dass die Arbeiterkammer als Anwalt der Arbeitnehmer und nicht parteipolitischer Einzelinteressen erfolgreich in die Zukunft geht. (Beifall bei der ÖVP. - Abg Johann Hatzl: Also, ist die ÖVP gegen die FPÖ!)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner ist Herr Präsident Römer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Johann Römer (FPÖ): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Die heutige Aktuelle Stunde ich wirklich zu schade, weil das Thema zu wichtig ist und es leider Gottes

in fünf Minuten überhaupt nicht der Wertigkeit entsprechend abgehandelt werden kann.

Daher in Stichwortform. Alle wissen wir, es gibt zwölf Arbeiterkammern, und ich möchte darauf verweisen, dass neun davon allein in Österreich sind, nur drei sind außerhalb Österreichs. Ich sage dies deshalb, weil der Titel so nett ist. Und wenn das stimmt, was Sie in diesen Titel hineingeschrieben haben, dann frage ich mich, wie Berlin, Madrid oder Paris überhaupt noch leben können, wenn das das Einzige ist, was wichtig ist.

Ich glaube, Sie haben hier einiges vermengt. Ich verweise auf das Regierungsprogramm, in dem drinsteht, dass die Interessenvertretungen aufgefordert werden, Serviceverbesserungen durchzuführen. Na gut, da sind wir alle froh. Ich möchte da schon auf eines verweisen: Wenn Sie immer wieder sagen, wie viel Geld Sie erstritten haben und wie toll das ist, dann denken Sie bitte zurück, wie lange Sie sich gewehrt haben und gesagt haben, es darf in der Arbeiterkammer überhaupt keinen Rechtsschutz geben. Und wären die Freiheitlichen nicht stärker geworden in der Arbeiterkammer, dann würde es ihn wahrscheinlich heute noch nicht geben, weil Sie immer verhindern wollten, dass das kommt (Abg Johann Hatzl: Märchenstunde! Ein schönes Märchen!), weil Sie natürlich immer darauf verwiesen und Angst gehabt haben, dass es dann keine Gewerkschaftsmitglieder mehr gibt, wenn die Arbeiterkammer das macht. (Abg Johann Hatzl: Herr Römer, sagen Sie uns lieber, sind Sie für die Kürzung der Mittel oder für die Beibehaltung?) Heute stellt sich heraus, dass der Bedarf so groß ist, dass beide damit beschäftigt sind. Das ist es in Wirklichkeit. (Abg Johann Hatzl: Also Kürzung der Mittel?) Ich komme gleich darauf zurück. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich halte es nämlich für legitim, in Zeiten wie diesen, über Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit nachzudenken. In allen Fraktionen hat es immer wieder Menschen gegeben und hat es immer wieder Ansätze gegeben, die Arbeiterkammerumlage zu senken (Abg Johann Hatzl: Also, Reduzierung der Arbeitnehmerbeiträge!), weil nämlich hier viel zu viel Geld vorhanden war. Die haben große Rücklagen. (Abg Johann Hatzl: Römer ist für die Kürzung der Mittel bei der Arbeiterkammer! - Abg Mag Hilmar Kabas: Lass dich nicht stören!) Die einzige Arbeiterkammer, die keine Rücklagen hat, ist nämlich die Wiener Arbeiterkammer, denn die war bemüht, das ganze Familiensilber in das Theater und in den so genannten Palazzo "Prozzo" zu stecken. Das ist nämlich die Wahrheit. (Beifall bei der FPÖ. - Abg Johann Hatzl: Gratuliere Ihnen! Das ist Arbeitnehmerverrat, was Sie hier betreiben!)

Es geht überhaupt nicht darum, die Leistungen der Arbeiterkammer, die notwendig sind, zu schmälen, die sollen im Gegenteil ausgebaut werden, sondern es geht darum, zu überprüfen, welche Leistungen in Wirklichkeit nicht notwendig sind. Es geht darum, zu

hinterfragen, welche Subventionen nicht gebraucht werden. Es geht darum, zu hinterfragen, welche Leistungen überhaupt nicht gebraucht werden. Darum geht es! Diese Gedanken haben Leute in allen Fraktionen gehabt, sonst hätte es diese Ansätze nicht gegeben. (*Beifall bei der FPÖ.* - Abg Johann Hatzl: Sie sind ein guter Gewerkschafter mit diesen Äußerungen! Das ist das wahre Gesicht! Jetzt kennen wir uns aus!

- Weitere lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ und bei der FPÖ.)

Herr Kollege Hatzl, Sie wissen genauso wie ich, dass die Arbeiterkammer von sich aus das nicht machen kann, weil das im Gesetz steht. Daher muss man sich darüber den Kopf zerbrechen. (*Abg Johann Hatzl: Sehr gut! Das heißt, die Regierung soll eingreifen in die Arbeitnehmervertretung! Die Regierung soll bestimmen!*)

Offensichtlich hat die Arbeiterkammer viel zu viel Geld (*Abg Johann Hatzl: Warum haben Sie das nicht alles vor der Arbeiterkammerwahl gesagt, Sie Feigling! Dann wären Sie vielleicht gar nicht mehr drinnen!*), sonst hätte sie nicht hergehen und mit großem Aufwand Zigarettenprospekte verteilen können (*Abg Godwin Schuster: Sie sind gegen Information?*) - ich lasse mir meine Redezeit nicht so schnell wegnehmen -, die ein Vermögen gekostet haben. Die schauen alle sehr seriös aus, als wäre das irgendeine seriöse Information (*Abg Johann Hatzl: Also keine Information! Keine Rechtsvertretung! Und das ist ein Gewerkschafter? Das ist eine Schande!*), dabei ist das eine Antipropaganda, zum Teil eine Lügenpropaganda über die Arbeit der Regierung. Sie können es nachlesen. (*Abg Johann Hatzl: Sie haben das Recht verspielt, in der Arbeiterkammer als Arbeitnehmervertreter zu sitzen!*)

Ich weiß schon, Kollege Hatzl, es tut natürlich weh, wenn die Arbeiterkammer hergeht und sagt, bei dieser Regierung drohen uns 20 Prozent Abschläge bei der Pension, aber jeder, der rechnen kann, kommt auf 11,5 Prozent, im Nachhinein hat sich herausgestellt, dass es sogar nur 10,5 Prozent sein werden. (*Abg Johann Hatzl: Feig ist er auch noch! Das hätten Sie ruhig vor der Wahl sagen können!*) Für mich ist das eine Gräuelpropaganda. (*Beifall bei der FPÖ.* - Abg Johann Hatzl: Das ist schon in Ordnung! Heute sind Sie wenigstens ehrlich! Vor der Wahl haben Sie noch gelogen!)

Sie machen das heute parteipolitisch, Sie missbrauchen das Instrument. Ich denke nur an die drei Belastungspakete zurück mit den 140 Milliarden S Belastung, die uns alle getroffen haben. Da haben Sie geschwiegen. Genauso wie Kollege Driemer jetzt gesagt hat, die Regierung schaltet das Begutachtungsrecht aus. Wenn es dringend ist, wenn Not am Mann ist, dann kann ich keine Regierungsvorlage machen, sondern da kommt ein Initiativantrag. (*Abg Johann Hatzl: Endlich ehrlich!*) Das war in der Vergangenheit genauso. Das war unter SPÖ-Ministern genauso. Das ist keine Missachtung, sondern die normale Vorgangsweise. (*Beifall bei der FPÖ.* - Abg Johann Hatzl:

Der Jörgl hat sicher seine Freude mit Ihnen! Dass Sie sich nicht selber genieren und dass Sie sich noch in den Spiegel schauen können!)

Herr Kollege Hatzl! Ich stelle fest, die Kammern müssen natürlich politisch sein, denn sie haben die Interessen von uns Arbeitnehmern zu vertreten. Aber ich stelle gleichzeitig fest: Wer die Kammer parteipolitisch missbraucht, schadet ihr. Wer die Kammer parteipolitisch missbraucht, bringt sie in Misskredit. (*Beifall bei der FPÖ.*) Wer die Kammer parteipolitisch missbraucht, ist schuld am Schwinden ihres Einflusses und ihrer Mitgestaltungsmöglichkeiten. Wer die Kammer parteipolitisch missbraucht, schadet den Wiener Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. (*Anhaltender Beifall bei der FPÖ.* - Abg Johann Hatzl: Wie Sie sich selbst noch ernst nehmen können, verstehe ich überhaupt nicht!)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Dipl Ing Dr Rothauer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr. (*Abg Johann Hatzl: Wie sich jemand so ändern kann? Ein echtes Haider-Opfer! Übt sich in Selbstverleugnung! Ehrlicher wäre es gewesen, wenn er es noch vor der Wahl gesagt hätte!* - *Lebhafte, lautstarke Zwischenrufe bei der FPÖ.* - Abg Kurth-Bodo Blind: Was ist das für eine Vorsitzführung?)

Frau Dipl Ing Dr Rothauer, bitte! Sie sind am Wort!

Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! (*Anhaltende Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Ich ersuche, den Wecker erst einzustellen, wenn sich die Aufregung gelegt hat. (*Tumultartige Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Frau Kollegin Rothauer ist am Wort und ich bitte jetzt, die Diskussionen in den Bänken einzustellen. (*Abg Kurth-Bodo Blind: Jetzt auf einmal! Nur bei den Roten, da sind Sie ruhig!*) Herr Abg Blind! Ich würde bitten, sich zu mäßigen. (*Abg Kurth-Bodo Blind: Nein! Wie der Hatzl dauernd dreingeredet hat, da haben Sie gar nichts gesagt!* - *Weitere heftige Zwischenrufe bei der FPÖ, vor allem des Abg Kurth-Bodo Blind.*)

Ich bitte jetzt um Ruhe im Saal, sonst muss ich die Sitzung unterbrechen, Herr Abg Blind. (*StR Karin Landauer: Dann unterbrechen Sie doch die Sitzung!*) Ich würde bitten, dass Sie jetzt ruhig sind. (*Abg Kurth-Bodo Blind: So geht es nicht! Der Hatzl kann ununterbrochen dreinreden! Da wird nicht unterbrochen! So kann das nicht gehen! So kann es ja nicht sein!*)

Herr Abg Blind, Frau Abg Rothauer ist jetzt am Wort. Ich bitte Sie, sie jetzt zu Wort kommen zu lassen. (*StR Karin Landauer: Beim Herrn Präsidenten Römer hat der Herr Klubobmann ununterbrochen dreinreden dürfen! Das darf ja nicht wahr sein! So geht es ja nicht!*)

Frau Abg Rothauer, ich glaube, die Damen und Herren haben sich jetzt etwas beruhigt. (*StR Karin Landauer: Nein, das glaube ich nicht!*) Ich bitte Sie, mit Ihrem Beitrag zu beginnen.

Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer (fortsetzend):

Ich bitte nochmals, den Wecker erst jetzt einzustellen, und ich garantiere, dass ich keine Fortsetzung des Arbeiterwahlkampfs hier liefern werde. Allerdings muss ich sagen, ich habe mich sowieso gefragt, was die wahre Intention dieser Aktuellen Stunde sein soll und was damit gemeint war. Zuerst habe ich gemutmaßt, das war vielleicht ein Honneur an den gerade neu gewählten Wirtschaftskammerpräsidenten Leitl, aber anscheinend nicht. Anscheinend war es so gedacht, dass der Arbeiterwahlkampf hier weitergeführt wird, und anscheinend sind die anderen Kammern, die im Titel angeführt sind, nur als Feigenblatt benutzt worden. Dieser Verdacht nährt sich auch daraus, dass der Titel, obwohl er sehr sperrig und überlang ist, trotzdem mit einem Fehler behaftet ist. Es fehlt nämlich hier die Darstellung, dass die Interessenvertretungen nicht nur für die Bewohner und die Beschäftigten im Bundesland Wien eine große Bedeutung haben, sondern, meine Damen und Herren, auch für die Unternehmer. (*Beifall bei der ÖVP. - Abg Godwin Schuster: Sind das keine Bewohner? Wir haben auch an die Einpendler gedacht!*) Aber darauf werde ich zurückkommen.

Meinen Verdacht habe ich schon geäußert: Sie wollen offensichtlich mit billiger Polemik nur von den Schwächen und dem mangelnden Reformwillen der Arbeiterkammer ablenken, Herr Kollege. (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der FPÖ. - Abg Johann Hatzl: Es ist immer gut, wenn die Wirtschaftskammer die Arbeiterkammerzensuriert!*)

Und auch ich werfe Ihnen vor: Mit einer derartigen Agitation fügen Sie dem Ansehen der Kammern mehr Schaden zu, als Sie ihr jemals nutzen könnten. Und weil ich eine solche unsinnige Vorgangsweise für unwürdig halte, Herr Klubobmann Hatzl, werde ich mich in der von Ihnen begonnenen polemischen Art auch nicht weiter verbreitern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es lohnt sich mir auch nicht, auf diese unqualifizierte Aufregung des Herrn Kollegen Chorherr näher einzugehen, weil es schade ist um meine fünf Minuten. Er wird daher auch nicht erfahren, was die Anzeigen oder die Zeitungsseiten gekostet haben. Es interessiert ihn offensichtlich auch nicht, denn er hat zwar sein Interesse angemeldet, ist aber inzwischen schon wieder weggegangen. (*Abg Hanno Pöschl: Für das Protokoll hat er geredet!*)

Ich möchte die Aufmerksamkeit der geschätzten Abgeordneten, die heute diese Agitation von SPÖ-Gewerkschaftern - wenn Sie sich die Rednerliste anschauen - einfach über sicher ergehen lassen müssen, schon sachlich darauf lenken, dass die Wirtschaftskammern ganz andere Wege einschlagen werden, als sie der von Ihnen geführte Klassenkampf zur Versteinerung und zur Verkrustung überkommener Strukturen vorsieht. (*Beifall bei der ÖVP. - Abg Johann Hatzl: Mottenkiste! Jetzt kommen Sie aus der Mottenkiste nicht mehr heraus!*)

Herr Klubobmann, der neu gewählte österreichische Wirtschaftskammerpräsident hat die Standards

bereits vorgegeben. Es war ja aktuell diese Woche und wird wohl noch in Erinnerung sein. Er hat wörtlich gesagt: "Streiks sind keine Lösung. Österreich ist durch Konsens und nicht durch Streiks groß geworden." - Das ist die neue Linie, die ich unterstützen kann. (*Abg Johann Hatzl: Frau Rothauer, das verstehe ich auch! Der Leitl beginnt gerade, für die ÖVP die Wiener Wirtschaftskammer zu retten!*)

Er hat gleichzeitig angekündigt - und das ist auch schon längere Zeit bekannt - , dass die Erneuerung der Wirtschaftskammer Österreich Vorbildcharakter auch für andere Bereiche bekommen wird. Und einiges von dem, was er in die Wege leiten wird, ist ja auch schon bekannt.

Die Wirtschaftskammer Wien - wir unterhalten uns ja über Wien, das geht auch aus dem Titel hervor - hat da die Latte schon sehr hoch gelegt, und ich muss das extra betonen. Die Wirtschaftskammer Wien hat seit 1990 im eigenen Bereich Einsparungen von etwa 520 Millionen S durchgezogen. Der Personalaufwand alleine ist um fast 16 Prozent reduziert worden. (*Abg Johann Hatzl: Trotzdem hat der Wirtschaftsbund 10 Prozent verloren!*) Es ist uns auch gelungen, die Mitglieder im Jahre 1999, im Jahr 2000 und im Jahr 2001 jährlich um 55 Millionen S Beitragsleistungen zu entlasten. (*Abg Johann Hatzl: Ich frage mich nur, warum der Wirtschaftsbund 10 Prozent verloren hat!*)

Wenn ich über die Reformen der Kammer spreche, muss ich aber auch jetzt zum Schluss noch auf den Nutzen für die Unternehmer zu sprechen kommen, denn das war ja eines Ihrer Anliegen, wie ich dem ersten Satz entnehme. Die Unternehmungen profitieren natürlich ungeheuer von der Interessenvertretung, von dem Lobbyismus, dem positiven Lobbyismus, und von den Serviceleistungen. Die Wirtschaftskammer Wien steht ihren Mitgliedern alljährlich in fast 840 000 Beratungen und Anfragen mit Rat und Tat zur Seite und der Wert dieser Dienstleistungen liegt bei 400 Millionen S. Die arbeitsrechtlichen Streitigkeiten, die die Wirtschaftskammer für ihre Mitglieder durchflicht, hat Forderungen in der Höhe von 261 Millionen S abgewehrt (*Abg Kurt Wagner: Zu Lasten der Arbeitnehmer!*), und die Verdienste der Wirtschaftskammer in der Unterstützung der Einkaufsstraßen brauche ich hier nicht zu wiederholen, das habe ich schon in einer meiner Reden in den letzten Tagen getan. Ich darf nur darauf hinweisen, dass diese Aktivitäten nicht nur den Unternehmen zugute kommen, sondern auch der Bevölkerung im Sinne der Erhaltung der Nahversorgung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Wolfram zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Gert Wolfram (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Die Debatte hat gezeigt, wie wichtig eine gute Opposition ist.

Meine Damen und Herren, nur ein Wort noch zur Arbeiterkammer. Ich habe hier einen Brief eines Pro-

fessors vom Konservatorium der Stadt Wien an den Redakteur von "AK für Sie", Herrn Wolfgang Mitterlehner, vom 31. Mai 2000. Darin heißt es:

"Sehr geehrter Herr Mitterlehner! Dass Sie mit den Mitgliedsbeiträgen in Ihrer Zeitung maßlos Parteipolitik betreiben, ist eine Veruntreuung von Mitgliedsbeiträgen und eine Unverschämtheit. Sie müssen damit rechnen, dass nicht alle Mitglieder Ihre Parteipolitik finanzieren wollen. Sicherlich ist Ihnen aber nicht bewusst, wie es im Reich des Sozialismus tatsächlich aussieht. Da würde ich Ihnen raten, ein paar Monate dort zu verbringen. Dass Musiker aus dem Osten 13 Tage und Nächte reisen, um bei uns 3 500 S zu verdienen, ist bezeichnend. Ich selbst habe dort drei Jahre leben dürfen und bin immer noch in enger Beziehung mit meinen Kollegen."

"Und die Belastungen, die wir jetzt tragen müssen", schreibt er am Schluss, "sind das Ergebnis von 30 Jahren Misswirtschaft. Den Sozialabbau und das marode Pensionssystem haben jedenfalls die früheren Regierungen mit ihrer Defizitpolitik zu verantworten." (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin dafür und wir alle sind dafür, dass es starke Interessenvertretungen gibt. Ich habe selber in meiner Zeit als Vertreter der Wirtschaft im Farbenfachhandelsbereich mit den Vertretern der Arbeiterkammer zu tun gehabt und habe einen sehr positiven Eindruck mitgekriegt. Sie haben dort tatsächlich Fachleute und das ist positiv anzuerkennen. Was wir ablehnen, ist die parteipolitische Benützung dieser Institution. Das lehnen wir kategorisch ab. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ein Wort jetzt zur Handelskammer. Kollege Driemer hat schon gesagt, dass er sich geirrt hat. Es ist tatsächlich so, dass es am Mittwoch eine neue Bestellung des Präsidiums gegeben hat.

Meine Damen und Herren! Der Reformwille in der Handelskammer ist nur auf den Druck der Freiheitlichen zurückzuführen. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) In zehn Jahren Tätigkeit haben wir erleben können - die Kollegen vom Wirtschaftsbund waren im gleichen Maße entsetzt darüber -, wie Ihre Vertreter im Parlament - etwa Maderthaner - das Händchen heben bei Abstimmungen, die gegen die Wirtschaft gerichtet sind, ohne Sachkenntnis in dem speziellen Fall. Verrückteste Bestimmungen sind erlassen worden. Einstimmig, mit Zustimmung der Wirtschaftskammer!

Deswegen, meine Damen und Herren, bin ich so froh darüber, dass der neue Präsident die Funktionen, nämlich die Vertretung als Politiker im Parlament und die Vertretung für die Wirtschaft, getrennt hat. Eine starke Arbeiterkammer hat ihre Arbeitnehmer zu vertreten, eine starke Wirtschaftskammer hat ihre Unternehmer zu vertreten und nicht im Parlament Parteipolitik zu machen, wie Sie das jetzt seit Jahrzehnten gemacht haben.

Für die Sozialpartnerschaft, die wir abschaffen

wollten - das stimmt; in dieser Form wollten wir sie abschaffen -, haben wir jetzt für die nächsten fünf Jahre zugestimmt, ein Reformsystem mitzutragen, und auch der Freie Wirtschaftsverband hat das mitgetragen. Es ist ein einstimmiger Beschluss gewesen. Und Alfons Haiden, ein Mann aus unserem Bezirk, aus dem 16. Wiener Gemeindebezirk, als Vizepräsident auch mit in die Kammer aufgenommen, trägt dies auch mit in dem Wissen, wie er in seiner Aussendung sagt: Ein beständiger Reformprozess ist die einzige Chance, dass wir die großen Herausforderungen wie die EU-Erweiterung mit ihren enormen Chancen oder auch die Globalisierung überhaupt meistern können. - Meine Damen und Herren, das ist auch seitens des Freien Wirtschaftsverbands ein Bekenntnis zu dieser Reorganisation.

Und wenn all die Kritik dazu führt, dass die Arbeiterkammer sich reformiert, im Sinne ihrer Mitglieder als Serviceorganisation tätig wird, dann können wir nur stolz und froh darüber sein, eine positive Kritik geübt zu haben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Hundstorfer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Rudolf Hundstorfer (*SPÖ*): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist das Gebot der Stunde, ein paar Dinge zurechtzurücken. So sagen Sie doch die Wahrheit, meine Damen und Herren der Freiheitlichen Partei: Arbeitnehmerrechte sind Ihnen ein Dorn im Auge. Es ist Ihnen ganz einfach wichtig ... (*Abg Johann Römer: Das ist ja wirklich unerhört!*) Wenn Sie genau wüssten, was Sie hier fordern (*Abg Mag Hilmar Kabas: Das ist absurd!* - *Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*), wenn Sie zum Beispiel sagen, eine Senkung der Arbeiterkammerumlage führt nicht zu einer Schwächung der Arbeitnehmerrechte. Wer so etwas sagt, der weiß ganz genau, dass er wissentlich etwas Falsches sagt. (*Abg Mag Hilmar Kabas. Das ist ein Blödsinn!*) Es geht schlichtweg darum, den Leuten Sand in die Augen zu streuen, wenn man sagt, die Arbeiterkammerumlage senkt irgendwelche Defizite. Die Senkung der Arbeiterkammerumlage hat mit einer Defizitsenkung so viel zu tun wie nur irgendwas, nämlich Null.

Wir haben ein Paradebeispiel dafür, das Sie nie hören wollen, nämlich das Paradebeispiel des Selbstbehalts in der Krankenversicherung. Eine der größten Krankenkassen Österreichs hat nämlich seit ihrer Gründung einen Selbstbehalt, und zwar die Bundesversicherungsanstalt, in der viele von Ihnen versichert sind. Und wie, meine Damen und Herren der Freiheitlichen, schaut es denn aus mit dem Defizit der Bundesversicherungsanstalt? - Sie hat genauso ein massives Defizit wie alle anderen Krankenkassen. Trotz des Selbstbehalts! Weil Sie überhaupt nicht bereit sind, die Ursachen dieses Defizits zur Kenntnis zu nehmen (*StR Karin Landauer: Was haben Sie für Strukturmaßnahmen gesetzt?*), weil Sie der Industrie so verpflichtet sind und die Industrie so die Rechnungen von Ih-

nen zurückfordert, dass Sie zu blind sind, dieses Defizit überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. (*Beifall bei der SPÖ.* - *Abg Mag Hilmar Kabas: Ihr habt es verwirtschaftet! Wie beim Konsum! Ihr habt es ja verwirtschaftet! Ihr könnt nicht wirtschaften!* - *Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Das Beispiel der Bundesversicherungsanstalt ist Ihnen deshalb so peinlich, weil dort eines auf keinen Fall passiert ist: Nachweisbar war seit der Gründung der BVA nie eine sozialdemokratische Spalte, denn immer war die Spalte vom ÖAAB oder von den christlichen Gewerkschaftern besetzt (*Abg Mag Hilmar Kabas: Das sagen Sie Ihrem Koalitionspartner!*) oder auch von Freiheitlichen. Genauso! Sie sind überhaupt nicht bereit, zu den Wurzeln zurückzukommen, worum es bei den Krankenkassen überhaupt geht. (*Beifall bei der SPÖ.* - *Abg Mag Hilmar Kabas: Das ist ein Märchen aus 1001 Nacht! Das Konsum-Märchen! Das sind die gleichen Schmähs wie beim Konsum!*) Ich weiß, Herr Kabas, wenn es für Sie eng wird, kommen Sie mit dem Konsum. (*Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Parteipolitischen Missbrauch betreiben nämlich Sie mit den Arbeiterkammern. Sie haben die Arbeiterkammer parteipolitisch missbraucht, indem Sie die Absenkung des Beitrags verlangt haben. (*Beifall bei der SPÖ.* - *StR Karin Landauer: Maßnahmen! Nennen Sie Maßnahmen!* - *Abg Mag Hilmar Kabas: Klar, alles was nicht sozialistisch ist, wird verteufelt!*)

Und klarstellen möchte ich auch: Die freiheitlichen Wirtschaftsvertreter sind bei der Sitzung am 7. Juni in der Wirtschaftskammer Wien gegen den Antrag auf Erneuerung und Stärkung der österreichischen Sozialpartnerschaft aufgetreten. Sie haben mitgestimmt bei der konstituierenden Sitzung der Bundeswirtschaftskammer. Dort haben Sie mitgestimmt! (*Abg Johann Hatzl: Hört! Hört!*)

Ein Nebensatz: Nur dem Antrag, der in Wien abgestimmt wurde und in dem die Frage der Sozialpartnerschaft ganz breit behandelt wurde, diesem Antrag haben Sie klar die Zustimmung verweigert. Das nur zur Klarstellung. (*Pfui- und Buh-Rufe bei der SPÖ.* - *Abg Heinz Hufnagl: Das wahre Gesicht!* - *StR Karin Landauer: Sie können ja anregen, dass es neue Wege gibt!*)

Abschließend: Die Arbeitnehmerrechte sind Ihnen - ich muss das noch einmal wiederholen - ein massiver Dorn im Auge (*StR Karin Landauer: Na geh!*), denn Sie sind so der Großindustrie verpflichtet, und diese Indizien sind nachweisbar. (*Lebhafte Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Schauen Sie sich bitte den ÖIAG-Aufsichtsrat an. Der ÖIAG-Aufsichtsrat ist ein Auszug der Prinhorn'schen Privatstiftung. Die Hälfte der Leute der Prinhorn'schen Privatstiftung bilden auch die Hälfte des ÖIAG-Aufsichtsrats. Wenn Sie mir das mit Objektivität verkaufen wollen - na grüß Gott! (*Abg Dr Helmut GÜNTHER: Heute sind Sie aber schwach, Herr Hundstorfer!*)

Genauso ist es bei der Frage der Pensionsverhandlungen, weil Sie vorhin von "absurd" gesprochen ha-

ben. Ich sitze nämlich zeitweise bei diesen Pensionsverhandlungen. Was sollen die Vorschläge, die da von der Regierung gekommen sind, auch nur irgendwie mit Reform zu tun haben? - Da ist zum Beispiel die Einführung des Pensionssicherungsbeitrags im öffentlichen Dienst vorgeschlagen worden, aber nicht auf ewig, sondern auf drei Jahre befristet, und dann reden wir wieder und dann senken wir ihn ab. Was ist denn das für eine Reform? Wie soll da für die heute 20-, 30-, 40-Jährigen wirklich eine Pension abgesichert werden? - Sagen Sie die Wahrheit! (*StR Johann Herzog: Ihr habt das ja verursacht! Ihr wolltet die Pensionen beibehalten, wie sie sind!*)

Sie sind der Großindustrie verpflichtet, Sie müssen die Wahlversprechen finanzieren und demzufolge ziehen Sie dem kleinen Arbeitnehmer das Geld aus der Tasche. - Danke. (*Lang anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Stix zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Rüdiger Stix: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, man muss ein paar Sachen auseinander halten, und ganz so schlimm wird es schon nicht sein. Sie wissen, als guter alter Freiheitlicher weiß ich, was wir gefordert haben, zum Beispiel die Parteienförderung halbieren. Die Freiheitliche Partei kann es ja jetzt mit ihrer parlamentarischen Mehrheit. (*Abg Paul Zimmermann: Das glauben Sie aber selber nicht!*) Ich habe in den letzten 150 Tagen nichts davon gehört. Ich nehme an, alles andere wird auch nicht so schlimm sein, obwohl der damalige Ansatz von uns guten alten Freiheitlichen gar nicht so schlecht war.

Nur, als überzeugter Ordoliberaler würde ich vorschlagen, schauen wir ganz kurz auf die Empirie, auf die Realität: Wie stehen wir denn in Wien da? - Ich darf kurz in Erinnerung rufen: Wenn wir als Schnitt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und die Kaufkraftparität in der EU mit 100 annehmen, dann liegen wir in Österreich im Schnitt bei 111 und in Wien trotz der hohen Arbeitslosenrate bei 165. Das ist als Ergebnis nicht so schlecht. Fairerweise muss man dazusagen, dass die Spitzenwerte - die sind, glaube ich, in Inner-London zu verzeichnen - bei 222 liegen. Also, wir sind ganz gut unterwegs, es könnte aber besser sein.

Kurz zu den Kammern im Einzelnen. Bei der Landwirtschaftskammer muss ich den Kollegen Chorherr enttäuschen. Es ist kein Spezifikum der Wiener Landwirtschaftskammer, die, glaube ich, 0,4 Prozent aller Beschäftigten vertritt - der Kollege Klucsarits wird mich korrigieren, es wird in etwa stimmen -, obwohl wir ein höheres Agrarprodukt haben als Vorarlberg, glaube ich.

Also, an sich eine gute Leistung der Wiener Bauern in den verschiedensten Branchen; es sind meistens natürlich Gärtner und Weinbauern. Es sind nicht die Einzigsten, die Subventionen bekommen, die Landwirtschaftskammern in Österreich haben das Spezifikum,

dass sie Subventionen bekommen. Ich halte zwar nicht viel davon, aber es ist kein Spezifikum von Wien, das ist in Kärnten genauso wie in Tirol.

Bei der Wirtschaftskammer besteht natürlich ein Reformbedarf, und ich halte sehr viel von dem, was Präsident Leitl gesagt hat. Ich erlebe es ja tagtäglich, wenn sich Sympathisanten aus dem liberalen Mittelstand an mich wenden. Einerseits wird das hohe Beratungsniveau akzeptiert. Da hat Frau Dr Rothauer zweifellos Recht, wenn sie darauf hingewiesen hat, obwohl möglicherweise Besteller und Leister nicht immer ganz zusammenpassen.

Andererseits, und Präsident Leitl hat es ja persönlich so gesagt, trifft auch er auf Leute, die ihm tagtäglich begegnen, die sich nicht vertreten fühlen, obwohl sie einer mehrfachen Innungszuständigkeit unterliegen.

Das sind ganz logische Konsequenzen des Strukturwandels und darauf müssen alle Kammern reagieren, aber natürlich auch die Wirtschaftskammer. Ich bin überzeugt, sie wird das in Wien tun.

An der Arbeiterkammer ist der Strukturwandel natürlich auch nicht spurlos vorbeigegangen. Das Problem sehe ich eher darin, dass wir heute in einer etwas asymmetrischen Debatte liegen. Das Problem ist ja weniger der parteipolitische Missbrauch. In der Schärfe sind das fraktionelle Kämpfe, Anwendung von arithmetischen Verfahren, Anwendung von Dezimalverfahren. Das interessiert draußen die Bürgerinnen und Bürger nur am Rande.

Aber, und die Kritik möchte ich schon aufrecht erhalten, man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass neben der ebenfalls exzellenten Beratungsleistung - und ich habe als freiheitlicher Mandatar, und auch heute als ordoliberaler Mandatar, die Leute immer regelmäßig zur Arbeiterkammer geschickt und dort exzelle Beratung erhalten. In den AK-Publikationen sind eindeutig alle Tendenzen - drücken wir es einmal höflich aus - der Political correctness in einem Überhang, der vielleicht weit über die parteipolitischen Intentionen hinaus geht, die wahrscheinlich auch gar nicht der Sozialdemokratie im engeren Bereich nützen, die aber ohne Zweifel einen Gesamteinindruck erwecken, der sicher nicht die Mehrzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer repräsentiert.

Daher, wenn wir nicht in einer artifiziellen Diskussion der Politikerkaste hängen bleiben wollen, müssen wir den Strukturwandel bewältigen. Wir müssen aber auch davon absehen - und das ist ein Problem vor allem der Arbeiterkammer, die Wirtschaftskammer trifft das nicht -, mit dem Instrumentarium der Arbeiterkammer moralisierend Politik machen zu wollen! Ganz egal, ob dieser moralisierende politische Erziehungsanspruch jetzt auch der Sozialdemokratie schadet.

Ceterum censeo: Sie wissen, und alle Damen und Herren am Internet, die vielleicht erst jetzt aufgeschaltet haben: "Was gut war an der Freiheitlichen Partei ist bei mir in besten Händen!"

Präsidentin Erika Stubenvoll: Danke schön. - Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen von den Abgeordneten der "Die Grünen - Grüne Alternative Wien" 1 und des Liberalen Forums 1 vorliegen.

Vor Sitzungsbeginn sind folgende Anträge von Landtagsabgeordneten eingelangt: Von den "Die Grünen - Grüne Alternative Wien" 1, von der Österreichischen Volkspartei 1 und von der Freiheitlichen Partei Österreichs 1. Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben.

Frau Abg Dr Elisabeth Neck-Schaukowitsch sowie Genossinnen und Genossen haben gemäß § 30 b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem die Wiener Abgabenordnung geändert wird, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuss für Finanzen und Wirtschaftspolitik zu.

Nach Beratung in der Präsidialkonferenz nehme ich folgende Umstellung der Tagesordnung vor: Die Postnummern 7, 8, 10, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 9, 11 und 12 werden in dieser genannten Reihenfolge verhandelt.

Gegen diese Umreihung wurde kein Einwand erhoben. Ich werde daher so vorgehen.

Die Postnummer 7 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Regelung des Veranstaltungswesens, Wiener Veranstaltungsgesetz, geändert wird.

Der Berichterstatter hierzu ist Herr amtsf StR Dr Marboe. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Dr Peter Marboe: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Es hat sich im Laufe der letzten Jahre herausgestellt, dass das Veranstaltungsgesetz nicht der geeignete Rahmen ist, um alle Fragen des Fiakerwesens zufriedenstellend zu lösen. Man ist daher den einzigen logischen Weg gegangen und hat ein neues Wiener Fiaker- und Pferdemietwagengesetz entworfen, das ja dann anschließend auch zur Beratung steht und dementsprechend müssen die Bestimmungen des Wiener Veranstaltungsgesetzes adaptiert werden.

Ich bitte daher, diesem Vorschlag die Zustimmung zu erteilen.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch

in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zur Postnummer 8. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes über den Betrieb von Fiakerunternehmen und mit Pferden betriebenen Mietwagenunternehmen, Wiener Fiaker- und Pferdemietwagengesetz.

Der Berichterstatter hiezu ist Herr amtsf StR Svihalek. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Fritz Svhalek: Frau Präsidentin!

Sie haben den Gegenstand der Verhandlung bereits erwähnt.

Ich darf ausführen, dass wir, unabhängig von der formellen Ebene zur Beschlussfassung dieses Gesetzes, einen ausführlichen Dialog mit den Betroffenen gesucht haben. Wir haben über das normale Maß hinaus Gespräche mit den Tierschützern geführt, mit den verschiedenen Verbänden und natürlich auch mit den Fiakern und mit der Innung. Auch wenn es sich im Moment noch so darstellt, als könnten nicht alle Fraktionen zustimmen, so bitte ich doch im Laufe der Debatte zu überdenken, ob nicht die Grundsätze dieses Gesetzes, das nach vielen Jahren zum ersten Mal einen Kompromiss zwischen den Interessen darstellt, über einige Kleinigkeiten, die Sie noch kritisieren werden, hinaus gehen.

Ich glaube, es besteht in der Debatte noch die Chance zu erkennen, dass jene Vorschläge, die gemacht wurden, die Besten sind, die aus den vielen Diskussionen entstanden sind. Denn Sie können sich vorstellen, dass die Diskrepanz zwischen Fiakern, Gewerbebetrieben, Tierschützern und den Interessen der Bevölkerung, den Anwohnern und den Touristen einem Dialog unterzogen werden musste, der nicht einfach ist.

Als besonders wichtig darf ich zwei Punkte herausstellen, die sind:

1. Punkt. Das Hauptproblem in den letzten Jahren war, dass durch die Vereinfachung des Zugangs zum Gewerbe die Fiaker nicht in der Lage waren, sich untereinander zu einigen und einen Weg zu finden, dieses kulturhistorische Gut auch wirklich sinnvoll zu verwalten. Es hat daher zu einer Explosion an Konzessionen, die gesetzlich - von der Verfassung aus - nicht zu verhindern waren, geführt.

Mit diesem heutigen Gesetz gelingt es uns erstmals, bei Wahrung der verfassungsrechtlichen Ansprüche, die Anzahl der Konzessionen zu begrenzen. Ich sage auch gleich, warum wir diesen harten Weg gegangen sind: Weil es für die Stadt nicht zumutbar ist und sie auch nicht mehr als die heute 142 vergebenen Fiaker und in eineinhalb Jahren dann 120, das sind die 60 Stellplätze, die wir geschaffen haben, verträgt. Ich sage das mit aller Klarheit. Diese Reduktion auf 142 und in eineinhalb Jahren 120 ist gerade noch das Maß, das die Bevölkerung verträgt und akzeptiert, egal ob es Anrainer sind oder ob es Wienerinnen und Wiener sind, die den 1. Bezirk besuchen, aber auch Freunde aus dem Ausland, Touristen, die

unsere Stadt besuchen.

Wir haben hier einen verfassungsrechtlichen Weg gefunden, der manchem vielleicht als nicht sinnvoll erscheint, aber nachdem wir die Einladung ausgesprochen haben, eine bessere Lösung zu finden und keiner eine gefunden hat, bleiben wir bei dem Weg. Wenn im November feststeht, dass es mehr als 142, respektive nächstes Jahr mehr als 120 Ansuchen gibt, wird mittels Verlosung diesen 120 oder jetzt 142 der Platz gewährt werden. (*Heiterkeit bei GR Dr Wilfried Serles.*)

Auch wenn Sie darüber lächeln, wenn Sie schon so gescheit sind, dann hätten Sie bis jetzt ja einen Vorschlag einbringen können, der besser ist.

Faktum ist, dass wir damit den verfassungsrechtlichen freien Weg zum Gewerbe ermöglichen, die Fiaker aber zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Bürger dieser Stadt nicht weiter belastbar sind. Außerdem bin ich sicher, dass der Druck dieses Gesetzes dazu führen wird, dass die Herrschaften Fiaker endlich einmal miteinander reden und nach einer klaren Lösung suchen. Ich bin überzeugt, dass wir den harten, aber richtigen Weg gegangen sind. Wenn wir das nicht gemacht hätten, hätten wir genauso wie in den letzten 30 Jahren nur herumgeblödelt, nur herumdiskutiert und keine Lösung gefunden.

2. Punkt. Ganz kurz und wesentlich in diesem Zusammenhang ist die Festschreibung des Entweder-Oder, entweder Pooh-Bags oder einen Reinigungsvertrag abschließen. Damit ist gewährleistet, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt nicht mehr in dem Ausmaß wie bisher belästigt werden.

Ich bitte Sie daher, trotz aller Details, die vielleicht nicht passen, das Gesamte zu sehen und zu erkennen, dass dieses Fiakergesetz seit Jahren eine erste klare Linie ist und den Gewerbetreibenden genau vorschreibt, wie sie sich orientieren und die Zukunft planen können, das aber auch für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt Belästigungen hintan hält.

In diesem Sinne ersuche ich, die Debatte zu eröffnen, Frau Präsidentin, und wenn Wortmeldungen vorliegen, auch diese zu eröffnen.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Gemäß § 30 c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Pöschl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Hanno Pöschl (*Liberales Forum*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Fiaker gehören zum Wiener Stadtbild. Leider gehören auch die Probleme rund um diese Fiaker zum Wiener Stadtbild. Nicht umsonst gab es in den letzten Jahren Schlagzeilen wie "Fiakerdemo in der Wiener City", da hat man sich gegen die Freigabe des Fiaker-

gewerbes aufgeregt. "Krieg der Fiakerunternehmen", da ging es um die Zusammenarbeit untereinander. "Der Wiener Fiakerskandal", da ging es um Tierquäle-rei, oder "Fiakerrazzia", also es gab alles. Dieses Bild gab es rund um die Fiaker.

Jetzt stellt sich die Frage: Was hat sich in den letzten Jahren getan? - Wenn man es vorsichtig um-schreibt, der "Krieg der Fiakerunternehmer" untereinander existiert noch immer. Es gibt nach wie vor schwarze Schafe im Bereich, sagen wir jetzt einmal, Tierschutz und auch Aufmachung, Ausstattung. Die gehören weiterhin zur Realität. Heute haben wir in der politischen Verantwortung für die Fiaker einen Wechsel und wir haben eine Gesetzesvorlage, über die wir jetzt hier diskutieren können.

Zuallererst muss man einmal sagen, dass dieser Entwurf ganz sicher Verbesserungen beinhaltet, die sind auch zu erkennen, auch im Bereich des Tierschutzes. Es gibt strengere Überprüfungen und härtere Strafen. Leider hat man sich nicht dazu entschließen können - eine unserer langjährigen Forderungen -, dass man die Pferde auch wirklich mit einem Chip erkenntlich macht, dass man sie unterscheiden kann, damit es hier nicht zu Verwechslungen - jetzt im negativen Sinn - kommen kann. Das wurde leider nicht aufgegriffen, aber grundsätzlich muss man einmal sagen, die Intention ist zu begrüßen. Darüber hinaus sind, wie auch schon erwähnt wurde, die Rahmenbedingungen dahin gehend verschärft worden, dass man jetzt einmal versucht, dem Wildwuchs Einhalt zu gebieten. Interessanterweise wurde aber die Diskussion über diese neue Regelung von einer Frage dominiert, und zwar von den, wie sie im Gesetzestext genannt werden, "Exkrementtaschen", die hier vorgeschrieben werden, den so genannten Pferdewindeln.

Es ist richtig, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Verunreinigung, die durch die Fiaker, besser gesagt durch die Pferde, in Wien auch wirklich stattfindet, ein Problem ist. Einerseits, weil es viel kostet, andererseits, weil es tatsächlich eine Belästigung für die BürgerInnen, aber auch für die Touristen dieser Stadt ist.

Jetzt stellt sich die Frage, wie man auf dieses Problem reagieren will. Im ersten Entwurf oder in den ersten Überlegungen war es so, dass diese Pferdewindeln verpflichtend vorgeschrieben waren. Also, das war einmal die Grundsatzidee. Es gab massenwei-se Proteste, nicht nur von Tierschutzorganisationen, aber Gott sei Dank auch von denen. Auch die MA 60 hat sich dazu ablehnend geäußert. Da hat eine Reise nach Brügge ein bisschen Abhilfe geschaffen. Nach einigen Verhandlungen, der Herr Stadtrat hat es schon erwähnt, kam es jetzt zu einem so genannten Alternativvorschlag, einer Alternativlösung, die sich so an-hört, dass man jetzt entweder diese Pferdewindeln verwenden muss oder sich für die verpflichtende Reinigung entschließen muss. Das heißt, dass die Fiakerunternehmer für diese verpflichtende Reinigung sorgen müssen.

Das klingt gar nicht schlecht, umso mehr als Sie, Herr Stadtrat, im Ausschuss auch bei der Diskussion gesagt haben, dass sich zu 99 Prozent eh 99 Prozent aller Fiaker für diese Art der Reinigung entschließen werden und eh keiner diese Pferdewindeln auch wirk-lich benutzen wird. Jetzt stellt sich die Frage, wenn eh 99 Prozent das nehmen werden, warum brauchen wir das dann in dem Text drinnen, wo es wirklich umstritten ist, ob diese Regelung dieser Pferdewindeln nicht auch wirklich aus tierschutzrechtlicher Sicht bedenklich ist? - Aus meiner Sicht würde - und das haben wir im Ausschuss auch argumentiert und diskutiert - die verpflichtende Reinigung, die meines Erach-tens nach sinnvoll und notwendig ist, auch reichen, um dem Zweck zu genügen.

Aus diesem Grund bringe ich heute auch einen Abänderungsantrag ein, der den § 12 Abs. 5 ändert, indem er nur mehr lautet:

"Die Konzessionsinhaber haben durch geeignete Vorkehrungen sicherzustellen, dass jede Verunreini-gung der Straße durch feste Ausscheidungen der Zugpferde ehebaldigst und kontinuierlich entfernt wird."

Wir haben auch schon im Ausschuss darüber dis-kutiert, und ich habe das auch angeregt und man hatte das Gefühl, dass viele durchaus offen sind oder diesen Vorschlag insgeheim auch für richtig finden, auch wenn man natürlich sagen muss, dass dieses zweischneidige Schwert, das hier drinnen ist, dass man sagt, ihr könnt euch das aussuchen, natürlich auch ein leichtes Druckmittel ist, um die Fiakerunternehmer auch dahin zu bringen. Aber das Druckmittel ist umso besser, wenn man nur die verpflichtende Reinigung hineinschreibt.

Nun in aller Kürze und zum Abschluss ein kurzes Szenario, das Sie vielleicht motiviert, umzudenken oder vielleicht gar nicht einmal umzudenken, sondern nur einfach diesem Abänderungsantrag zuzustimmen. Gehen wir jetzt einmal davon aus, dass sich die Fiakerunternehmer wirklich für diese verpflichtende Rei-nigung entschließen. Gehen wir einmal davon aus, sie machen das, sie einigen sich darauf. Das kostet sie ungefähr 4, 5 Millionen S im Jahr, wenn sie es güns-tig machen. Jetzt wissen wir alle, dass die Fiakerunternehmer finanziell nicht gerade rosig dastehen. Also, es ist nicht so, dass die mit goldenen Kutschen he-rumfahren. Das ist es ganz sicher nicht. Was wird also höchst wahrscheinlich in einem Jahr passieren, nachdem das einmal gemacht wurde? - Also, aus rein be-triebswirtschaftlicher Sicht werden die Leute sagen, na ja, damit sich das noch halbwegs auszahlt, müssen wir die Kosten senken, und wie können wir die Kosten senken? - Indem wir halt diese 4 bis 5 Millionen ein-fach streichen, und man wird auf diese Windeln zu-rückgreifen, die eigentlich eh niemand will und die man nur als Mittel zum Zweck, damit es gereinigt wird, verwendet.

Jetzt sage ich einmal, aus der Sicht des Tierschut-zes ist das nicht zu verantworten. Ich halte den Zu-

gang, dass man Tieren hier mit diesen Tierwindeln zu Leibe rücken will, für einen Fehler, auch wenn man glaubt, dass es nicht passieren kann. Aber alleine die Möglichkeit, dass es passieren kann und die Chance, dass es passiert, ist nicht so gering. (*Abg Mag Franz KARL: Was passiert, wenn die Windeln tragen? Was passiert dann mit den Pferden? Werden die depressiv? Werden sie traurig?*)

Schauen Sie, nachdem Sie anscheinend der Tierschutzsprecher Ihrer Fraktion sind (*Abg Mag Franz KARL: Du, bitte!*) - nachdem du, entschuldige -, müsstest du das an sich ja bewusst sein. Der Herr Stadtrat hat im Ausschuss eine weise Bemerkung getan. Er hat gesagt, es ist so, dass man jungen Pferden das noch beibringen kann. Jetzt bin ich kein Fiakerexperte, aber sehr viele junge Pferde habe ich unter den Fiakern noch nicht gesehen, und dass man einem älteren Pferd das angewöhnen kann, ist, glaube ich, relativ schwierig. Da können Sie mir vertrauen. Aber ich will jetzt nicht in die Details gehen, warum diese Fiaker- und Pferdewindeln an sich abzulehnen sind - einerseits aus Hygienegründen, andererseits aber aus Tierschutzgründen -, weil es hier auch darum geht, wie die Pferde dann mit ihrem Schweif, den sie benötigen, um zum Beispiel auch Fliegen abwehren können, zu rechtfertigen können, denn das funktioniert mit dem Ding nicht mehr wirklich. Es gibt hier aus rein tierschutzrechtlicher Sicht einige Punkte, die dagegen sprechen. Also, wenn man das nicht wirklich will und sich diese Diskussion ersparen möchte und einfach sagt, was wollen wir, wir wollen, dass die Stadt sauber ist, dann reicht es, wenn man hineinschreibt, dass man hier für die Reinigung zu sorgen hat.

Ich persönlich würde gerne diesem Gesetz zustimmen, weil ich der Meinung bin, dass das insgesamt gesehen eine Verbesserung bringt. Machen Sie es mir einfach einfach! Stimmen Sie unserem Abänderungsantrag zu, dann werden wir dem Gesetz gerne zustimmen. Ansonsten besteht meines Erachtens nach die Gefahr, dass sich spätestens in einem Jahr das Bild ändern wird und wir vielleicht doch mit Fiakerwindeln herumrennen, nicht wir, sondern die Pferde, und das wäre unerfreulich. - Danke schön. (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Mag Chorherr zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Christoph Chorherr (GRÜNE): Meine Damen und Herren!

Wir haben heute wirklich einen in gewisser Weise großen Tag im Wiener Landtag, uns mit diesem Thema an so prominenter Stelle auseinander zu setzen. Darum ist es mir wichtig, zu dieser Rede, auf die ich mich wie auf wenige sonst vorbereitet habe, ein paar einleitende Bemerkungen zu machen.

In der allgemeinen bundespolitischen Diskussion wird ja jetzt oft gesagt: Na ja, wie hält es Wien denn mit dem Ausland? Sagen Sie mir ein Land der Welt, wo das Parlament die Reihung seiner Tagesordnungs-

punkte davon abhängig macht, ob eine ausländische Fernsehstation kommt oder es übertragen möchte. Das japan... (*Abg Mag Franz KARL: Wo ist die Fernsehstation?*) Sie bekommen ein paar Informationen dazu. Die Frau Präsidentin hat in der Präsidiale gesagt, die Frage "Fiaker" ist in Japan von derartig hervorragendem Interesse, dass die Japaner diese Debatte - sei es über die Kamera, sei es über das Internet, über das wir hier übertragen werden - eingehend verfolgen werden. Sie können damit rechnen, dass einige Millionen Menschen heute in Japan dieser wichtigen Diskussion folgen werden. (*Abg Mag Franz KARL: Weil die alle deutsch können!*) Das ist einmal ein wichtiger Beleg, wie international, wie offen das ist. Ich kann mir kein Parlament der Welt vorstellen, das eine entsprechende Reihung vornehmen würde.

Und weil viele Japanerinnen und Japaner unserer Diskussion folgen, erlaube ich mir, hier Folgendes anzumerken: MINNA SAMA; OHAYO GOZAIMASU; HAJIMEMMSHITE DOZO YOROSHIKU ONEGAI SHIMASU. (*Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPÖ. - Allgemeine Heiterkeit.*) Für die, die unter Ihnen nicht fließend japanisch sprechen: Ich habe Ihnen allen einen schönen guten Morgen gewünscht und gesagt, es freut mich, sie kennen zu lernen. (*Abg Johann Hatzl: Hoffentlich waren die Laute richtig!*)

Kommen wir jetzt zu diesem in der Tat richtig als ersten Punkt gereichten Punkt. Gehen wir kurz auf die Geschichte ein, denn man kann dieses Geschäftsstück nicht verstehen, wenn man sich nicht mit der Geschichte auseinander setzt:

300 Jahre lang, meine Damen und Herren, hat das Fiakergewerbe in Wien problemlos funktioniert! Von 1693 bis 1993 war das eine Bundesangelegenheit und es gab keine Schwierigkeiten. 1993 hat der österreichische Föderalismus zugeschlagen. Wien hat sich dieses Problems bemächtigt und seitdem gibt es grobe Schwierigkeiten.

Meine Damen und Herren in Wien und in Japan! Sie werden es nicht für möglich halten, was ein Wiener Fiaker rechtlich bis heute ist. Ein Wiener Fiaker ist eine Veranstaltung nach dem Veranstaltungsgesetz. Das hat eine Reihe ausnehmend negativer Konsequenzen. Meist ist eine Veranstaltung zeitlich begrenzt. Jetzt weiß man aber, dass Fiaker das Fiakergewerbe nicht eine Stunde, zwei Stunden, drei Stunden ausüben, sondern ein ganzes Berufsleben lang, wo Wien es ihnen immer schwerer macht. Wie hat man dieses Problem gelöst? - Man hat die juristische Konstruktion der Dauerveranstaltung erfunden und regelt seitdem penibel und restriktiv zum Schaden der Wiener Fiaker die Dauerveranstaltung Fiaker.

Noch nicht genug der rechtlichen Präzisierung, ein Fiaker ist eine Veranstaltung, was ist aber rechtlich jetzt jede einzelne Kutsche? - Bis jetzt ist jede Kutsche eine Einzelveranstaltung. Das, meine Damen und Herren, ist kein Witz, das ist Recht, Praxis. Dass das schwierig ist, zeigt Folgendes: Dass seit 1993 im Wiener Landtag das entsprechende Gesetz 18-mal

novelliert wurde. Sie sehen, wir haben es mit einem wirklich wichtigen Thema zu tun, wo viele, viele Beamté sich dem mit Recht widmen, leider mit den negativen Auswirkungen, dass das Gewerbe dadurch hinuntergeht.

Jetzt in alle Details dieser Veranstaltung Fiaker zu gehen, ist schwierig. Das würde sehr, sehr lang dauern und würde selbst unsere sehr geduldigen japanischen Zuseherinnen und Zuseher langweilen. Das will ich ihnen nicht zumuten. Ich will nur auf ein Problem hinweisen:

Um den Pferdemist - auf den ich noch ausführlich zu sprechen kommen werde, aber noch nicht jetzt - zu regulieren, hat man festgestellt, dass jede Kutsche nur jeden zweiten Tag ausfahren darf. Das hat zum Beispiel für jene Fiaker, die über eine ungerade Anzahl von Kutschen verfügen, die fatale Auswirkung - und ich bitte Sie jetzt nicht zu lachen -, dass sie nicht wissen, wie sie das gewährleisten können, denn wie teilt man drei Kutschen durch zwei, um trotzdem ordnungsgemäß ausfahren zu können? - Hier gibt es eine Reihe von sachlich vorgetragener juristischer Beschwerden, die ich hier vor mir liegen habe. Zur Information: Es gibt in Wien 19 Unternehmer, die diesem Gewerbe nachgehen und die wir hier schlechter stellen.

Wir könnten es uns einfach machen und das ist auch der Kern unserer Forderung: Wien lass' deine Finger von der Regulierung dessen. Es hat 300 Jahre gut funktioniert, bis sich Wien eingemischt hat. Seitdem geht es den Berg hinunter. Würden wir es wieder in Bundeskompetenz geben, wäre die Sache damit gelöst. Diese Novelle erschwert das Problem.

Ich komme jetzt zu jenem Bereich, der die Öffentlichkeit sehr interessiert hat, dem Problem des Pferdemistes. Doch hier muss ich einmal allgemeiner werden. Es ist interessant, dass Themen, die mit Ausscheidung zu tun haben, sich in Wien besonders großem Interesse erfreuen. Das hat nicht nur mit den Hundstrümmerln zu tun, auf die ich auch noch kommen werde, und mit dem Pferdemist. Meines Erachtens gibt es weltweit keine Toiletten, die so gestaltet sind wie die österreichischen. Die österreichischen Toiletten - Sie wissen das - haben, bevor die Fäkalien weggespült werden, ein entsprechendes Brett oder ein Plateau. Dieses Plateau finden Sie weltweit nirgends, das ist eine österreichische Spezialität. Offensichtlich muss man sich einer eingehenden Betrachtung der Ausscheidungen widmen - weil es sonst überhaupt keinen anderen Grund für dieses Plateau gibt -, was zeigt, warum wir dieses Thema heute auch als Tagesordnungspunkt Nummer 1 diskutieren, weil das sonst eine schwierige Sache ist. Dieses Plateau befindet sich in Österreich und nur in Österreich und wenn Sie diese Art von Muschel international wo finden, dann können Sie sicher sein, dort müssen Österreicherinnen und Österreicher leben. Sie fühlen sich also sofort heimisch, wenn Sie eine Plateautoilette finden. (*Beifall bei den GRÜNEN.*) Insofern ist es logisch und erklärt

das Wesen Österreichs. Gut, dass wir uns insbesondere mit dem Fäkalproblem auseinander setzen, das an sich auch kein Problem ist und erst zum Problem gemacht wurde.

Ich darf Ihnen einen Brief eines sehr engagierten Fiakers kurz zur Kenntnis bringen: "Es wurde erst zum Problem" - nämlich der Pferdemist -, "als seit ein paar Jahren die MA 48 alle zwei Stunden die Stadt unter Wasser setzt und den nassen Mist darnach mit Büsten sorgfältig verreibt. Jeder, der mit Pferdemist zu tun hat, weiß, dass dieser nur trocken weg zu kehren ist und sich nass nur verschmiert und dann erst so zu riechen anfängt. Die Kutschen und deren Räder sind dadurch verdreckt, detto die Pferdebeine. Ein Maukenausschlag ist oft die Folge und Fußgänger und Touristen hüpfen über die täglichen Drecklacken. Wien ist eben anders." - Das heißt, es wäre in der Tat gar kein Problem, wenn der in der Regel feste Pferdemist so weg gekehrt würde und von der MA 48 nicht schön gleichmäßig flüssig gemacht und entsprechend verteilt werden würde, um entsprechende Voraussetzungen vorzunehmen.

Jetzt kommen wir zu diesem Vorschlag. Ich darf ihn wörtlich zur Kenntnis bringen. Noch einmal der Vorschlag § 12 Abs. 5:

"Die Konzessionsinhaber haben durch geeignete Vorkehrungen sicherzustellen, dass jede Verunreinigung der Straße durch feste Ausscheidungen der Zugpferde entweder verhindert, zum Beispiel durch Exkremententaschen, oder ehebaldigst kontinuierlich entfernt wird."

Ich frage mich, wie eine kontinuierliche Entfernung funktionieren soll? - Da fährt eine Hochzeitskutsche über den Ring. Drinnen die Braut im bodenlangen Kleid und der Bräutigam im Frack, vorne der Kutscher. Das Pferd bleibt stehen, wölbt den Rücken und produziert die entsprechenden Ausscheidungen. Mitten am Ring bleibt der Kutscher verkehrsbehindernd stehen (*Abg Mag Franz KARL: Die Braut steigt aus!*) - ob die Braut da aussteigen soll, ist die Frage -, der Kutscher springt hinunter, nimmt ein Schauferl, kehrt das zusammen, hinten hupen die Autos. Also, ich kann mir die gesetzlich verlangte kontinuierliche Entfernung nicht vorstellen. Wo gibt er das dann hin? Was ist, wenn er einen Vierspänner hat, das heißt, vier Pferde in unterschiedlichen Abständen? Wie passiert das? (*Abg Gerhard Pfeiffer: Das ist ja kein Fiaker!* - *Abg Georg Fuchs: Das ist aber kein Fiaker!*) Okay. Das ist also eine ausnehmend schwierige Angelegenheit.

Insofern wurden die Exkrementtaschen oder im Volksmund - der Wiener Volksmund ist sehr rasch - die Pooh-Taschen, wie sie genannt wurden, vorgeschlagen und der Kollege Svhalek hat zu einer legendären Veranstaltung ins Rathaus eingeladen. Diese legendäre Veranstaltung muss ich Ihnen jetzt schildern, vor allem unseren japanischen Bekannten, weil das allein einen Besuch Wiens lohnt.

Hier im Rathaus gab es eine Veranstaltung, eingeladen vom StR Svhalek, um vorzuführen und mit

Tierschutzorganisationen, Fiakern und einer unabsehbaren Zahl von Magistratsbeamten, die alle damit zu tun haben, zu diskutieren. Es wurde erst technisch diskutiert. Eines hat sich gezeigt: Immer, wenn der Kollege Svhalek merkt, dass bei einer Veranstaltung am Schluss schwer etwas herauskommt, ist er nach fünf Minuten weg. So war es auch bei dieser Veranstaltung. Ich habe das Gefühl, der Kollege Svhalek reproduziert ein Kleinkindverhalten. Sie kennen die Kleinkinder, die, wenn sie merken, sie wollen nicht gesehen werden, nehmen sie - MA 48 - einen Mistkübel und setzen sich in die Ecke. Der Kollege Svhalek hat keinen Mistkübel genommen, er ist zu einer anderen Veranstaltung gegangen. Daher muss ich ihm das Ergebnis dieser Veranstaltung zur Kenntnis bringen.

Ausführlich wurden Pro und Kontra auch mit Tierschutzorganisationen diskutiert. Dann schritt man zum Lokalaugenschein. Dazu muss man sagen, dass man hier vorne bei der Glastüre hinausgegangen ist, draußen stand ein Fiaker und der wurde vom zuständigen Leiter der Pooh-Taschenvorbereitung gebeten: "Bitte legen'S das an." Daraufhin erklärte der Fiaker, er lege das sicher nicht an, denn er könne dann für die Sicherheit der Kutsche nicht garantieren, und insbesondere wegen des Vorhandenseins der Glasscheibe unten übernehme er keine Verantwortung. Er mache das nicht, aber er biete herzlich an, er halte und beruhige die Pferde, wenn sich hier jemand im Stande finde, diesen zwei Pferden die Pooh-Taschen anzulegen. Es hat sich niemand gemeldet.

Da kam man dann auf die interessante Idee, da ja auch ein Spezialist aus Belgien, aus Brügge, anwesend war, dass man festgestellt hat, dort haben wir doch einmal welche mit solchen Taschen gesehen, und dieser Spezialist war auch da, der dann auch kam und versuchte, es anzulegen.

Jetzt kommen wir nämlich auf des Poohs Kern - nicht des Pudels Kern -, warum das nicht funktioniert. In Brügge, meine Damen und Herren, fahren nämlich Einspanner! Es ist jetzt technisch möglich, an nur einem Pferd, wenn auch schwierig, die Taschen anzubringen. Dieser arme belgische Kollege hat jetzt versucht, diese Taschen anzubringen. Es ist ihm nicht gelungen, worauf diese Sitzung, bei der ungefähr 30 bis 40 Personen anwesend waren, rasch zerstreut wurde und es festgestellt wurde, es geht doch nicht. Nichtsdestotrotz hat sich hier dieser Vorschlag gefunden.

Was sind nun - und wir sollten sie ernst nehmen - die tierschützerischen Argumente gegen diese Pooh-Taschen? - Es beginnt einmal mit dem Schweif und ich bitte Sie, meine Damen und Herren, sagen Sie Schweif dazu. Zu Recht ist es Tierquälerei, wenn man Hunden das adäquate (*Abg Karl Ramharter: Schwanzer!!*) Schwanzerl hinten - Danke schön - abschneidet und koppelt.

Was muss man tun, damit die Pooh-Taschen funktionieren? - Wenn sie normal hinunterhängen, würden sie mitten in diese Taschen hineingehen. So nebenbei

stelle ich mir die berühmte Hochzeitsgesellschaft vor, die dann quer über den Ring fährt, vor sich einen riesigen Sack hat, in dem die entsprechenden Exkreme mente drinnen liegen. Das ist wirklich attraktiv und schön. Wo man die entsorgt, das spare ich mir einstweilen noch.

Bleiben wir nur beim Tierschützerischen. Der Schweif hängt da mitten hinein. Also, kann man das nicht. Leute, die trotz allem nach Belgien fahren - Brügge ist eine wunderschöne Stadt -, sehen, da ist der Schweif entsprechend zur Seite gebunden.

Jetzt muss man aber die Funktion des Schweifes für Pferde erklären. Pferde sind neben Menschen die einzigen, die mit der Haut atmen. Aus diesem Grund treten Schweißausdünstungen auf und darum ist es wichtig - und das lernt man, wenn man im Biologieunterricht aufmerksam ist -, dass der Schweif wacht und wichtige Bereiche des Körpers kühl. Von den Fliegen ganz zu schweigen. Auch ist der Schweif - Sie werden es glauben oder nicht, ich habe mich hier wirklich schlau gemacht und habe eingehend mit Zoologen gesprochen - ein wichtiges Gleichgewichtsorgan. Das binden Sie jetzt zur Seite und kappen es auf wirklich nicht weiter argumentierbare Sache.

Jetzt kommen wir zu einem weiteren Detail. Es ist delikat und ich nenne die Dinge beim Namen. Offensichtlich haben sich die Verfasser dieses Paragraphen nicht mit der unterschiedlichen Art beschäftigt, wie Pferde - je nachdem ob sie männlich oder weiblich sind - strahlen. Zu Ihrer Information: Strahlen nennt man im Volksmund pischen oder pissen, wie Sie es wollen, strahlen ist der richtige, entsprechende Ausdruck.

Was ist der Unterschied, meine Damen und Herren, wie weibliche und männliche Pferde strahlen? - Sie wissen es, die einen auf die Straße, die anderen mitten in diese Tasche hinein. Das stelle ich mir jetzt entsprechend vor und darum funktioniert das auch nicht, darum ist das auch entsprechend abzulehnen.

Ein Letztes möchte ich Ihnen zur Kenntnis bringen, warum man davon wirklich Abstand nehmen sollte, es sei denn, es wäre ein Einstieg in etwas anderes. In vielen Briefen, die wir bekommen haben, wurde gefragt: Warum beschäftigt ihr euch mit diesem Problem und nicht mit dem wirklichen Fäkalproblem in Wien, das ist der Hundekot?

Ich habe mir das jetzt genau angeschaut. Würde das der Einstieg sein - und das sage ich jetzt zum ÖVP-Kynologen KARL -, auch Hunde entsprechend aufzunehmen, zum Beispiel im mittelbaren Umweg über Hundeschlitten, die es in Wien sicherlich in rauer Menge gibt, dann könnten wir uns vielleicht nicht damit anfreunden, aber wir würden diese Diskussion entsprechend weiterführen.

Weil wir auch schon über japanische Präsenz sprechen und immer wieder auch über die Wünsche Wiens, sich entsprechend technologisch weiterzuentwickeln, möchte ich, was den Bereich Hundekot betrifft, Ihnen eine wirklich grandiose Innovation aus

Japan kurz zur Kenntnis bringen, und das ist der Sonyhund.

Meine Damen und Herren! Der Sonyhund! Wer von Ihnen auf der Global-Village war, hat ihn gesehen. Das ist ein großes Tamagotchi. Der ist ungefähr so groß, ist ein wahnsinnig weit, ein faszinierend weit entwickelter Computerhund, der vier Beine hat, Ohren und Augen, riecht, sieht, und das, was uns stört, tut er nicht. Er lernt. Es gibt leider in Wien nur zwei Exemplare, auch wenn er sich derart intensiver Nachfrage erfreut, die momentan in der Technischen Universität Wien sind, um herauszufinden, ob die Kommunikationsformen von Europäern mit Sonyhunden - und das ist kein Witz, was ich hier erzähle - andere sind, als die Kommunikationsformen von Japanern mit Hunden, damit Sie sich das ein bissel vorstellen können. Dieser Hund braucht drei bis fünf Monate, um zu lernen. Man muss ihn streicheln, man muss mit ihm reden. Wenn es ihm gut geht, blinkt er mit den Augen grün. Wenn er sich über Sie ärgert, blinkt er rot. Wenn Sie ihm einen Ball hinwerfen, lernt er über die Monate langsam, mit dem Ball umzugehen. Also, er ist unglaublich liebenswürdig, interessant. Das würde wirklich zeigen, wie Wien auch technologisch gemeinsam mit Japan hier einige Schritte setzen würde. Vielleicht könnten wir uns diesem Problem in diesem Bereich entsprechend widmen.

Der langen Rede kurzer Sinn: Einen derartigen Beitrag für Tierquälerei auf der einen, Beschädigung des Gewerbes auf der anderen und Schaffung von Bürokratie auf der dritten Seite ist uns selten untergekommen. Darum werden wir aus all diesen Gründen diesem Punkt nicht zustimmen und wünschen Ihnen, aber auch unseren Zuhörern aus Japan alles Gute. - Danke schön. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Klucsarits zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Rudolf Klucsarits (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Chorherr, mit einem gebe ich Ihnen Recht: Das japanische Fernsehen hat wirklich angefragt, ob es hier filmen darf. Aber wie es erfahren hat, dass Sie sie hier auf japanisch begrüßen werden, da haben sie gesagt: Na, da komme ich lieber nicht, noch dazu, wo Sie "Guten Morgen" gesagt haben und in Japan ist es bereits Abend! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber eines möchte ich hier schon anmerken. Das ganze Problem der Fiaker ist mir viel zu ernst, um es hier, so wie Sie Kollege Chorherr, kabarettistisch aufzubauen. Es geht um die Existenz der Fiaker, es geht um den Fremdenverkehr und es geht (*Abg Günter Kenesei: Ihr ruiniert das ja! Ihr ruiniert das ja!*) in diesem Fall um den Tierschutz. Mir ist das zu ernst, um hier ein Kabarett zu machen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das vorliegende Fiakergesetz ist (*Abg Günter Kenesei: Das ist mit den Fiakern so wie mit den Rauchfangkehren!*), finde ich, eine sinnvolle Zusammenfas-

sung aller Wiener Bestimmungen, die das Fiakerwesen gesetzlich regeln und ist gleichzeitig eine sinnvolle Erweiterung dieser Bestimmungen. (*Abg Dr Herbert Madejski: Ein reines Geld kassieren ist das!*) Oberstes Ziel dieses Gesetzes ist es gewesen, die Tradition des Wiener Fiakers zu sichern und gleichzeitig die Rahmenbedingungen einer modernen Großstadt hinein zu passen. Zur Beurteilung dieses Gesetzes und aller anderen Gesetze, die derartige Rahmenbedingungen festlegen, möchte ich allgemein darauf hinweisen, dass der Landesgesetzgeber in all diesen Fällen eine Entscheidung zu treffen hat, die von der einen oder anderen Gruppe vielleicht auch als Benachteiligung empfunden wird. Der hohe Nutzungsdruck, der die Urbanität einer Großstadt auslöst, schafft nun einmal Konflikte zwischen den einzelnen Akteuren, die nicht immer ganz reibungslos ablaufen und politische Verantwortliche immer wieder unter Umständen auch in Konflikte mit den betroffenen Gruppen verwickelt. Das ist sicherlich nichts Angenehmes für die Verantwortungsträger. Die daraus entstandenen Unannehmlichkeiten haben dazu geführt, dass schmerzvolle Entscheidungen im Land, aber auch im Bund einfach nicht getätigt wurden, obwohl die Zeichen der Zeit danach waren.

Wir von der Volkspartei sind der Meinung, dass es nun vorbei sein muss mit dieser Mutlosigkeit in der Politik. Wir glauben vielmehr, dass wohlüberlegtes aber doch mutiges Handeln notwendiger denn je ist. Den Beweis liefern wir in der Bundespolitik, wo es gerade Bundeskanzler Schüssel nach einer vom großen Regierungspartner verordneten jahrelangen Reformblockade gelungen ist, ein Reformwerk in Gang zu setzen, das die langfristige Zukunft dieses Landes sichern wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und, Kollegen von den Freiheitlichen, ihr wollt einen Änderungsantrag einbringen, der umso befremdender ist, weil ja eh alles in diesem Gesetz bereits drinnen ist, was Sie ändern wollen. Aus diesem Änderungsantrag spricht kein besonderer Mut. Den, glaube ich, müssen Sie in Wien noch ein bisschen lernen und auch in Wien einmal die Strategie der populistischen Stimmenmaximierung vielleicht doch auszutauschen.

Bei unserer Politik für diese Stadt lassen wir uns von Unobjektivität nicht beirren und dem folgend ist unser Engagement für dieses Gesetz getragen. Wir wollen mit diesem Gesetz echte Lösungen für anstehende Projekte, ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten. Lösungen, die über politische Kompromisskosmetik hinausgehen. Deshalb auch unser Bekenntnis zu dem vorliegenden Gesetz, das eine sinnvolle, auch für die Bewohner der Innenstadt sozial verträgliche Lösung darstellt und das zudem für die Beseitigung der durch den Fiakerverkehr entstandenen Verunreinigung sorgen wird. Gerade das waren zwei wichtige Prämissen für dieses Gesetz.

Aber genauso wichtig war für uns, die Erhaltung der Fiakertradition zu sichern, die ja auch ein Wahrzeichen unserer Stadt ist, vergleichbar mit dem Ste-

phansdom, den Lipizzanern, den Sängerknaben oder dem Wiener Riesenrad. Auch diesem Gedanken folgt dieses Gesetz. Aber abgesehen davon, ist es nun einmal so, dass die Wiener Innenstadt und vor allem die dort vorhandenen Standplätze nur eine bestimmte Zahl von Fiaker aufnehmen kann. Dem musste entsprochen werden, genauso wie der Kritik der Bewohner, die einfach nicht in diesem Gestank leben wollen, was jeder, der zu bestimmten Zeiten des Jahres entlang der Hauptroute der Fiaker vorbeigekommen ist, sicher bestätigen wird.

Die hier Gesetz gewordene Lösung könnte als zu wenig marktwirtschaftlich tituliert werden und es könnte sich die Frage stellen, ob die Volkspartei trotzdem zu ihr steht. Wir bekennen uns zur Deregulierung der Wirtschaft, wissen aber auch, dass es Bereiche gibt, in denen erst Rahmenbedingungen festgelegt werden müssen. Ich glaube, dass dies auch die Fiaker in ihrer überwiegenden Zahl so sehen, weil es so etwas wie einen gesunden und aber auch einen ungessunden Wettbewerb gibt, denn lassen Sie mich einen Vergleich anstellen. Man stelle sich nur vor, das Aufkommen aller Kleinlieferwagen dieser Stadt würde sich auf die Innere Stadt konzentrieren. Das wäre die Verkehrshölle für die Bürger und für die Geschäftsleute unserer City. Aber bei Fiakern ist das so. Die fahren ausschließlich im Stadtbereich. Nachdem ... (*Abg Marco Smoliner: Sie sind aber schon ein bisschen weniger!*) Na, ich habe ja gesagt, stellen Sie sich das vor. (*Abg Marco Smoliner: Sie sind aber schon etwas weniger!*) Haben Sie mir zugehört?

Nachdem das so ist, sind Regelungen notwendig. Wirtschaftsliberalität darf nicht Selbstzweck sein, sondern muss sich den Anforderungen der Menschen anpassen und dadurch, Herr Kollege, unterscheiden wir uns von Ihrer blassblauen Truppe, denn Sie wollen Marktdogmen ohne Grenzen und die Wählermeinung verliert Ihnen gegenüber auch hier an Farbe. Und ... (*Heiterkeit beim Liberalen Forum.*)

Was die Deregulierung betrifft, so beschränkt sich ja das vorliegende Gesetz nicht auf die Regulierung, sondern ist vom Gedanken getragen, dass gewisse kommunale Leistungen reprivatisiert werden, im konkreten Fall nämlich jene der Reinigungsdienste der MA 48 für die Fiaker. Angeblich werden 12 Millionen S pro Jahr nur für diese Reinigung ausgegeben. Wenn sich die MA 48 jetzt wirklich nach diesem Gesetz von der Kostenlast in dieser Höhe befreit, dann muss es auch für uns nachvollziehbar sein, dass diese Geld entweder eingespart wird oder in andere Bereiche fließt, denn es kann nicht sein, dass das Aufgabenspektrum der MA 48 verschlankt wird, während die Budgetausgaben steigen. Das ist sicherlich die Privatisierung, die wir meinen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Natürlich bekennt sich die Volkspartei zum Verursacherprinzip und wer verursacht und sozial und wirtschaftlich dazu in der Lage ist, sollte auch in die Pflicht genommen werden. Das ist ein Umwelteinprinzip,

das wir vertreten und auch dann vertreten, wenn es nicht unbedingt populär ist, weil wir uns nicht auf ein Lippenbekenntnis beschränken, sondern zu einer Gesetzgebung bekennen, die politische Handlungskompetenz ermöglicht und vermittelt (*Abg Hanno Pöschl: Was ist jetzt mit den Pferden? Das möchten wir wissen!*), auch wenn wir uns dabei Widerstände einhandeln. Wir glauben uns da aber einer Meinung mit dem Bürger und die derzeitige bundespolitische Entwicklung gibt uns auch Recht. (*Abg Marco Smoliner: Was ist mit den Pferden?*) Es zeigt sich damit, dass unabhängig von ihrer Mandatstärke die Volkspartei die treibende Kraft des regierenden Handelns ist. (*Abg Marco Smoliner: Erzählen Sie etwas von den Pferden!*) Das zeigt sich im Bund und das zeigt sich auch hier im Land.

Wir von der Volkspartei bleiben lieber beim Thema und arbeiten und handeln weiter für die Zukunft dieser Stadt und daher geben wir diesem Gesetz unsere Zustimmung. (*Beifall bei der ÖVP. - Abg Hanno Pöschl: Ein Wort zu den Pferden!*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Ramhaber zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Karl Ramhaber (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

"Fahr ma Euer Gnäd'n!" war und ist der Gruß der Wiener Fiaker. Auf Grund des neuen Fiakergesetzes befürchte ich, dass es sich für die Wiener Fiaker in Wien bald ausgefahrene hat, besonders nach dieser Rede meines Vorredners, des Herrn Klucsarits, der natürlich von Rauchfängen sehr viel versteht und ein Mann der schwarzen Zunft ist, aber sicher nichts von den Pferden versteht. Darum auch der Trauerflor auf dieser traditionellen Kopfbedeckung der Wiener Fiaker. (*Der Redner zeigt auf einen Stößer mit Trauerflor, der auf dem Rednerpult liegt.*)

Seit Kaiser Leopold der Erste vor 307 Jahren die erste Fiakerlizenz vergeben hat, haben die Wiener Fiaker gute und schlechte Zeiten gesehen. Sie haben Regierungen und Kaiser überlebt, Thronfolger nach Mayerling gebracht. Sie waren lokale Berühmtheiten und stolz auf ihre Tradition, auf ihr Fahrkönnen und auf den Beruf, was auch in diversen Fiakerliedern besungen wird und was Herr Klucsarits vielleicht besser kann, als wie über Fiaker wirklich zu reden. Sie haben sogar die Franzoseninvasion überlebt und sie werden auch diese Fraktion überleben, das glaube ich. (*Abg Mag Franz KARL: Herr Kollege, sind Sie nicht Taxifahrer? Sie sind doch Taxifahrer! Sie sind doch befangen!*) Sie haben sogar die Franzoseninvasion mit Napoleon überstanden, zwar stark dezimiert (*Abg Mag Franz KARL: Befangenheit ist das! - Abg Johannes Prochaska: Sie sind ja befangen!*), und auch die Motorisierungswelle. Sie werden auch einen Herrn Klucsarits vielleicht noch überleben. (*Beifall bei der FPÖ. - Abg Georg Fuchs: Befangen sind Sie! - Abg Gerhard Pfeiffer: Ja, befangen sind Sie!*)

Man deutet mir, ich soll den Hut aufsetzen. In An-

betracht dessen, dass man in einem Saal keinen Hut aufsetzt, lasse ich ihn herunter, aber er würde mir auch ein bisschen zu klein sein, nicht zu groß, wie dem Herrn Klucsarits vielleicht. (*GR Gerhard Pfeiffer: Wenn ein Taxler über Fiaker redet! - Beifall bei der FPÖ.*)

Sie haben auch die Motorisierungswelle stark dezimiert überstanden. Doch bezweifle ich jetzt allen Ernstes, dass sie nunmehr, nachdem sie 1994 aus der Bundeskompetenz des Gelegenheitsverkehrsgesetzes herausgenommen wurden und in die Wiener Landeskompétenz übergeführt wurden und zum nunmehrigen Stadtrat entlassen werden, dies überleben. 1996 anlässlich einer Fiakerdemonstration in Wien - das war, glaube ich, die erste - wurde den Wiener Fiakern in meiner Anwesenheit vom Wiener Bürgermeister versprochen, dass sich die besten Köpfe (*Abg Mag Franz KARL: Ein Taxler redet über Fiaker!*) - zu Ihnen komme ich schon, Herr KARL - der Stadt zusammensetzen werden, um ein wirklich taugliches (*Abg Mag Franz KARL: Gut, gut!*) Fiakergesetz zu erarbeiten. Nach vier Jahren präsentiert Herr StR Svhalek - ich weiß, er ist damit erst ein halbes Jahr beschäftigt - ein Fiakergesetz, das hauptsächlich vom alten Veranstaltungsgesetz abgeschrieben wurde. Die größte Sorge dieses Gesetzes besteht darin, den Fiakerpferden so genannte Exkremententaschen oder, wie manche Zeitungen es bezeichnen, Windelhosen zu verpassen.

Jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Kollege KARL. Bei den Pferden fängt man an und bei den Hunden hört man auf. Das hat schon ein Vorredner gesagt. (*Abg Mag Franz KARL: Nein, ich habe schon abgelehnt für die Hunde! Das ist zu tief am Boden! Die schleifen am Boden! Da geht es sich nicht aus!*) Für diese (*Allgemeine Heiterkeit.*) geplante Verschandelung, man kann ruhig sagen, eines Kulturerbes, die Fiaker sind ein Kulturerbe, das müssen Sie zur Kenntnis nehmen! (*Beifall bei der FPÖ. - Abg Mag Franz KARL: Na, das wissen wir!*) Das stellen sie nämlich mit ihren historischen Kutschen dar, die manchmal mehr kosten, als ein neuer Mercedes. Das sind keine nachgemachten, das sind historische Kutschen!

Für dieses Gesetz sollten sich die besten Köpfe schämen. Wie schon so oft machen Sie aber, Herr Stadtrat, um die wahren Probleme, mit dem dieses traditionelle Gewerbe und nunmehrige Touristenattraktion zu kämpfen hat, einen weiten Bogen. Hätten die Verantwortlichen dieser Stadt schon vor Jahren die Hilferufe und düsteren Prognosen des Fiakergewerbes erhört, wäre diese nunmehr zugegebener Maßen für alle Beteiligten ungünstige Fiakerschwemme mit den negativen Begleiterscheinungen wie Pferdemist und so weiter erst gar nicht eingetreten.

Es ist ein Unsinn, das Fiakergewerbe mit anderen Gewerben zu vergleichen. Sie, Herr Kollege Klucsarits, befinden sich mit Ihrem Gewerbe - ich will nicht sagen, in einer geschützten Werkstätte - in einem geschützten Bereich. Sie haben noch immer ein ge-

schütztes Gewerbe! (*Abg Rudolf Klucsarits: Sie verstehen nur etwas vom Taxi!*) In seiner Tradition und Einmaligkeit des Fiakergewerbes ist es ein Stück Kulturnutz - passen Sie auf, Herr Kollege KARL - und gehört dementsprechend geschützt. Es dient in seiner Einmaligkeit zwar nur mehr fast ausschließlich dem Tourismus und gehört zum Wien-Klischee, wie Schloss Schönbrunn, Hofburg, Stephansdom, Oper, Sängerknaben, Spanische Reitschule, Sachertorte, Johann Strauß, um nur einige hier aufzuzählen. Ich lehne auch Vergleiche mit anderen Städten, in denen es Pferdekutschen oder Droschken gibt, kategorisch ab. Bei uns gibt es - und Wien ist halt anders - seit über 300 Jahren Fiaker. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der Herr Stadtrat nimmt immer gerne Anleihen aus dem Ausland, weil ihm selbst anscheinend die Ideen fehlen, und da nimmt er Brügge her. Dort ist man einen anderen Weg gegangen. Dort gibt es nicht mehr als 13 Kutschen. Da kommen auch nicht mehr dazu. Die bleiben, die 13 Kutschen! Und Brügge ist so groß, wie die Innenstadt von Wien. (*Amts StR Fritz Svhalek: Gut, dann machen wir 13!*) Natürlich, Herr Stadtrat, machen Sie 13. Aber ich komme dann schon noch. (*Amts StR Fritz Svhalek: Ja, machen wir 13!*) Sie vergleichen Brügge mit Wien. Schauen Sie ... (*Abg Gerhard Pfeiffer: Man soll keinen Taxler über Fiaker reden lassen!*) Noch einmal: In Brügge ... (*Allgemeine Aufregung.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll (*unterbrechend*): Ich bitte, den Redner weiterreden zu lassen.

Abg Karl Ramharter (*fortsetzend*): Frau Vorsitzende! Bis sich alles beruhigt hat, rede ich weiter, weil die Sache ist viel zu ernst.

Noch einmal, Herr Stadtrat: Wenn Sie sich als Stadtrat mit der über 300-jährigen Geschichte und Kultur der Wiener Fiaker ernstlich auseinander gesetzt hätten und vielleicht mit dem Herrn Kollegen Hufnagl das Fiakermuseum besucht hätten - er war dort, Sie nicht -, dann wüssten Sie, dass die Tradition und das Erscheinungsbild der Wiener Fiaker durch nichts und schon gar nicht durch Windelhosen für die Pferde beeinträchtigt werden kann, ohne in seinem gesamten Erscheinungsbild irreparablen Schaden zu nehmen und zur Volksbelustigung und Lächerlichkeit beizutragen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Tatsache ist, dass die Probleme mit dem Geruch der Pferdeausscheidungen erst seit jener Zeit aktuell wurden, als die Fiaker von 45 Zeugeln trotz aller Warnungen auf nunmehr 142 aufstockten. Und das schaue ich mir an, wie Sie die auf 120 runterbringen! Ich gebe Ihnen Recht, dass die Verdreifachung des Pferdemistes für Wiens Innenstadt ein großes Problem darstellt.

Doch lösen Sie es nicht so, indem Sie den Fiakern den Schwarzen Peter zuspielen, denn diese sind es - im wahrsten Sinne des Wortes -, die nach diesem Gesetz in eine Zwickmühle kommen, weil nehmen sie die Exkremententasche und zahlen Ihnen nichts, haben sie die Tierschützer am Hals - was auch von Mag

Chorherr angeführt wurde -, zahlen sie Ihnen aber eine Gebühr für die Reinigung der Straße, so kann ich Ihnen jetzt schon voraussagen, dass diese Gebühr jedes Jahr sukzessive erhöht wird, sodass es sich die Fiaker nicht mehr leisten können. Dann müssen sie diese Exkremententasche anlegen und haben wieder die Tierschützer am Hals. So wird das nämlich gespielt. Sie trauen sich nicht, klar und deutlich zu entscheiden, das schieben Sie ab! (Abg Mag Franz KARL: *Wie würden denn Sie entscheiden?*) Sie haben gestern über die Hunde geredet, lassen Sie mich heute bitte über die Pferde reden!

Noch eines zu den Ausscheidungen der Pferde und die damit verbundene Geruchsbelästigung für manche Bürger, einem scharfen Geruch oder unangenehmen Geruch. Herr BV Schmitz wird sagen, ein Pferd riecht. Manche sagen, ein Pferd stinkt. Ich sage, es hat halt einen Pferdegeruch, den man akzeptieren kann oder nicht. Diesen Geruch verbreitet vor allem der Pferdeurin und dieser, meine Damen und Herren, wird auch weiterhin, trotz Exkremententaschen oder Windelhosen - die müssen sogar Löcher haben -, auf die Straßen gestrahlt, wie man in der Fachsprache sagt, und bei einer Stute oder bei einem Wallach - der kann nur misten - vielleicht in die Säcke, weil bei uns ist es ein bisschen anders. Anderswo haben sie Einspänner mit zwei Stangen, wir haben eine Stange in der Mitte und ein Geschirr, wo die Exkremententaschen gar nicht so klar angebracht werden können. Da muss man erst eine Konstruktion finden. Die Exkremententaschen müssen sogar Löcher haben, dass der Urin eventuell - wenn er hineingeht - abfließen kann. So einem Unsinn können wir nicht zustimmen!

Ich frage Sie daher allen Ernstes: Was passiert, wenn sich die Wiener Fiaker dazu entschließen, einen finanziellen Beitrag zur Straßenreinigung aufzubringen und damit von den Pferdewindelhosen befreit werden? - Der Mist fällt wieder hinunter, der Urin auch, der Urin auch mit den Pooh-Bags. Ich sage, es wird so stinken wie bisher, denn schon bisher hat man diesen Pferdemist in der Stadt gleichmäßig verteilt. Da ist zuerst einmal der Spritzwagen gekommen, der - fragen Sie die Redakteure, die sagen mir das auch, es ist unglaublich, was damit passiert - die Pferdeäpfel verteilt und dann kommt vielleicht der Kehrwagen, der einen Höllenlärm macht, aber eigentlich nicht mehr viel kehren kann, weil die Rossknödel schon irgendwo in den Randsteinen und so weiter verschwunden sind.

Wird es weniger nach Pferden riechen, wenn die Fiaker etwas bezahlen? - Ich glaube nicht. Das Problem ist, glaube ich, die Straßenreinigung an und für sich. Das haben Sie verschwiegen, Herr Stadtrat!

In Brügge hat man nicht nur Pooh-Bags, sondern dort reinigt man auch die Straße und in das Wasser der Straßenreinigung hat man noch einen Zusatz hingeggeben, der den Geruch des Pferdeurins neutralisiert. Warum ist man auf diese Idee in Wien noch nicht gekommen? - Man kann ja Versuche anstellen, würde ich sagen. (Abg Mag Franz KARL: *Cif flüssig!*)

Ich sage, diese Aktion dient der reinen Geldbeschaffung und man stiehlt sich damit aus der Verantwortung! (Abg Rudolf Stark: *Der Stadtrat ist weggegangen! Er hat das jetzt nicht gehört!*) Das Fiakerproblem interessiert ihn anscheinend nicht! (Abg Mag Franz KARL: *Singen Sie das Fiakerlied!*) - Wir werden das Fiakerlied ansingen, wenn Sie mitsingen, Herr KARL. Und dann singen wir noch "Ein Hund kam in die Küche". (Abg Heinz Christian Strache: *Einer hat immer das Bemmerl!*) So ähnlich wird das gehen.

Wenn Sie von den Fiakern Geld wollen, Herr Stadtrat, dann müssen Sie zuerst dafür sorgen, dass die Fiaker auch Geld verdienen können (Berichterstatter amtsf StR Fritz Svhalek: *Das machen wir alle miteinander!*), dass die Fiakerqualität erhalten bleibt und dass sie eine Überlebenschance haben, damit es wirtschaftlich nach dieser steilen Bergabfahrt wieder bergauf geht! (Beifall bei der FPÖ.)

Denn ohne reelle Überlebenschance wird man bald das letzte Mal hören: "Fahr' ma, Euer Gnäd'n!" (Beifall bei der FPÖ. - Abg Mag Franz KARL: *Geh' ma, Euer Gnäd'n, vom Rednerpult!*)

Das geht aber nur, wenn Sie einen Numerus clausus und eine Auffahrtsregelung für die Innenstadt finden, denn nur in der Innenstadt finden die Fiaker ein Geschäft. Es ist sinnlos, sie in Oberlaa, beim Donauturm oder sonst wo anzusiedeln. Dort fährt keiner mit ihnen. Die Touristen suchen nur in der Innenstadt nach den Fiakern. Sie sollten eine Auffahrtsregelung für die Innenstadt finden, die ausgewogen, gerecht und keinesfalls - wie Sie es, Herr Stadtrat, in Ihrem Gesetz vorschlagen - eine Auslösung der Auffahrtsgenehmigung, selbst unter Aufsicht eines Notars, beinhaltet, die eigentlich schon sehr einem Glücksspiel nahe kommt. Wer kein Glück hat, der geht dann ganz einfach zu Grunde! So ist es! Es wird ausgelost, statt eine Auffahrtsregelung zu finden.

Ich frage Sie allen Ernstes, Herr Stadtrat: Wollen Sie die Fiaker - wie Weiland die oberösterreichischen Bauern nach ihrem verlorenen Bauernkrieg - um ihr Überleben würfeln lassen? - Weit haben wir es mit dem Kulturgut Fiaker gebracht! (Beifall bei der FPÖ. - Abg Dr Kurt Stürzenbecher: *Jetzt hören Sie aber auf! Das ist ja unglaublich! Das ist doch kein Vergleich!*)

Da hat es ein Herr Schlingensief, der auch ziemlich viel Mist produziert hat in der letzten Zeit, unter dieser sozialdemokratischen Stadtregierung eigentlich viel besser. Der bekommt sogar noch Geld und wird subventioniert, damit er einen kulturellen Mist produziert! (Abg Mag Franz KARL: *Beim Schlingensief wäre ich auch für den Pooh-Bag!*)

Meine Damen und Herren! Ordnung hat für das wirtschaftliche Überleben des Fiakergewerbes höchste Priorität! Dafür sind wir! (Beifall bei der FPÖ.) Die Fiaker stehen im Rampenlicht des Tourismus. Es interessiert sich sogar das japanische Fernsehen dafür. Es muss daher sichergestellt werden, dass nicht nur Wagen, sondern auch Ross und Kutscher einen positiven Eindruck in der Öffentlichkeit hinterlassen. Das

geht aber nur mit einer wirtschaftlichen Grundlage. Die Pferde mit Chips zu kennzeichnen, um Amtsarzt- und Tierschutzbeschwerden exekutieren zu können, die Codierung der Kutschen - ähnlich wie der Fahrräder -, um die Fiakernummern sinnvoll zuordnen zu können und Missbräuche in Zukunft zu verhindern, lehnen Sie mit dem Hinweis auf den Verwaltungsaufwand ab! (Abg Rudolf Stark: *Das ist ja unglaublich!*) Sie sollten sich daher entscheiden, ob Sie in Sachen Fiaker weiterwursteln oder für Ordnung und das Überleben dieser Institution und dieses Kulturguts sorgen!

Wir sind für sinnvolle Maßnahmen, die helfen, die Fiakerkutschen in der Innenstadt auf ein gesundes, wirtschaftliches Maß zu reduzieren! (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn Sie, Herr Stadtrat, dafür sorgen, dass die Straßen in Zukunft sinnvoller als bisher gereinigt werden, dann werden sich auch die Probleme mit dem Pferdemist auf ein erträgliches Maß reduzieren! (Beifall bei der FPÖ.)

Ich sage, es sind 90 Prozent gut an dem Gesetz, darin stimmen wir überein, aber nicht beim Wesentlichen, an dem das ganze Fiakergewerbe krankt, nämlich der Reduzierung der Kutschen, einer sinnvollen Auffahrodnung und keiner Vermehrung. Was ist denn in der Vergangenheit passiert? - Da hat man an geraden und ungeraden Tagen mit geraden beziehungsweise ungeraden Nummern fahren lassen und die Fiaker haben natürlich, wenn sie zehn Kutschen gehabt haben, um zehn weitere Konzessionen anggesucht, denn dann haben sie zehn gerade und zehn ungerade Nummern gehabt und sind weiterhin jeden Tag gefahren. Das ist passiert, darum haben wir 142 und darum müssen wir das Problem wirklich bei der Wurzel lösen.

Deshalb haben meine Kollegin Reinberger und ich Ihnen Änderungsvorschläge betreffend das Fiakergesetz übermittelt, die Sie leider nicht einmal ignorierten. (Abg Paul Zimmermann: *Das ist ein Unsinn!*) Aus diesem Anlass werden meine Kollegin Reinberger und ich den nachfolgenden Beschlussantrag über vier wesentliche Punkte dieses Gesetzes einbringen. Die weitere Ausuferung des Wiener Fiakergewerbes und die damit verbundenen negativen Begleiterscheinungen künftig zu verhindern versuchen, sowie die zur Zeit 142 vorhandenen Fiakerkonzessionen in ein realistisches Verhältnis zu den vorhandenen Aufstellplätzen in der Wiener Innenstadt zu bringen, muss Aufgabe dieses Fiakergesetzes sein. (Berichterstatter amtsf StR Fritz Svhalek: *Hahaha!*)

Sie lachen, Herr Stadtrat! Mir ist nicht zum Lachen zumute und den Fiakern auch nicht! (Berichterstatter amtsf StR Fritz Svhalek: *Aber mir viel bei Ihrer Rede!*) Es ist nicht einmal mehr den Rössern zum Wiehern bei diesem Fiakergesetz! Denen ist das Wiehern auch schon vergangen! Aber Sie lachen immer nur!

Es muss für die Zukunft sichergestellt werden, dass die Wiener Fiaker im Interesse des Stadtbilds - das dürfte Ihnen egal sein - und des Tourismus als

Kulturgut in ihrem traditionellen Erscheinungsbild in zur Zeit hochwertiger Qualität wirtschaftliche Voraussetzungen vorfinden, die ein Überleben ermöglichen.

Darum folgender Abänderungsantrag:

"§ 3 Abs. 4, der auf die zeitliche Beschränkung des Fiakergewerbes abzielt, ist ersatzlos zu streichen.

§ 7 Abs. 3 soll lauten: 'Die Wirtschaftskammer Wien hat für die von der Behörde zugewiesenen Fahrzeugnummern Nummerntafeln gegen Ersatz der Gestaltungskosten auszugeben und für eine dauerhafte und nicht demontierbare Anbringung Sorge zu tragen, zum Beispiel Plombierung. Auf der Nummerntafel muss die Stampiglie der Wirtschaftskammer Wien angebracht werden.' (Abg Godwin Schuster: *Warum eigentlich der Wirtschaftskammer?*)

"§ 9 Abs. 5 soll lauten: 'Ab einer Zahl von 142 bewilligten Fiakerkutschen kann die Wiener Landesregierung mit Verordnung die Vergabe von Platzkarten für das Auffahren auf Standplätzen vorsehen.'" (Abg Godwin Schuster: *Herr Ramharter, warum die Wirtschaftskammer?*) - Ich sage, für eine gerechte Vergabe der Platzkarten, bei der sicherzustellen ist, dass durch das angewandte System wirtschaftliche Härtefälle vermieden werden. Die Fiaker sind Gewerbeunternehmer und sind keine Spieler, die sich mit Ihnen zusammensetzen und würfeln, wie oft sie im Jahr ausfahren dürfen, Herr Stadtrat! (Abg Godwin Schuster: *Jetzt sagen Sie doch endlich, warum die Wirtschaftskammer! Geben Sie Antwort!*)

"§ 12 Abs. 5 ist im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Personenbeförderung durch Fiaker und Pferdemietwagen als Fremdenverkehrsattraktion und der sich daraus ergebenden Umwegrentabilität dieses Gewerbes" - die bringen ja letztendlich Geld - "für den Wiener Tourismus und den Bedenken der Tierschutzorganisation im Hinblick auf die Exkremententaschen ersatzlos zu streichen."

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrags gefordert. (Beifall bei der FPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ersuche Sie, unserem Abänderungsantrag Ihre Zustimmung zu geben und das Fiakergewerbe in seiner Qualität, der traditionellen Eigenart und als Kulturgut für Wien und den Tourismus zu erhalten. Zugleich ersuche ich inständig den heiligen Fiacrus ... (Abg Mag Franz KARL: *Wer ist denn das?*) Das wissen Sie nicht? Lernen Sie Geschichte, Herr KARL, kann ich da nur sagen! (Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.)

Weil es ein bisschen zu ausführlich ist, Herr Kollege KARL, werde ich Ihnen nach meiner Rede einen kleinen Unterricht geben, wer der heilige Fiacrus ist. (Abg Mag Franz KARL: *Eine Privatnachhilfestunde? Ich zahle aber nichts dafür!*) Es war ein irischer Mönch, der im Jahr 700 nach Paris eingewandert ist und dort ein Kloster gegründet hat bei Breuilles. Das war eine Sozialeinrichtung. Der Mönch hat Kräuter gezüchtet und die Bevölkerung damit beglückt und geheilt, vielleicht auch ein Sozialsystem, mit einem Wort. Dann wurde eine Straße nach ihm benannt.

Jetzt passen Sie auf, Herr Kollege KARL! (*Abg Godwin Schuster: Herr Präsident, könnte er nicht zu uns reden?*) Die Rue de Saint Fiacre gibt es noch immer in Paris. Fahren Sie einmal hin! Dort ist ein Wirtshaus gestanden und vor diesem Wirtshaus waren die ersten Pariser Pferdekutschen. Und weil in Wien vor 300 Jahren die Hofsprache Französisch war - das werden Sie wissen (*Abg Mag Franz KARL: Ja!*) -, ist klar, daher kommt das Wort "Fiaker" von "Fiacre". (*Abg Mag Franz KARL: Mir ist der Karlsplatz lieber!*) Das war eine kleine Nachhilfe, natürlich kostenlos. (*Beifall bei der FPÖ und des Abg Mag Franz KARL.*)

Also noch einmal, ich schließe jetzt und ersuche den Heiligen Fiacrus - jetzt wissen Sie, wer das war -, nicht nur den Herrn Stadtrat, sondern auch den Herrn Abg KARL zu erleuchten, ihnen Einfälle zu geben (*Abg Josef Rauchenberger: Das macht alles der Ramharter!*) und zugleich das Wiener Fiakergewerbe vor diesem ruinösen Gesetz zu schützen! - Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren. Fahr' ma, Euer Gnäd'n! (*Beifall bei der FPÖ.* - *Abg Godwin Schuster: Und wie erklären Sie mir, warum die Wirtschaftskammer die Tafeln hergeben soll?*)

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Hufnagl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Heinz Hufnagl (SPÖ): Herr Landtagspräsident! Herr Stadtrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Landtags!

In der Tat ist das Fiakergewerbe ein unglaublich resistentes. Es hat nicht nur die napoleonischen Kriege, den Ersten Weltkrieg als entscheidende Zäsur einer bis dahin gegebenen Entwicklung und den Zweiten Weltkrieg überstanden (*Abg Heinz Christian Strache: Und die Sozialisten!*), sondern es hat auch den Gremialvorsteher Ramharter überstanden, weil in der Zeit, wo diese internen Probleme der Branche eskaliert sind, hat er als Taxiunternehmer für diese gar nicht so sehr geliebte Konkurrenz überhaupt nichts unternommen (*Abg Karl Ramharter: Das stimmt doch nicht!*) und mit seiner Passivität maßgeblich dazu beigetragen, dass wir heute ein Gesetz beschließen müssen, um tatsächlich den Bestand der Wiener Fiaker zu retten! (*Beifall bei der SPÖ.* - *Abg Heinz Christian Strache: Wir lieben die Fiaker!*)

Das ist das alte Rollenspiel: Man zeichnet Horror-szenarien, geht mit einem Trauerflor heraus, ist von düsterster Depression gekennzeichnet und sucht kramphaft Argumente gegen die Stadtpolitiker auf der einen Seite und sinnvolle Gesetze, die das Ganze ordnen und wirtschaftlich absichern auf der anderen Seite, von der Stadtregierung eingebracht. Genau dieses Rollenspiel ist das, was wir wieder erleben. Die Sozialdemokraten arbeiten, die Freiheitlichen sind mieselsüchtig! Wien fährt gut damit! (*Aufregung bei der FPÖ.* - *Abg Karl Ramharter: Was für einen Unsinn erzählen Sie da?*)

Zweifelsohne, geschätzter Landtag, sind die Wiener Fiaker mehr als nur historisch geprägte sanfte

Transportunternehmen. Als touristische Attraktionen leben sie vor allem vom, aber zweifelsohne auch für den Fremdenverkehr. Die Fiaker - diese wohl einmalige sprachliche Synonymität zwischen einem stilvollen Pferdegespann und nur allzu menschlichen Kutschern - sind vom Straßenbild Wiens nicht mehr wegzudenken, geradezu ein Teil der Identität unserer Stadt, eines der schönsten Wahrzeichen, das wir anzubieten haben. (*Der Redner setzt einen Fiakerhut auf und stellt eine Fiakerpeitsche auf das Rednerpult.* - *Abg Heinz Christian Strache: Der Hut passt Ihnen gut!*) Danke schön! Sie passen nicht gut zum Landtag! Das ist der Unterschied!

Die Behandlung und Verabschiedung eines eigenen Fiakergesetzes soll - das ist vom Kollegen Ramharter schon im Nachhilfeunterricht kurz angesprochen worden - doch einen kurzen Blick auf die Historie der heutigen Gesetzesmaterie eröffnen. In der Tat gehen die eigentlichen Wurzeln dieses nur vermeintlichen Wiener Begriffs "Fiaker" auf die französische Entwicklung zurück. In der Rue de la Fiacre, mit der gleichnamigen Kirche Église de la Fiacre" - einem christlich-sozialen Politiker auch noch als kleine Anmerkung mitgegeben -, hat es ein Gasthaus gegeben, wo die ersten Pariser Kutscher ihre Pferde zur Tränke führten und sich selbst auch - nicht immer alkoholfrei - gelabt haben, wo an der Außenseite jener heilige Fiacrus abgebildet war. (*Abg Mag Franz KARL: Ich muss ihn als Christlich-Sozialer nicht kennen!* - *Abg Brigitte Schwarz-Klement: Hat er so ausgeschaut wie Sie?*) Der Volksmund hat sehr rasch diesen Konnex hergestellt und die Kutscher mit dem gleichartigen Begriff ausgestattet. Seitdem ist "Fiaker" ein gleichartiges Wort für das Gewerbe, für die Kutschen und deren hauptberufliche Betreiber.

In Österreich hat Kaiser Leopold I. in seiner majestätischen Großzügigkeit 1693 die ersten vereinzelten Lizenzen vergeben. Eine unglaubliche Anzahl von gesetzlichen Materien - das, was wir heute beschließen, ist ein schmuckes kleines Liliputgesetz gegenüber dem, was lange Zeit dieses Gewerbe begleitet hat -, nämlich Innungsordnungen, Fiakerverordnungen, Hofkanzleidekrete, Gewerbeordnung und schlussendlich das schon erwähnte Gelegenheitsverkehrsgesetz, waren die legistische Begleitmusik zur Ausübung dieses Transportgewerbes. Die permanente prosperierende Aufwärtsentwicklung, die dieses Pferdemietwagenrecht genommen hat, fand im Ersten Weltkrieg natürlich eine Unterbrechung. (*Abg Heinz Christian Strache: Herr Kollege Hufnagl, wofür ist diese Angel da vorne auf dem Rednerpult?*) Ich bin beim Ersten Weltkrieg. Das ist nichts für lustige Zwischenrufe! Der Erste Weltkrieg brachte eine fatale Zäsur für die Entwicklung dieser Branche und de facto die Motorisierung das nachfolgende Ende. Es führte auch dazu, dass die weitest gehende Bedeutungslosigkeit 1993 den österreichischen Gesetzgeber dazu veranlasst hat, die bundesgesetzliche Regelung des Gelegenheitsverkehrsge setzes den einzelnen Bundesländern in ihre Legistik zu

übertragen. In Wien führte das dazu, dass die angekündigte Materie dem Wiener Veranstaltungsgesetz einverleibt wurde.

In den folgenden Jahren - nicht zuletzt auf Grund der erfolgreichen Stadtpolitik - gab es eine ständige prosperierende Entwicklung der Wiener Touristik. Noch stärker jedoch als die Touristik - Kollege Ramharter hat es angesprochen, ohne allerdings zu sagen, was die Unterlassungen der Interessenvertretung in diesem Zusammenhang waren - wuchs die Zahl der Gewerbekonzessionen. Hatten wir im Jahr 1996 noch 90 Fiakerlizenzen, so ist durch den freien Zugang zum Gewerbe, unterstrichen von der EU-Wettbewerbsfreiheit, das Ganze auf die schon erwähnten 142 derzeitigen Fuhrgespanne und ausgegebenen Nummerntafeln angestiegen. (*Abg Heinz Christian Strache: Und jetzt wollen Sie eine Verlosung machen!*) Statt leben und leben lassen, statt einem Fairplay in dem kleinen, in sich geschlossenen ... (*Abg Heinz Christian Strache: Jetzt machen Sie ein Glücksspiel daraus!*) Kollege, Sie können dann das Wort gerne nehmen, aber permanent zwischenzureden, bringt nichts! (*Abg Heinz Christian Strache: Ein Glücksspiel! Ein ernstes Glücksspiel!*)

Der Verdrängungswettbewerb in der Branche, der von der Kammer in keiner Weise entkrampft oder entschärft wurde, führte dazu, dass in diesem kleinen Bereich eine übergroße Zahl von Insolvenzen stattfand, mit all den damit verbundenen wirtschaftlichen negativen Konsequenzen.

Das heute zu beschließende Fiakergesetz übernimmt weitestgehend die entsprechenden Passagen aus dem Wiener Veranstaltungsgesetz und bringt problembezogene Neuerungen, die ich kurz aus der Sicht der Stadtregierung darstellen möchte.

Tatsächlich ist es sinnvollerweise angebracht, bis Oktober 2001 eine Reduzierung der Konzessionen auf 120 vorzunehmen und wir sind guten Mutes, dass es durch einen Dialog unter den 19 gewerbetreibenden Fiakerunternehmen zu einer vernünftigen internen Regelung kommt. Sollte das wider Erwarten bis Ende Oktober kommenden Jahres nicht stattfinden, dann ist vorgesehen, dass es zu einem Fairplay kommt, derart, dass die dann vorhandenen Konzessionen auf 120 Stück unter Beisein eines Notars und von Vertretern der Kammer und der Stadt Wien verlost werden.

Das schon angesprochene, wirklich massive Problem der Straßenreinigung, verbunden mit der Geruchsbelästigung auf den Fiakerrouten, wird im § 12 Z 5 geregelt. Hier sind alternativ die Anbringung von Exkremententaschen oder - wie es so schön heißt - ehebaldige und kontinuierliche Reinigungsmaßnahmen in einer nicht näher definierten Form vorgesehen. Das kann in einem Agreement mit der MA 48 passieren, das kann aber auch in Eigenverantwortung der Fiakerunternehmer passieren. In Salzburg gibt es eine derartige Regelung, auch mit Pooh-Bag-Androhung. In Salzburg hat sich herausgestellt, die Stallburschen, die in der Früh die Morgenarbeit leisten, begeben sich

dann auf die Route und mit Fahrrädern und Ledertaschen sorgen sie dafür, dass die Exkremente sich erst gar nicht im Kopfsteinpflaster verfestigen können.

Diese Anrainerbeschwerden mit zunehmender Tendenz haben auch dazu geführt, dass sich die Bezirksvertretung des 1. Bezirks einmütig für eine rasche und nachhaltige Bereinigung der permanent unerträglich gewordenen Situation ausgesprochen hat. Es besteht daher für seriöse Stadtpolitiker in diesem Hause ein absoluter Handlungsbedarf.

Erstmals gibt es eine Betriebszeitenregelung. Auch hier war Wildwuchs an der Tagesordnung. Es wird von 7.00 Uhr bis 22.00 Uhr der Personentransport gesetzlich erlaubt sein. Mit 15 Arbeitsstunden am Tag sollten ausreichende Umsätze und entsprechende Gewinne sichergestellt sein, aber nach 22.00 Uhr sollte auch dem Ruhebedürfnis der Bewohner des 1. Bezirks Rechnung getragen werden.

Auch das Strafausmaß ist neu definiert worden. Während es immerhin 80 Strafen im Jahr 1998 und 50 Verwaltungsstrafen im vorigen Jahr gab - allerdings mit der wirklich lapidaren und keineswegs regulativen Höhe von 1 000 S -, ist jetzt ein Strafausmaß von bis zu 50 000 S vorgesehen, und zwar für wiederholte extreme Vorkommnisse, die da sein können: Nichtbeachtung der Sicherheitsvorschriften durchuntaugliche Fahrzeuge und - was noch viel schwer wiegender ist - Missgriffe im Zusammenhang mit der Tierhaltung, mit dem Tierschutz, also keiner artgerechten Betreuung, Pflege und Ernährung der Pferde.

Kurz zu den Einwänden der Opposition, die hier vorgebracht wurden und teilweise auch in den vorliegenden Anträgen ihren Ausdruck fanden:

Exkremententaschen - so genannte Pooh-Bags, wie der neudeutsche Ausdruck tatsächlich heißt - haben sich in anderen Städten, nicht nur in Brügge, durchaus bewährt, weil es heute schon Anfertigungsformen gibt, die der Bewegungsfreiheit des Schweifs gerecht werden.

Der Kollege Ramharter hat kritisiert, mit Spritzwagen wird der Dreck nur verteilt. Der Kollege Mag Chorherr hat sich wiederum darüber alteriert, dass man in diesem Zusammenhang überhaupt keine wirk samen Maßnahmen setzt. – Also, entweder setzen wir Spritzwagen ein oder wir lassen sie weg. Beiden Oppositionsparteien werden wir da nicht gleichzeitig Genüge tun können.

Die Anbringung von fixen Kennzeichen, die von den Freiheitlichen verlangt wird, zeigt eigentlich, dass sie eine branchenfremde Forderung ist. Fixe Kennzeichen können dem oftmaligen witterungsbedingten Wechsel von geschlossenen Victoriakutschen zu offenen Coupékutschen nicht entsprechen und wenn ein Wagen zur Reparatur muss, ist es eine wesentliche Beeinträchtigung des Umsatzleistungsvermögens, weil der Wagen natürlich während der Reparatur nicht betriebsfähig ist und das Kennzeichen nicht anderweitig eingesetzt werden kann.

Die Vorschreibung von Fahrgestellnummern ist

vom Kosten-Nutzen-Verhältnis her wiederum eine unangemessene administrative Aufwandsetzung. Außerdem sind im § 11 ausreichende Kontrollmöglichkeiten für die Behörde gegeben, die Pferdekutschen auf ihre entsprechende Verkehrstauglichkeit und Sicherheit zu überprüfen.

Abschließend und zusammenfassend: Hoher Landtag, sorgen wir durch ein maßgeschneidertes und angepasstes Fiaker- und Mietwagengesetz für geordnete Zustände, für faire Bedingungen und für ausreichende wirtschaftliche Stabilität der heutigen 19 Unternehmen, damit die Wiener Fiaker in ihrer inoffiziellen Berufshymne, dem bekannten Fiakerlied, weiterhin von "echten Weana-Kindern" singen können und wir nicht zunehmende Kandidaten für die Riemergasse erleben!

Ich danke, Euer Gnäd'n, für die gefällige Aufmerksamkeit und bitte untertägig um Zustimmung! Habe die Ehre! (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Stix zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Rüdiger **Stix**: Herr Präsident! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Nachdem der hohe Vorsitzende des Umwelt- und Verkehrsausschusses mit seinem schönen Familiennamen Hufnagl, der durchaus berufsbezogen ist (*Abg Heinz Hufnagl: Nomen est omen!!*), das Wort ergriffen hat, hätte ich das gerne auch als Anlass genommen, hier den Austausch in weniger Hektik zu machen, aber, meine Damen und Herren, mir ist schon klar - welcher Politiker ist ganz frei davon? -, dass wir uns zwischen politischem Klamauk, Kabarett, Satire, Halbsatire bewegen, und dabei durchaus Stellvertreterkriege für etwas ernster zu nehmende Sachen, für etwas ernster zu nehmende Themen führen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte daher meine Ausführungen, denn es geht immerhin um Wirtschaftslenkung, um Prinzipien, um grundlegende Prinzipien der Wirtschaftslenkung, konzentrieren.

Zuerst bitte ich um Entschuldigung, dass ich jetzt nicht mit dreifachem Salto, fünffach verkleidet und einem etwas zu engen Hut, der meinem alten Freund Karl Ramharter nicht wirklich steht, auftrete: Du solltest ihn vielleicht zwei Hutnummern größer nehmen! Das nur als Tipp. Das war ein kostenloser Vorschlag, so wie du es vorhin gemacht hast. Aber zum Glück bist du freier Mandatar, bist du freier Bürger, es steht dir also auch zu, diesen Hut zu tragen.

Auf die Argumente, die so halb scherhaft im Umweltbereich gekommen sind: Jeder von uns weiß, dass sich die berühmten Hochrechnungen von Malthus, die im Prinzip ein Vorgängermodell des Club of Rome und in ihrer Einseitigkeit unter speziellen Annahmen gar nicht so dumm waren - dasselbe gilt für den Club of Rome -, also für das Ende des Wachstums oder die "Grenzen des Wachstums", auch wenn sich diese Gott sei Dank auf Grund in dieser Einseitigkeit nicht bewahrheitet haben, damit beschäftigt haben,

was eigentlich mit den europäischen Metropolen, im konkreten Fall mit London, passiert, wenn der Pferdeverkehr und der Pferdemist weiter so ansteigen. Es wurde allen Ernstes, sehr korrekt und methodisch nachvollziehbar vorgerechnet und hochgerechnet, dass die europäischen Metropolen - London, aber natürlich auch Wien - schlicht und einfach im Pferdemist versunken sein werden zu heutigen Zeiten, wenn wir weiterhin einen solchen Anstieg gehabt hätten, wie er damals, um die Jahrhundertwende, zu prognostizieren war.

Das ist, wenn man so will, die Ausgangslage, seit wann sich die Administration mit dem Pferdemist beschäftigt, nicht nur pragmatisch, täglich seit 300 Jahren und wahrscheinlich seit 3 000 Jahren - ich glaube, das Pferd ist eine indogermanische genetische Entwicklung, aber da war Wien noch nicht so wirklich im Fiakergewerbe voll entwickelt -, und übergeht in eine theoretische, abstrakte und heute neu zu regelnde Form und Normierung.

Gesetzestechisch - das möchte ich anmerken - bin ich nicht ganz glücklich darüber, die Konstruktion des Fiakers nicht wirklich als ein echtes Gewerbe mit allen Kriterien eines Gewerbes, sondern als Veranstaltung der einzelnen Fiaker anzusehen, denn das würde sehr viel tierschutzrechtliche - mehr noch als gewerberechtliche - Fragen aufwerfen.

Ich will jetzt nicht im Klamauk fortfahren, weil der Kollege Svhalek sich gerade umdreht. (*Berichterstatter amtsf StR Fritz Svhalek: Ich bin da!*) Ich habe schon gesehen, dass du da bist. Entschuldige, falls das jetzt im Internet nicht klar war. Ich habe gesagt, dass du dich umdrehest.

Wenn wir es als Veranstaltung machen, was ist dann? - Es geht nicht nur um die Schlittenhunde, die wir genannt haben. Der klassische Wiener Waglhund - jeder von uns als Mandatarin oder Mandatar weiß, dass er manchmal anziehen muss wie ein Waglhund - ist tatsächlich das Hundegespann.

Den könnte man natürlich genauso in Ziehung nehmen wie irgendein Postunternehmen oder Bedarfspostunternehmen mit Brieftauben. Rechtstechnisch und legitistisch gibt es also jede Menge Konsequenzen, wenn man diese Regelung als eine Musterregelung nimmt, die mit dem Tierschutzrecht wahrscheinlich die eine oder andere Konfusion ergibt.

Auch die anderen Anmerkungen, dass wir in Wien aus irgendwelchen historischen oder kulturellen Gründen womöglich auf diese - sagen wir einmal so - sanitätspolizeilichen Spezialgebiete fixiert sind, wie der Kollege Chorherr gemeint hat, scheint mir eine Spur übertrieben. Er hat es mit den Toiletten argumentiert. Er hat übrigens gar nicht so Unrecht, diese Toiletten - nämlich die österreichische Bauart - haben medizinische Gründe, schlicht und einfach, um danach beurteilen zu können, ob ein Bandwurmbefall drinnen ist.

Im Gegensatz zum Kollegen Chorherr kann ich leider nicht so gut japanisch, ich kann mich allenfalls darauf ausreden, dass meine Frau, die Halbamerikan-

rin ist, als Karatestaatsmeisterin natürlich einen gewissen Bezug zu Japan hat. Also ich bitte die ehrenwerten Millionen japanischen Freunde, die jetzt zuschauen, um eine gewisse Nachsicht. (*Abg Dr Elisabeth Neck-Schaukowitsch: Die sind gar nicht da!*) Ich hoffe, im Internet.

Gerade in Japan wurde erst vor kurzem die Fortentwicklung dieser österreichischen Toilettenlösung propagiert, und das allen Ernstes und durchaus vernünftig, nämlich eine automatische medizinische Diagnostik einer elektronischen Automatik in die Toilette einzubauen. Auch das ist, glaube ich, nicht nur ein Grund, uns - in dem Fall würde ich sagen, verbal - selbst zu beschmutzen oder selbst geißeln zu müssen. Das hat durchaus eine vernünftige medizinische Überlegung hinter sich gehabt, die gerade unseren japanischen Freunden keineswegs fremd ist.

Jetzt aber zum eigentlichen Problem, das in einigen Redebeiträgen immer ein bisschen durchgeleuchtet hat: Wir haben - wenn wir ehrlich sind - eine asymmetrische Wettbewerbssituation.

Über diese müssen wir - wenn wir ordentliche Ge setzgeber sind - abstrakt entscheiden.

Ich als klassischer Ordoliberaler würde im Sinne des Kant'schen Imperativs entscheiden wollen. Es mag Motive geben, anders zu entscheiden. Ich komme dann auch zu dem Unterschied zur derzeitigen Führung der Freiheitlichen Partei, wie vom Karl Ramharter vertreten, die eben eine klassische - die Sozialdemokraten verzeihen - realsozialistische Lösung mit GOS-Plan und GOS-NAP vorsieht.

Worum geht es in diesem Wettbewerb? - Es ist ein Wettbewerb, der auf einem knappen Markt mit knappen Gütern passiert, wo die Explosion der Zahl der Fuhrwerke, die dort tätig sind, dadurch entstanden ist, dass man relativ leicht in diesen Markt hineinkommt, und zwar in der speziellen Situation, dass man mit einer Deckungsbeitragskalkulation arbeitet.

Wenn Sie draußen irgendwo beispielsweise einen Reitstall in der Umgebung von Wien, oder einen Bauernhof in der Umgebung von Wien, besitzen, und Sie in der Kombination einen bäuerlichen Betrieb, einen Reitstall und Kutschenfuhrwerke haben, dann ist es für Sie eine durchaus rationale und vernünftige - ich werfe das niemandem vor - Deckungsbeitragsüberlegung, auch ins Fiakergewerbe hineinzudrängen.

Ich hoffe, ich habe jetzt niemanden beleidigt, dass das so brutal kommt, wenn wir uns um die ernste Steuerungsproblematik kümmern, dass ich mittels Deckungsbeitragskalkulation in einen Markt komme, wo ich in Wirklichkeit Luxusgüter/Luxusdienstleistungen anbiete oder anbieten muss.

Es gibt in einem Markt mit knappen Gütern exakt drei Möglichkeiten:

Eine Möglichkeit - das Liberale Forum hat darauf hingewiesen - wäre die Singapurlösung. Das wäre schlicht und einfach eine Versteigerung, um zu sehen, was der Markt hergibt. Als Ordoliberaler würde ich sagen, mit speziellem Blick darauf, dass bei der Ver-

steigerung darauf geachtet werden muss, dass es keine neuen Monopole gibt, wäre zu versteigern die ehrlichste Lösung, um ehrliche Marktwerte zu bekommen.

Die zweite Lösung ist die Lösung, die in dem Gesetz angesprochen wird, wenn auch sozusagen mit Rute im Fenster, dass man verlost. Das ist eine Möglichkeit, dass man verlost, aber damit gibt man ein pragmatisches Ventil für die bestehenden Fuhrwerksunternehmen auf. Dann kann jeder sagen, bei einer Versteigerung kann ich zwar nicht mithalten, weil ich aus einer Deckungsbeitragskalkulation kommend in den Markt eingetreten bin, das ist ganz klar, dass ich bei einer Versteigerung von Luxusgütern oder von Möglichkeiten, Luxusdienstleistungen anzubieten, nicht mitmachen kann, aber bei einer Verlosung habe ich die gleiche Chance, wie alle anderen, die an dem Verlosungssystem teilnehmen.

Oder man nimmt die dritte Variante, für die es bezeichnend ist, dass ausgerechnet die jetzige Führung der Wiener Freiheitlichen Partei danach ruft, man nimmt eine Zwangsbewirtschaftung. Da wundert mich schon, lieber Karl Ramharter, dass das Prinzip des real existierenden Sozialismus mit GOS-Plan und GOS-NAP und Zwangsbewirtschaftung ausgerechnet aus einer Partei kommt, für die ich Jahrzehntelang gekämpft habe, deren gute Wurzeln ich trage, und deren gute Wurzeln ich natürlich auch gegen alle Tendenzen des real existierenden Sozialismus, gegen alle Tendenzen des Bolschewismus in der FPÖ, verteidigen muss.

Abseits dieser politischen Auseinandersetzung zwischen uns, dass ich sage, ich kämpfe für die enttäuschten freiheitlichen Wähler gegen die derzeitige Führung der Wiener Freiheitlichen Partei, die bolschewistische Lösungen sucht, ist es natürlich eine Möglichkeit. Das ist eine Möglichkeit, die beispielsweise Honecker oder Ceausescu gut gefallen hätte. Das ist eben die klassische Zwangsbewirtschaftung.

Zwischen den drei Steuerungsmodellen klassische Zwangsbewirtschaftung, zwischen Honecker und Ceausescu - ich will jetzt nicht Karl Ramharter in einem Atemzug dazu sagen -, die hier vorgeschlagen worden ist, der Verlosungslösung, die eine Art politische Pragmatik ist, und der Versteigerungslösung, die eine marktgerechte Lösung ist, pendeln wir jetzt ein bisschen durch.

Ich möchte eher aus prinzipiellen Gründen, weil ich als Ordoliberaler dieses Gesetz für eine Kompromisslösung halte, die nicht ganz geglückt ist, ohne leugnen zu wollen, dass die Diskussion in den letzten Jahren sehr schwer war, diesem Gesetz nicht zustimmen. Die tierschutzrechtlichen Bedenken sind die einen, die wirtschaftlichen Steuerungs- und rechtlichen Bedenken sind die anderen.

Ich darf - nicht nur unseren japanischen Freunden, sondern allen Inländern, die im Internet oder sonst wo zuhören und die enttäuschte Freiheitliche sind - versichern: Alles was gut war an der Freiheitlichen Partei, ist bei mir in besten Händen!

Präsident Johann Römer: Wir kommen nun zum Abänderungsantrag, der vom Kollegen Pöschl, vom Liberalen Forum, eingebracht worden ist. Dieser Antrag ist nicht genügend unterstützt.

Ich stelle daher die Unterstützungsfrage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die diesen Antrag unterstützen wollen, die Hand zu heben. - Danke, der Antrag ist somit genügend unterstützt und wird einbezogen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter amtsf StR Fritz Svhalek: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe am Beginn den dezenten Appell gemacht, vielleicht diesem Gesetz doch zuzustimmen. Ich sage ganz offen, nach den beiden historischen Reden von Chorherr und Ramharter bin ich eigentlich sehr froh, dass sie nicht zustimmen, weil die beiden Herrschaften ganz einfach nicht verstehen, worum es geht. Ich sage jetzt ganz offen, ich bin in der seltenen Lage, einmal froh sein zu dürfen, dass Sie nicht zustimmen! Sie haben eigentlich das fortgesetzt, was in den Gesprächen vorher mit allen Beteiligten leider spürbar war: Nein, nein, nein, nein, nein, nein! Alles, was vorgeschlagen wurde, wurde abgelehnt! Sie sind ganz offensichtlich auf diesen Zug aufgesprungen, der eine Kollege mit den tierschützerischen Haltungen, der andere Kollege mit den Haltungen seiner Innung.

Ich sage ganz offen, wenn es Ihnen gelungen ist, meine Damen und Herren von der Opposition, vorher jahrelang den zuständigen Stadtrat damit vertrösten zu können, dass es keine Lösung gegeben hat, dann sage ich Ihnen, ich spiele dieses Spiel nicht mit und habe nach sechs Monaten Zuständigkeit ein Fiakergesetz geschaffen, das einmalig in Europa ist! (*Abg Dr Helmut GÜNTHER: Dass das einmalig in Europa ist, glaube ich!*) Wie die heutige Diskussion zeigt, haben wir richtig entschieden, weil Sie nicht in der Lage sind, auch nur eine Alternative anzubieten! Das gehört mit aller Deutlichkeit gesagt! (*Beifall bei der SPÖ. - Abg Karl Ramharter: Nicht eine Alternative, sondern vier haben wir angeboten!*)

Ich bin im Gegensatz zu Ihnen stolz auf dieses Gesetz, weil es den besten Köpfen, den beteiligten Experten und auch dem Stadtrat gelungen ist, in sechs Monaten etwas auf die Beine zu stellen, was jahrelang nicht gelungen ist. Nehmen Sie zur Kenntnis, wir lassen uns von Ihrer Verweigerungspolitik nicht länger hintanhalten! Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis! (*Beifall bei der SPÖ. - Abg Barbara Schöfnagel: Wer war denn jahrelang in der Regierung? Die Sozialdemokraten!*)

Sie waren nicht in der Lage, Herr Innungsvorsteher! Sie waren unfähig dazu, in Ihrer Ära die Fiaker so weit zu bringen, dass sie überhaupt reden! Das Mindeste was notwendig ist, in der Innung zu reden, haben Sie nicht geschafft! Sie sind in Wirklichkeit schuld an diesem Wucher, wo heute die Politik ein-

greifen muss! Das ist die historische Wahrheit, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ. - Abg Barbara Schöfnagel: Wer ist denn Regierungsverantwortlicher gewesen? Das ist doch lächerlich!*)

Sie sind schuld am Untergang der Fiaker, weil Sie es nicht geschafft haben, sie an einen Tisch zu bringen! (*Abg Dr Helmut GÜNTHER: Ihnen gelingt das, Herr Kollege?*) Wir regeln das und retten damit das Fiakerwesen in Wien! Das ist die Situation! (*Beifall bei der SPÖ. - StR Karin Landauer: Das ist unglaublich!*)

Wir regeln das in der Form, dass wir trotz verfassungsrechtlicher Probleme beschränken, eine Übergangsfrist geben und ab dem nächsten Jahr im Zusammenhang mit den 60 Stellplätzen eine Zahl herstellen, die realistisch ist, die den Bewohnerinnen und Bewohnern des 1. Bezirks zuzumuten ist, die den Wienerinnen und Wienern, die den 1. Bezirk besuchen, zumutbar ist und die auch den Touristen zumutbar ist. Das ist die Situation. Wenn es nicht gelingt, dass sich die Fiaker einigen - jetzt bin ich ganz hart -, dann müssen sie halt einen Weg suchen. Die Stadt ist nicht mehr bereit, auf Grund Ihrer Untätigkeit ausufernd die Bevölkerung weiter zu belasten und auch in Wirklichkeit die Tiere zu zerstören! Das passiert nämlich im ungehemmten Wettbewerb. Nehmen Sie das zur Kenntnis! Wir schaffen in diesem Fall für die Tiere Ordnung. Wir schaffen für die Bürger Ordnung. Und wir schaffen in Wirklichkeit die Grundlage dafür, dass dieses historische Gewerbe überlebt! (*Beifall bei der SPÖ. - Abg Karl Ramharter: Das ist ein Blödsinn!*)

Aber ich bin gerne bereit, über die 13 Stellplätze, die Sie vorschlagen, zu diskutieren. Ich freue mich, in der Aussendung den Fiakern morgen bekannt geben zu dürfen, dass der Ramharter sie auf 13 reduzieren will. (*StR Karin Landauer: Das hat er nicht gesagt! Das darf doch nicht wahr sein!*) Sie haben vielleicht eine Ahnung von dem Thema! 13 Stellplätze betreiben 13 Fiaker? - Ich gratuliere, Herr Ramharter! (*Abg Rudolf Stark: In Brügge sind es 13!*) Ich wünsche Ihnen viel Erfolg, wie Sie das bei den Fiakern begründen, dass Sie heute in Ihrer Rede 13 Fiakerstellplätze gefordert haben! Ich danke Ihnen für diesen hochintellektuellen Beitrag, den Sie heute geleistet haben! (*Abg Dr Herbert Madejski: Er hat gesagt, das ist so groß wie die Innere Stadt!*)

Meine Damen und Herren! In Brügge funktioniert es, aber der Herr Ramharter hat gesagt, er legt das auf Grund der Größenordnung auf Wien um! (*Abg Dr Herbert Madejski: Sie haben das falsch verstanden! Zuhören!*) Nein, ich habe das schon richtig verstanden!

Es gibt ja ein Protokoll. Gott sei Dank arbeiten die Stenografen nicht nur hervorragend, sondern auch richtig. Übrigens, in dem Zusammenhang auch einen Dank an die Stenografen in diesem Hause, die Hervorragendes und Historisches leisten! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Den Kollegen von den Rauchfangkehrern, die ich herzlich begrüße, kann ich nur versichern, so geht es

nicht immer zu. Offensichtlich ist das Fiakerthema heute ein bestimmtes Ventil am Freitag, für das ich natürlich auch Verständnis habe. Bitte schließen Sie nicht von dieser Diskussion auf allfällige Diskussionen, auch Ihr Thema betreffend. (Abg Dr Helmut GÜNTHER: Wenn schlechte Gesetze vorgelegt werden, ist das so!) Das ist ausgezeichnet! Deswegen haben Sie auch nichts dazu beigetragen! (Abg Karl Ramharter: Sie legen hier schlechte Gesetze vor!) Schauen Sie, wenn der Herr Chorherr und Sie kabarettistische Reden halten, ist das die beste Bestätigung, wie gut unser Gesetz ist! (Abg Dr Helmut GÜNTHER: Das haben Sie nicht verdient, Herr Kollege, dass niemand applaudiert! - Abg Mag Christoph Chorherr: Tosender Applaus bei den Sozialdemokraten!)

Meine Kollegen wissen genau, was los ist. Sie müssen nicht bei jeder Bemerkung applaudieren, wie das bei Ihnen abgemacht ist! (Abg Barbara Schöfnagel: Hahaha!)

In dem Zusammenhang weise ich abschließend darauf hin, dass einer der wichtigsten Punkte die Frage der Reinhaltung dieser Stadt ist. Wir haben es uns nicht leicht gemacht. (Beifall des Abg Mag Franz KARL.) Danke! Ich schätze besonders Ihren Beifall. Ich hoffe, dass er sich auf andere Gebiete ausweiten wird. (Abg Gerhard Pfeiffer: Nicht gleich die ganze Hand nehmen!)

Ich hoffe, meine Damen und Herren, dass wir einen richtigen Weg gefunden haben.

Ich wiederhole mein Angebot. Wir haben gesagt, es ist möglich - das bestätigt übrigens auch Frau Präsidentin Loubé -, mit ganz bestimmten Maßnahmen auch für Wiener Pferde Pooh-Bags einzuführen. Das hat allerdings gewisse Voraussetzungen. Es bedeutet, dass junge Pferde damit anzugewöhnen sind. Es bedeutet, dass Pooh-Bags so zu bauen sind, dass sie auch entsprechend für Zweispänner vorhanden sind. Und es bedeutet, dass Pooh-Bags eine gewisse Anlauffrist brauchen. Daher ist es nicht als Alternative auszuschließen, auch nicht von den Tierschützern. Ich zitiere Loubé und ihre Experten. (Abg Mag Christoph Chorherr: Das leugnet sie aber massiv! Sie hat sich irrsinnig über Sie aufgeregt!)

Daher haben wir bewusst diese Möglichkeit - entweder oder - geschaffen, weil ich der Auffassung bin, man sollte die Kreativität haben, auch ein Wiener Modell zu entwickeln, man sollte die Möglichkeit haben, junge Pferde darauf vorzubereiten und es nicht explizit auszuschließen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass ich ganz offen sage, es ist der Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern nicht zumutbar, dass im Rahmen der normalen Straßenreinigung hier entsprechend weiter vorgegangen wird. (Abg Kurth-Bodo Blind: Aber wenn man zahlt, schon!) Das Fiakerwesen bedingt, dass die MA 48 überdurchschnittliche Leistungen auf Wunsch der Bevölkerung erbringen musste, was 12 bis 13 Millionen S gekostet hat. (Abg Barbara Schöfnagel: Bei anderen Veranstaltungen ist das kein Problem!) Das bedeutet, dass wir

im Rahmen der normalen Straßenreinigung von Verursachern, die tatsächlich feststellbar sind, außerordentliche Belastungen der Bevölkerung, aber auch der Kollegen der MA 48 gehabt haben. Daher ist es legitim - ich betone das -, dass wir im Gesetz festgelegt haben, es ist für eine ständige und kontinuierliche Entsorgung zu sorgen.

Das Angebot, das wir gemacht haben, ist ein sehr faires. Wir bieten als MA 48 einen Reinigungsvertrag an. Wenn es allerdings der Fiakerinnung möglich ist und sie die Gelegenheit hat, das privat zu organisieren, dann soll sie es tun. Auch hier eine faire Lösung. Die MA 48 bietet einen Vertrag an, der in einer Größenordnung um 4 Millionen S liegt, wesentlich reduziert zu den tatsächlichen Kosten, und zwar deshalb, weil es der Stadt auch etwas wert ist, dieses kulturhistorische Element zu erhalten. Das ist der Grund, warum wir nicht die tatsächlichen Kosten verrechnen, sondern um 4 Millionen S im Jahr ein Angebot machen. Wenn es allerdings der Innung gelingt, dass sie das billiger und besser und günstiger organisiert, dann soll sie es tun. Ich glaube, mehr Fairness geht nicht im Zusammenhang mit so einer wichtigen Frage.

Abschließend sage ich, wir haben auch als Stadt aus unseren Fehlern gelernt und haben die Vorleistungen gebracht. Ich kann Ihnen mitteilen, dass die MA 30 mit heutigem Tage sämtliche baulichen Maßnahmen bei allen Standplätzen abgeschlossen hat, dass die Einlaufschächte durch bauliche Maßnahmen, durch Schlankfänge, entsprechend verändert wurden, das bedeutet, dass hier ein wesentlicher Schritt von der Stadt getan wurde, um die Problematik zu verbessern, dass gleichzeitig an allen Standplätzen eigene Formen des Brunnens gemacht werden, am Stephansplatz aus städtebildlichen Gründen unter der Erde, also nicht sichtbar und trotzdem sinnvoll.

Ich glaube, wir haben ein gutes Gesetz geschaffen. Wir haben auch bauliche Maßnahmen mit heutigem Tage geschaffen, die Voraussetzungen sind und ich glaube daher, dass dieses Gesetz damit aufräumt, dass immer nur geredet, diskutiert, nein gesagt wird und in Wirklichkeit niemand eine Lösung anbietet. Wir haben eine Lösung für das Gewerbe, dass es nicht stirbt, dass es sich regelt mit Übergangsfristen, dass Konkurrenz aber sehr wohl erlaubt ist. Wir haben die Standplätze in entsprechender Form den Zahlen angepasst. Wir haben die Reinigung organisiert. Ich bin sicher, dass dieses Gesetz ein ausgezeichnetes ist und ich glaube, dass in wenigen Monaten keine Wienerin und kein Wiener mehr eine Beschwerde haben werden. Auch die Fiaker werden glücklich sein, dass mit der Beschränkung im historischen Gewerbe ein Weg gefunden wurde, damit alle überleben. - Danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Johann Römer: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich bringe zuerst den Abänderungsantrag des Liberalen Forums zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die diesem

Abänderungsantrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Der zweite Abänderungsantrag ist von den FPÖ-Abgen Karl Ramharter und Brigitte Reinberger.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Abänderungsantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das ist auch nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich bitte nun jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke. Damit ist das Gesetz in erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Die Postnummer 10 der Tagesordnung betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz geändert wird.

Der Berichterstatter hiezu ist Herr amtsf StR Faymann. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Werner Faymann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe heute schon einmal die Gelegenheit gehabt, zu dieser wichtigen Novelle in der Fragestunde das eine oder andere zu beantworten. Ich hoffe, dass auch diese Debatte die Bedeutung unserer Rauchfangkehrer zum Ausdruck bringen wird.

Präsident Johann Römer: Gemäß § 30 c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen diese Zusammenlegung ein Einspruch erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Mag Vassilakou. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Maria Vassilakou (**GRÜNE**): Herr Präsident! Herr Stadtrat! Hohes Haus!

Nach der Debatte, die wir gerade betreffend Fiaker gehabt haben, ist es natürlich ein bisschen langweilig (*Abg Dr Herbert Madejski: Es kann aber auch lustig werden!*), weil ich hätte jetzt mit einer Rauchfangkehrerbürste erscheinen sollen. Wenn ich es gewusst hätte, hätte ich das natürlich getan, aber ich hatte im Vorhinein nicht erahnen können, welche Vorliebe für Kostüme die Kollegen heute an den Tag legen werden. (*Abg Rudolf Klucsarits: Das ist eine Diskriminierung! Das ist ein Arbeitsgewand bei uns!*)

Wie dem auch sei, es ist gewiss eine Landtagssitzung, die recht spannend ist, weil wir haben es schon mit bestimmten Pferdewindeln zu tun gehabt, wir werden es mit Killerbienen zu tun haben und wir haben es jetzt auch mit den Gefahren zu tun, die wo-

möglich in stillgelegten Kaminen lauern. Auf diesen Teil möchte ich kurz eingehen.

Verehrte Damen und Herren! Rauchfangkehrer, und seit einigen Jahren auch Rauchfangkehrerinnen - was mich sehr freut -, sind ein schöner Anblick auf Wiens Straßen und bringen Glück. Deswegen freut man sich ganz besonders, wenn man einen Rauchfangkehrer auf der Straße sieht. Etwas weniger freut man sich allerdings - das muss ich gestehen -, wenn man zwischen 6 und 7 Uhr in der Früh in Hauspatzchen und Nachthemd die Tür aufmachen muss. Die Freude hält sich in Grenzen, aber man versteht es und man ist schon dankbar, weil es geschieht auch etwas, das dem eigenen Schutz dient, das zu unser aller Schutz dient. Das ist dann schon in Ordnung.

Überhaupt nicht freut man sich allerdings, wenn eine Rechnung ins Haus zugestellt wird, die Kosten darstellt, die vielleicht nicht notwendig waren, die zu vermeiden gewesen wären. So, glaube ich, wird sich die Freude in Grenzen halten, wenn dann die Rechnung wegen der Überprüfung der stillgelegten Kamine, die in dieser Gesetzesnovelle vorgesehen ist, kommt. Ich denke, es wird mir sehr schwer klar zu machen sein, welche Gefahren tatsächlich in stillgelegten Kaminen lauern.

Zwar hat der Herr Stadtrat heute in der Früh gemeint, dass die Experten erklärt hätten, dass das sehr wohl mitunter gewisse Gefahren mit sich bringen kann und dann hat er tote Tauben als Beispiel angeführt. Es tut mir Leid, ich wüsste nicht, wann sich zuletzt eine tote Taube in einem stillgelegten Kamin selbst entzündet hätte. Ich wüsste auch nicht, wie ein Feuer aus einem stillgelegten Kamin entstehen kann. Der wird ja nicht benutzt. Ich bitte, mir zu erklären oder uns zu berichten, welche Katastrophen in Wien in den letzten Jahren und Jahrzehnten durch stillgelegte Kamine hervorgerufen worden sind, auf dass Anlass zum Handeln gegeben ist. Welche Brände hat es gegeben? (*Abg Rudolf Klucsarits: Ich werde es Ihnen erklären! Sie hätten mich aber vorher fragen können, bevor Sie hinausgehen!*)

Der Kollege Klucsarits ist ein Experte. Er wird es uns erklären. Vielleicht ändern wir dann unsere Meinung, weil bis jetzt ist es uns - wie gesagt - nicht ganz so klar.

Wie dem auch sei, die Novelle, die heute zur Bechlussfassung vorliegt, sieht insgesamt schon einige Verbesserungen vor, sowohl was die Sicherheit, den Klimaschutz als auch verschiedene Umweltüberlegungen betrifft. Sie hat aber auch vorrangig - wie ich meine - sehr wohl zu Lasten der Konsumenten die Interessen der Rauchfangkehrerinnung berücksichtigt. Das steht feierlich in der Begründung. Das ist nicht etwas, das ich jetzt boshhaft erfinde oder verdrehe, sondern es steht sogar extra angemerkt, dass den langjährigen Wünschen Rechnung getragen worden ist. So sehr ich es bedauere, dass nun die Einnahmen von Rauchfangkehrern und Rauchfangkehrerinnen in den letzten Jahren stetig zurückgehen müssen, weil

wir immer mehr stillgelegte Kamine haben, weil immer mehr Häuser beispielsweise Fernwärme beziehen, finde ich es eigentlich keinen richtigen Weg, sozusagen ein Körberlgeld durch die jährliche Überprüfung von stillgelegten Kaminen einzuführen.

Ich sage nicht, dass man stillgelegte Kamine nicht überprüfen soll - sofern Sie mir jetzt erklären werden, welche Gefahren dort lauern -, aber ich verstehe nicht, warum diese Überprüfung jährlich erfolgen soll. Das ist mir nicht klar.

Weil der Herr Stadtrat sagt, das wird nicht so teuer für die Konsumenten werden, da es maximal 7 Groschen pro Quadratmeter und Monat sind, habe ich das ungefähr hochgerechnet. Es stimmt schon, es sind halt ein paar 100 S im Jahr, die der Eigentümer eines Wohnhauses dann als Rechnung bekommt und die er schließlich hübsch verteilt auf die Mieter überwälzt. Aber ich kann das auch umgekehrt zusammenrechnen und sagen: Ein paar 100 S pro Haushalt jährlich, wie viele Zehntausende Haushalte kommen neu dazu, die jedes Jahr - erst ab dem Jahr 2000 - überprüft werden müssen?

Wenn ich mir anschaue, wie viele Haushalte bis jetzt nicht jährlich überprüft werden mussten, dann komme ich darauf, dass es viele Tausende, Zehntausende von Haushalten sind und dass das etliche Millionen S sein müssen, die hier, wie gesagt, zustande kommen. (*Abg Rudolf Klucsarits: Geh!*) Geh, geh, geh - ich gehe gleich, Kollege Klucsarits! Ich bin schon ans Ende meiner Rede gekommen.

Sehr wohl denke ich mir, dass es laut Statistik 1996 immerhin 141 600 Haushalte waren, die damals bereits mit Fernwärme versorgt wurden. Hinzu kommen jetzt die Etagenheizungen, die neu überprüft werden müssen, zwar nur einmal alle fünf Jahre, aber sehr wohl auch, und ... (*Abg Rudolf Klucsarits: Wo steht das, dass das ein Rauchfangkehrer macht? Das macht ja nicht der Rauchfangkehrer! Sie reden*) Warten Sie einmal, ich muss jetzt in meinen Unterlagen nachschauen. Genau: auch die Abgasfänge der Gasheizungen, wo außer ein paar Spinnennetzen nichts zu finden sein wird! Denn bekanntlich rußen Gasetagenheizungen kaum.

Alles schön und gut! Aber ich denke mir, wie gesagt, wenn man Einnahmenrückgänge hat - das ist sehr bedauerlich -, kann man sich vielleicht etwas anderes überlegen. Das ist jedoch ganz sicher nicht der Weg, indem man irgendwelche Dinge erfindet, die jetzt auch noch überprüft werden müssen, und laut Schilderung unseres Stadtrats noch dazu so, dass man von oben auf dem Dach hinunter in den Kamin schaut, womöglich mit einem Fernglas, ob dort tote Tauben sind, die sich selbst entzünden könnten. (*Abg Rudolf Klucsarits: Mit dem Fernglas? - Abg Georg Fuchs: Sie haben keine Ahnung!*)

In diesem Sinne: Sehr bedauerlich, aber trotz vieler Verbesserungen, die diese Novelle enthält (*Abg Georg Fuchs: Sehr bedauerlich!*), bei aller Sympathie und im Übrigen bei aller Danksagung an die Rauchfangkehrer

und Rauchfangkehrerinnen und bei aller Wertschätzung ihrer Leistung können wir dem nicht zustimmen. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Klucsarits zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. (*Abg Günter Kenesei: Er rettet das Rauchfangkehrergewerbe! - Abg Rudolf Klucsarits - zum Rednerpult tretend -: Jawohl! - Abg Günter Kenesei: Aber nicht auf Kosten der Mieter!*)

Abg Rudolf Klucsarits (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Hohes Haus! Liebe Kollegen! Frau Kollegin Vassilakou!

Ich habe Sie wirklich immer als Sachpolitikerin geschätzt. Uns verbindet politisch ja nicht allzu viel, aber ich habe Ihren Reden immer sehr genau zugehört, bin manches Mal sogar nachdenklich geworden und habe Ihnen vielleicht auch manches Mal im Nachhinein Recht gegeben. Aber können Sie mir sagen, warum Sie diese Fragen nicht im Ausschuss gestellt haben?

Wir haben dieses Gesetz im Ausschuss behandelt. Dort hätten wir das alles besprechen können! Aber nicht so, dass Kollege Chorherr eine unsachliche Aussendung macht, die hinten und vorne nicht stimmt. Oder es war politisches Kalkül, dass wir im Ausschuss nicht darüber gesprochen haben. Anders kann ich es mir nicht vorstellen. Dort hätten wir alle diese Fragen klären können, und zwar ganz genau. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Für mich ... (*Abg Jutta Sander: Warum haben Sie nicht ganz genau darüber berichtet im Ausschuss? Das wäre auch eine Möglichkeit gewesen! Dann brauchen wir nicht dort immer zu fragen!*) Es war ja für alle dort klar. Für Sie war es anscheinend nicht klar, Sie sind ja die einzige Fraktion, der das nicht klar ist. Nun, dann hätten Sie dort gefragt! (*Abg Mag Maria Vassilakou: Wir sind die einzige Fraktion, die die Stellungnahmen gelesen hat! - Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Das heute zu beschließende Feuerpolizeigesetz ist meiner Ansicht nach wieder ein Zeichen dafür, dass die Stadtregierung alles unternimmt, um Wien zu einer lebenswerten und sicheren Stadt weiterzuentwickeln. Das vorliegende Gesetz ist sicherlich wieder ein Schritt in diese, wie ich meine, richtige Richtung.

Sowohl durch meine Tätigkeit im Wiener Landesfeuerwehrverband als auch durch mein Wirken bei der Wiener Berufsfeuerwehr weiß ich um die Gefährlichkeit von Keller- und Dachbodenbränden. Es war höchste Zeit, dass hier Vorkehrungen getroffen wurden, um durch Prophylaxe und durch Kontrollen solche Gefahren abzuwenden. (*Abg Günter Kenesei: ... schnell in den Kamin hinein?*) Schön, dass Sie sich darüber lustig machen, wenn jemand ... (*Abg Günter Kenesei: Das ist schon greifbar!*) Schön, das spricht für Sie! (*Abg Günter Kenesei: Dass es um ein Körberlgeld für die Rauchfangkehrer geht! - Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Ich komme schon noch zum "Körberlgeld". Sie haben überhaupt keine Ahnung! Sie behaupten etwas, was nicht stimmt. (*Beifall*)

bei der ÖVP. - Abg Günter Kenesei: Na, was denn?)

Das stimmt überhaupt nicht, was Sie sagen. Denn sonst ... (*Abg Gerhard Pfeiffer: Ein Wiederholungstäter!*) Ja, wie üblich, wir kennen ihn eh! (*Abg Mag Maria Vassilakou: Und die Arbeiterkammer auch? Sie meint genau dasselbe in ihren Stellungnahmen!*) Die Arbeiterkammer hat eine positive Stellungnahme dazu abgegeben! (*Abg Mag Maria Vassilakou: Wo, bitte?*) Na, lesen Sie sie doch! Die Arbeiterkammer hat eine positive Stellungnahme dazu abgegeben. Ich bin nicht der Vertreter der Arbeiterkammer, aber lesen Sie es richtig. (*Abg Günter Kenesei: Nein, aber der Rauchfangkehrer!*) Sie sind überhaupt nicht vorbereitet, Sie sagen nur nein dazu. Das ist Ihnen wichtig, sonst nichts! (*Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf des Abg Günter Kenesei.*)

Seit dem verheerenden Ringtheaterbrand im Jahre 1881 ist Wien dafür bekannt, das modernste, aber auch strengste Feuerpolizeigesetz auf dem Gebiet des vorbeugenden Brandschutzes zu haben. Beim ausübenden Brandschutz ist die Wiener Berufsfeuerwehr auf Grund ihrer Ausbildung und Schulung vordbildlich. Natürlich müssen diese Vorschriften von Zeit zu Zeit nachjustiert werden. Auch die heute zu beschließende Novelle gehört dazu.

Ich glaube, wir alle haben es vor einiger Zeit nicht für möglich gehalten, dass es bei uns in Europa zu einer Katastrophe wie im ehemaligen Jugoslawien kommen wird. Trotz Gott sei Dank berechtigter Hoffnungen - ich bin sicher und hoffe ganz fest, dass wir in Österreich so etwas niemals erleben müssen - ist eine verantwortungsvolle Stadtverwaltung gut beraten, im Sinne des Katastrophenschutzes für etwaige Katastrophen, die nie ganz auszuschließen sind, vorzusorgen.

Warum ich gerade in diesem Zusammenhang an den Jugoslawien-Krieg erinnere, hat noch einen anderen Grund. Damals wurden in Kroatien zuerst die Fernheizwerke beschossen. Damit wollte man insbesondere die Wärmeversorgung der Bevölkerung unterbrechen, was leider auch gelang. Die betroffene Bevölkerung wäre damals sehr froh gewesen, wenn es, so wie in Wien, Ersatzrauchfänge - und vor allem: funktionierende Ersatzrauchfänge! - gegeben hätte.

Noch dazu beträgt die Belastung durch diese neuen Prüfvorschriften, Frau Kollegin Vassilakou, bei Neubauten, in denen es Sammelrauchfänge gibt, zwischen 1 und 2 Groschen pro Quadratmeter. (*Abg Mag Maria Vassilakou: Für Sie?*) Diesen Betrag ist Ihnen eine Vorsorge nicht wert?

Aus all diesen Überlegungen heraus, und nicht nur, weil eine EU-Richtlinie die Herabsetzung vorschreibt, begrüßen wir auch die in diesem Gesetz vorgeschriebene Reduzierung der Grenzwerte bei der Überprüfungsplik von Heizkesselanlagen auf 15 kW. Auch da waren Sie falsch informiert, Frau Kollegin Vassilakou. Jeder, der die entsprechende Prüfung hat, darf diese Messung vornehmen, nicht nur die Rauchfangkehrer. Das dürfen auch die Installateure, die Hafner,

die Heizungsbauer und so weiter und so fort. Aber Sie sagen: die Rauchfangkehrer! Sie sind über dieses Gesetz nicht gut informiert.

In Niederösterreich sind diese Werte längst schon Realität. Ich freue mich, dass es der Koalitionsregierung mit unserer Initiative gelungen ist, sich diesem Wert des Nachbarlandes anzupassen. Diese Vereinheitlichung der Vorschriften war im Sinne der Akkordierung der Luftschatzstoffregelung unbedingt notwendig. Denn ich glaube, Sie alle geben mir darin Recht: Die Luft weiß nicht genau, ob sie noch in Niederösterreich oder schon in Wien ist. Daher muss es da eine Vereinheitlichung geben.

Dieses Gesetz garantiert einen aktiven Beitrag zu besserer Luftqualität und bringt darüber hinaus für die Wirtschaft einen wesentlichen Nebeneffekt mit sich. Gerade durch die Messung der Heizkessel auf Schadstoffausstoß und Wirkungsgrad kann man dem Benutzer beweisen, dass ein Umstieg auf einen modernen, energiesparenden, schadstoffarmen Wärmeerzeuger sinnvoll ist. Man weiß ja, dass die Heizkessel in unserer Stadt veraltet sind. Insgesamt könnten laut einer Studie 50 Prozent der Geräte als austauschreif angesehen werden; das sind um die 320 000 Heizkessel. Das stellt ein enormes ökologisches, aber auch ökonomisches Potential dar, das durch dieses Gesetz freigesetzt wird. Derzeit hinken nämlich die Haushaltsheizungen in ihrer technischen Entwicklung hinterher.

Vergleicht man die Situation mit dem Autoverkehr, so sind auf Grund der allgemein kürzeren Lebensdauer der Fahrzeuge immer mehr Autos mit abgasverrigerter Motortechnik unterwegs, was sich positiv auf die Schadstoffbilanz Wiens auswirkt. Im Gegensatz zum Autoverkehr sind bei den Haushaltsheizungen noch viel zu viele Oldies unterwegs. Man braucht sich nur die Entwicklung bei den Schadstoffen vorzustellen, um zu sehen, wie umweltbelastend die Fahrzeuge heute unterwegs sind. Dies, obwohl die technischen Fortschritte gerade in der Brennwerttechnik mit denen in der Autotechnik mehr als Schritt halten.

Im Gegenteil, bei den Heizkesseln ist diese Entwicklung noch rasanter. Ich verweise hierbei nur auf die Brennwerttechnik; es können Wirkungsgrade von weit über 100 Prozent, ja sogar bis zu 120 Prozent erreicht werden. Bei den veralteten Heizkesseln sind wir schon froh, wenn wir zwischen 60 und 70 Prozent erreichen. Das betrifft aber nur die Energieeinsparung. Von den Reduktionsmöglichkeiten bei der Schadstoffbelastung möchte ich hier gar nicht sprechen.

Auf Grund all der Fortschritte, die dieses Gesetz im Sinne der Umwelt und der Sicherheit mit sich bringt, werden wir ihm gerne unsere Zustimmung geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Johann Römer: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau Abg Mag Vassilakou gemeldet. Ich verweise auf die Redezeitbegrenzung im § 20 von fünf Minuten.

Abg Mag Maria Vassilakou (GRÜNE): Sehr geehrter Kollege Klucsarits!

Zunächst einmal besten Dank für Ihre eingangs lobenden Worte! Ich pflege sachlich zu bleiben und ganz sicher nicht Menschen umsonst anzugreifen beziehungsweise Dinge zu verbreiten, von denen ich nicht überzeugt bin, dass sie einer eingehenderen Betrachtung zumindest unterzogen werden sollten.

Es ist gewiss so, dass sich die Arbeiterkammer in späteren Stellungnahmen tatsächlich positiv geäußert hat. In früheren Stellungnahmen, die mir vorliegen, hat sie sich allerdings genau zu den Punkten, die ich hier moniere, sehr wohl sehr negativ geäußert. Diese Punkte sind im Gesetz genauso geblieben und nicht geändert worden. (*Abg Georg Fuchs: Ja, wenn es später ist, dann ist es positiv gemacht worden!* - *Abg Mag Franz KARL: Aber wenn man die Arbeiterkammer heranzieht, sollte man sich überzeugen können!*) Konkret moniert die Arbeiterkammer, dass Verbraucherinteressen zu wenig berücksichtigt worden sind. (*Abg Georg Fuchs: Dann hat sie die Meinung geändert!*) Konkret moniert die Arbeiterkammer ebenso in ihrer Stellungnahme, und zwar aus dem Jahr 1998, wie gesagt, gewiss ... (*GR Georg Fuchs: Jetzt haben wir das Jahr 2000!*) Nein, nicht ... (*Weitere Rufe bei der ÖVP: 2000!*)

Ja, wir haben 2000. Aber es geht darum, ob Dinge, die damals sehr wohl richtigerweise aufgezeigt wurden, später, wie gesagt, so oder anders Eingang ins Gesetz gefunden haben. Die Dinge, die in dieser Stellungnahme moniert wurden, haben eins zu eins Eingang ins Gesetz gefunden. Selbstverständlich interessiert es mich nicht, wieso die Arbeiterkammer zu einem späteren Zeitpunkt diese Dinge ganz einfach nicht mehr erwähnt (*Abg Mag Franz KARL: Wieso interessiert Sie das nicht?*), sich auf andere Dinge und andere Punkte konzentriert und dann ihre Zustimmung erteilt (*Abg Mag Franz KARL: Wieso interessiert Sie das nicht?*), obwohl diese Dinge, die einmal sehr wohl schriftlich argumentiert und übermittelt worden sind, bis zum heutigen Tag keinen Eingang gefunden haben. (*Abg Mag Franz KARL: Man kann doch von etwas überzeugt werden!*)

Man kann schon von etwas überzeugt sein. Man kann aber auch aus verschiedenen Gründen, die ich jetzt nicht wissen kann, Kollege KARL, von etwas absehen. Mich hat jedenfalls diese Stellungnahme, die wirklich sehr sauber, sehr nüchtern und sehr sachlich argumentiert ist, überzeugt, und sie ist für mich keinesfalls überholt. Denn ich sehe nicht, wie gesagt, dass irgendeine dieser Überlegungen bis heute Eingang gefunden hätte. Ich bedauere dies.

Denn ich denke - und es gibt einen allerletzten Punkt -, selbstverständlich sind 1 Groschen und 2 Groschen und 7 Groschen pro Quadratmeter und Monat für einen Privaten womöglich ein Klacks-Betrag. Vielleicht sehen Sie das so. (*Abg Georg Fuchs: Sicherheit muss ja was wert sein!*) Doch volkswirtschaftlich gesehen, kommen wir, wenn wir

diese Beträge zusammenzählen, wie gesagt, auf eine ordentliche Summe. Diese Summe lässt mich daran zweifeln, ob eine Maßnahme an sich sinnvoll ist. (*Abg Georg Fuchs: Das ist keine Berichtigung!*) Denn es geht nicht darum, was es den Einzelnen kostet, sondern es geht darum, was es die Bevölkerung in dieser Stadt im Gesamten kostet und ob es notwendig ist. (*Beifall bei den GRÜNEN. - Abg Georg Fuchs: Das ist keine Berichtigung!*)

Noch einmal, liebe Kollegen von der ÖVP! Ich habe hier nicht gesagt, dass stillgelegte Kamme niemals überprüft werden sollen oder müssen oder dürfen. Ich wage allerdings nach wie vor zu bezweifeln, ob das jährlich der Fall sein muss. Darum geht es und um nichts anderes. - Danke. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsident Johann Römer: Weitere Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Ich erkläre diese Verhandlung für geschlossen und erteile dem Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter amtsf StR Werner Faymann: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, auf Grund der ausführlichen Diskussion in der Früh kann ich es auch hier relativ kurz machen. Herr Kollege Klucsarits hat, glaube ich, sehr deutlich gemacht, dass die Funktion unserer Rauchfangkehrer von einer Bedeutung ist, die mit Prävention zu tun hat, also mit vorbeugendem Brandschutz und Notkaminen, von denen sich jeder wünscht, dass man sie nicht braucht. Jede der Szenarien, die dazu führen würden, dass Notkamine zum Einsatz kommen, wird von niemandem gewünscht oder gewollt. Aber trotzdem müssen die Notkamine funktionieren, denn sonst würde man sie überhaupt nicht brauchen.

Auch die Tatsache, dass jemand Kamine stilllegt, heißt noch nicht, dass sich im Haus nicht trotzdem jemand anschließt. Daher ist es von Bedeutung, ob Mauerreste drinnen sind oder ob der Kamin schadhaft ist. Das ist zu kontrollieren. Sowohl die allgemeinen Teile des Hauses, also auch der Dachboden, als auch die stillgelegten Kamine oder Notkamine müssen so funktionstüchtig sein, dass Personen im Haus nicht gefährdet werden. Das entspricht in diesem Fall einem Wert von 1 Groschen oder von 7 Groschen, den Mieter natürlich zu bezahlen haben. Ich glaube, das steht durchaus in einem politisch für uns gemeinsam sehr gut vertretbaren Verhältnis.

Die Arbeiterkammer hat, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, in der Diskussion vor mehr als einem Jahr davor gewarnt, die Maßnahme zu übertreiben und etwa, sagen wir, in jede Wohnung zu gehen. Dagegen hat sie ihre Bedenken vorgebracht. Darauf wurde selbstverständlich eingegangen, sodass die Maßnahme jetzt nicht vorsieht, dass die Überprüfung von jeder Wohnung aus erfolgt, sondern dass sie, wie gesagt, vom Dachboden, von allgemeinen Teilen des Hauses, von oben her vor sich geht. Davon konnten wir, glaube ich, auch die Verantwortlichen der Arbeiterkammer überzeugen.

Insgesamt möchte auch ich die Gelegenheit, dass

einige Rauchfangkehrer bei uns sind, dazu nützen, für die Arbeit der Rauchfangkehrer - ich glaube, im Namen aller - ein herzliches Dankeschön zu sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Johann Römer: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke, das Gesetz ist somit in erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das Gesetz ist somit in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Die Postnummer 1 der Tagesordnung betrifft den Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenats Wien für das Jahr 1998 an den Wiener Landtag.

Ich bitte die Berichterstatterin, Frau amtsf StR Mag Brauner, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate Brauner: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich lege Ihnen den Tätigkeitsbericht vor und bitte um Diskussion.

Präsident Johann Römer: Danke. - Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr Abg Smoliner zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Marco Smoliner (Liberales Forum): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde versuchen, es kurz zu machen, weil wir diese UVS-Debatten ja jedes Jahr führen und weil sich die Argumente aus dem Grund, dass sich dort nicht viel ändert, auch nicht von Jahr zu Jahr ändern können.

Meine Damen und Herren! Die UVS-Debatte ist so alt wie der UVS, der Unabhängige Verwaltungssenat, in Wien. Wir reden heute wieder einmal über einen Bericht, der zwei Jahre zurückliegt, nämlich über den Bericht von 1998. Ich werde mir erlauben, auf diesen Bericht von 1998 nicht näher einzugehen, auch wenn er jetzt diskutiert wird, weil ich es für wichtig halte, dass wir über die aktuelle Situation des Unabhängigen Verwaltungssenats und über die aktuellen, momentan brennenden Schwierigkeiten im UVS diskutieren.

Meine Damen und Herren! Was die Zuständigkeiten betrifft, darf ich Ihnen in dieser Debatte, weil es hierher gehört, aber auch für den nächsten Tagesordnungspunkt, gleich den Grund nennen, aus dem wir beim nächsten Tagesordnungspunkt nicht zustimmen werden. Wie Sie wissen, wurde der Unabhängige Verwaltungssenat in anderen Bundesländern als Vergabe-Kontrollinstanz geschaffen. Der Verfassungsgerichtshof hat erkannt, dass der Unabhängige Verwaltungssenat - und einzig die Unabhängigen Verwaltungssenate - die notwendige Unabhängigkeit mitbringt. (Der Redner blickt in Richtung ÖVP. Dort steht

Abg Kurth-Bodo Blind bei Abg Mag Franz KARL und spricht mit ihm. - Abg Godwin Schuster: Der Blind versteht das eh nicht!

Präsident Johann Römer (unterbrechend): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe im Saal, damit der Redner weitersprechen kann.

Abg Marco Smoliner (fortsetzend): Der Verfassungsgerichtshof hat erkannt, dass nur die Unabhängigen Verwaltungssenate die notwendige Unabhängigkeit haben, um oberste Vergabebehörden der Länder oder des Bundes in ihren Vergabeentscheidungen zu kontrollieren. Reagiert haben bereits Tirol und Vorarlberg, sie haben die Vergabekontrolle den UVS, den Unabhängigen Verwaltungssenaten der Länder, übertragen. Sogar der Bund hat vom Verfassungsgerichtshof eine Frist bis 31. Dezember 2000 bekommen.

Meine Damen und Herren! Das ist einer der Gründe dafür, dass wir diesem Vergabegesetz heute nicht zustimmen werden. Es ist aber auch einer der Gründe, aus denen dem Unabhängigen Verwaltungssenat in Hinkunft wesentlich mehr Bedeutung zukommen wird. Denn der UVS wird und muss nach dieser Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs in Hinkunft für die Kontrolle des Vergabewesens zuständig sein.

Lassen Sie mich auch ein paar Worte zum Personalstand und zum Arbeitsanfall sagen. Der Personalstand im UVS ist weiter gesunken, der Arbeitsaufwand ist weiter gestiegen. Es gibt keine Nachbesetzung von offenen Planstellen. Die Rückstände sind weiter gestiegen und steigen weiter. Mit Ende 1999 waren mehr als 9 000 Verfahren im Rückstand! Im Dienstreicht gibt es noch immer keine Klarheit darüber, ob ein definitives Dienstverhältnis zum Land Wien besteht. Es gibt Anträge zur Feststellung dieses Dienstverhältnisses, die als unzulässig zurückgewiesen wurden. Deswegen sind Verfahren bei Höchstgerichten anhängig. Es wurde mit dem vorigen UVS-Gesetz die Mitwirkung des Personalausschusses an der Neubestellung von Mitgliedern abgeschafft.

Meine Damen und Herren! In der EDV und in der Dokumentation hat es voriges Jahr Schwierigkeiten gegeben. Was die EDV-Ausstattung betrifft, hat die Umstellung der EDV von IBS auf Faber Soft das System über mehrere Wochen lahm gelegt. Es konnte mehrere Wochen lang nicht judiziert werden, weshalb die Verfahrensanzahl im nächsten Jahresbericht wahrscheinlich geringer ausfallen wird. Die Dokumentation der Fälle nach den belangten Behörden ist noch immer nicht möglich, weil das Präsidium dazu noch immer keine Auskunft an die Dokumentationsstelle gibt, et cetera.

Meine Damen und Herren! Es tut mir Leid, dass das ein sehr sperriges Thema ist, das nur sehr wenige Leute interessiert. Aber der Unabhängige Verwaltungssenat in Wien ist, wie alle UVS in den Ländern, eine sehr wichtige Kontrollinstanz. Wenn eine Kontrollinstanz, die Landesbehörden und Bundesbehörden kontrollieren muss, geschwächt wird, wenn sie perso-

nell ausgehungert wird, wenn sie nicht Strukturen hat, um optimal arbeiten zu können, dann ist das eine Gefahr für die Rechtssicherheit der Bürgerinnen und Bürger, die dort ihre Berufungsentscheidung suchen und sich dort beschweren.

Nehmen Sie zum Beispiel die Beschwerden über polizeiliches Vorgehen nach dem Sicherheitspolizeigesetz. Da geht es um Übergriffsvorwürfe. Die Bürger, die sich beschweren, haben nicht die Sicherheit, dass diese Vorwürfe innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit behandelt werden. Das ist unzumutbar sowohl für die Exekutive, die beschuldigt wird, als auch für die Menschen, die sich in ihren Grundrechten beschnitten fühlen.

Jetzt möchte ich etwas über die Kommunikation zwischen der Landesregierung - dem Land Wien oder der zuständigen Frau Stadträtin - und dem Unabhängigen Verwaltungssenat sagen. Ich habe manchmal den Eindruck, dass eine klare Kommunikation mit dem UVS einfach nicht mehr möglich zu sein scheint oder vielleicht auch nie möglich war. Wann immer ich Menschen im Unabhängigen Verwaltungssenat - insbesondere den Dienststellenausschuss - kontaktiere, bekomme ich klare Antworten auf meine Fragen. Im Ausschuss bekommt man von der Frau Präsidentin klare Antworten auf Fragen.

Wenn ich mir anschaue, wo überall es beim Unabhängigen Verwaltungssenat in Wien krankt, dann frage ich mich: Wie ist es möglich, dass die Landesregierung nichts dagegen unternimmt? Weiß sie nichts davon? Dann ist das ein Problem: Warum können sie nicht miteinander reden? Warum bekommen zum Beispiel die Personalvertreter des UVS keinen Termin, oder warum müssen sie ewig lang warten, bis sie einen Termin bei der Frau Stadträtin bekommen? Warum weiß die Landesregierung nicht, wie es um den Rechtsschutz im Unabhängigen Verwaltungssenat in Wien bestellt ist? Will sie es nicht wissen? Interessiert sie sich nicht dafür? Oder will sie nichts ändern?

Meine Damen und Herren! Wir sind eine gesetzgebende Körperschaft. Wir maßen uns kraft Gesetzes natürlich an, Gesetze zu schaffen und Gesetze zu beschließen. Wenn es eine gesetzliche Instanz wie den UVS gibt, der hier kontrolliert, Bürgerrechte schützt, Entscheidungen kontrolliert und aufhebt, manchmal behebt und manchmal bestätigt, dann müssen wir dieser Instanz zugestehen, dass sie die nötigen Ressourcen personeller Art, die nötige Infrastruktur und die nötige Logistik bekommt, um diese Aufgabe zu erfüllen. Sonst sind wir nicht mehr glaubwürdig.

Daher, meine Damen und Herren von der Landesregierung, insbesondere jene der Regierungsparteien: Setzen Sie sich bitte mit dem UVS in Verbindung - nicht nur mit den Ihrer Partei nahe stehenden Menschen im UVS und nicht nur mit der Frau Präsidentin. Die haben wir eh im Ausschuss, das weiß ich schon. Setzen Sie sich mit der Personalvertretung in Verbindung! Hören Sie einmal Leuten zu, die Sie nicht auf

Sektionssitzungen treffen. Gehen Sie einmal in den UVS hinein, besuchen Sie die Leute, reden Sie mit ihnen und fragen Sie, woran es krankt! Vielleicht erfahren Sie dort etwas Neues.

Wenn Sie dort nichts Neues erfahren und Ihnen sämtliche Missstände ohnehin bekannt sind, dann gehen Sie schleunigst daran, das zu ändern! - Danke. (*Beifall beim Liberalen Forum und der Abg Jutta Sander.*)

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Sander zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Jutta Sander (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Berichterstatterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Reihen sind schwer gelichtet, der UVS ist nicht gefragt. (*Abg Andreas Schieder - auf die sämtlich leeren Sitze der GRÜNEN hinweisend - : Das fällt Ihnen ein? - Abg Godwin Schuster: Wo sind die GRÜNEN?*) Ich sage, was ich schon vorgestern gesagt habe: Meine Fraktion weiß eh, was ich sage. (*Abg Godwin Schuster: Aha!*) Ich bin vorhin da gewesen und habe mir auch angehört, was Abgeordnete anderer Fraktionen gesagt haben. Das Reden für die eigene Fraktion ist überhaupt ein besonders sonderbares Ritual! (*Abg Godwin Schuster: Ich bin neugierig, was geschieht, wenn wir rausgehen ...! Das ist eine untergriffige Argumentation!* - *Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Gut, trotzdem steht es mir frei zu sagen, dass es offensichtlich nicht besonders interessant ist. (*Abg Godwin Schuster: Dass kein einziger GRÜNER Ihnen zuhören will, das können Sie auch sagen!*)

Ich habe das in meinem Klub schon diskutiert, keine Sorge! (*Abg Godwin Schuster: Dem Herrn Smoliner haben sie nicht zugehört!*) Dem Herrn Smoliner habe ich sehr wohl zugehört. Ich habe applaudiert. (*Abg Godwin Schuster: Nein, die GRÜNEN, die ja nicht hier sind!*) Gut, okay, ich nehme es zur Kenntnis und werde es meinen Leuten sagen. Aber da ist auch nichts los und Sie sind viel mehr! (*Abg Andreas Schieder: Hätten Sie den Mund nicht so voll genommen!*)

Ich nehme den Mund so voll, wie es mir hier gefällt, das sage ich jetzt auch. Das ist irgendwie schon sehr witzig. (*Abg Ilse Forster: Da sind wir öfter da, als die GRÜNEN da sind! Zeitweise seid ihr nicht da!*) Gut, wir werden die Sitze mit Stoppuhren, oder ich weiß nicht was, ausstatten. (*Abg Godwin Schuster: Wir haben damit nicht begonnen!* - *Abg Ilse Forster: Sie haben begonnen mit dem Thema, so ist es!* - *Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich werde dann schauen, wie viele von Ihnen da sind. Dann werde ich auch mit Ihnen darüber reden. (*Abg Dr Elisabeth Neckschaukowitsch: Ich würde das nicht ansprechen!* - *Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Gut, kehren wir zum UVS zurück. Vielleicht bringt es ein bisschen Aufregung, oder zumindest diejenigen, die da sitzen, dazu, auch wirklich, ich weiß nicht, zuzuhören. Oder schlafen Sie weiter! Ich weiß es ja nicht. (*Abg Ilse Forster: Was soll wieder diese Unter-*

stellung? Also wirklich, jetzt gehe ich nämlich!) Gut, macht nichts! Der Bericht, den wir heute diskutieren, ist sowieso uralt. Er ist aus dem Jahre 1998, er ist eineinhalb Jahre alt. Die Dinge, die drinstehen, haben wir hier auch schon vor mehreren Jahren besprochen. Es hat sich nichts geändert. In Wirklichkeit ist es Wurscht, ob wir hier etwas sagen oder nicht, weil die Regierung das eh nicht ernst nimmt. Trotzdem möchte ich einen Versuch wagen.

Es ist eine regelmäßige Verspätung und es ist eine gewohnte Verspätung, aber es macht die Sache einfach nicht besser. Ich werde auch nicht im Detail auf den Bericht 1998 eingehen, das zahlt sich überhaupt nicht aus. Man kann wirklich zum tatsächlichen Zustand und zu den Erkenntnissen übergehen, die es auch aus dem Tätigkeitsbericht 1999 herauszulesen geben wird, der bereits beschlossen ist, sodass es kein Geheimnis ist, wie die Situation ausschaut.

Ich meine, der Wiener Landtag hat seine gesetzliche und moralische Verantwortung zu übernehmen und wahrzunehmen. Wir müssten heute eigentlich hier stehen und den Bericht aus dem Jahre 1999 diskutieren. Das organisatorische Chaos hat einen Stand erreicht, dass jemand, der sich beim UVS beschwert, eigentlich gut damit rechnen kann, dass sein Verfahren irgendwann verjähren wird. Das heißt: Leute in Wien, es zahlt sich aus! Macht Beschwerden gegen alles und jedes, irgendwie wird es sich schon ausgehen, dass man die Strafe nicht wird zahlen müssen! - Das kann doch keine Politik dieser Stadt sein! Es kann nicht wirklich das sein, was hier gewollt ist.

Wenn das Personal faktisch um 20 Prozent reduziert wurde - auch wenn der Aktenanfall nicht so drastisch gesunken ist und es wahnsinnige Rückstände gibt - und wenn man sagen muss, dass die nicht erfolgte Nachbesetzung frei gewordener Dienstposten und ein durch eine misslungene Software-Umstellung hervorgerufenes organisatorisches Chaos die Leistungsfähigkeit des UVS nachhaltig beeinträchtigt hat und die Erfüllung der übertragenen Ausgaben zumindest teilweise in Frage stellt, dann ist das die Verantwortung, die hier wahrgenommen wird.

Die Rückstände sind um 30 Prozent gestiegen. Während im Jahre 1998 noch darüber berichtet wurde, dass es rund zwei Drittel eines Arbeitsjahres in Anspruch nehmen würde, wenn man den Rückstand aufarbeiten wollte, ist es jetzt bereits soweit, dass man im Bericht 1999 sagen muss: Man muss ein Jahr zusätzlich arbeiten, damit die Rückstände aufgearbeitet werden können.

Sie wissen, wie es in der Praxis ausschaut, wenn jemand weggeht, aus welchem Grund auch immer. Ich halte es auch nicht für korrekt, wenn den Leuten, vor allem den Frauen, Karenz irgendwie vorgehalten wird. Auf der einen Seite sagt man, die Leute sollen Kinder bekommen und was weiß ich, auf der anderen Seite wird jeder Frau, die in Karenz geht, das auch noch vorgehalten und sozusagen als Betriebsversagen gewertet. Das kann es nicht sein!

Faktum ist, dass die Bewältigung des Aktenrückstands beinahe ein Jahr in Anspruch nehmen würde und dass keine entsprechenden Mitglieder des UVS da sind, die diese Rückstände rechtzeitig aufarbeiten könnten. Die rechtspolitischen Folgen dieser Entwicklung scheinen nicht wirklich hinterfragt zu werden, und es scheint auch kein Interesse daran zu bestehen, dass man diese rechtspolitischen Folgen vorausschauend behebt und Änderungen vornimmt, die fristgerechte Entscheidungen ermöglichen.

Über die misslungene Software-Entwicklung hat bereits Kollege Smoliner gesprochen.

Ich kann eigentlich sagen, dass der Magistrat kein Interesse an einer kontrollierenden Kontrollbehörde hat. Das ist das, was wir hier schon seit Jahren sagen. Dass das unbequem ist, weiß ich. Das dient dann zur Ablenkung woanders hin, aber es bleibt trotzdem so. Der Magistrat hat kein Interesse daran, kontrolliert zu werden, und zwar korrekt kontrolliert zu werden. Deswegen tut man alles, um es nach außen hin irgendwie zu beschönigen, die Leute nicht zu hören und mit ihnen keine Kontakte zu halten. Okay, es wird mit der Präsidentin gesprochen. Aber die Darstellung der Tatsachen aus der Vollversammlung ist mittlerweile auch kein Geheimnis mehr, weil der Bericht vorliegt. In allen Berichten steht es drin, dort kann man es seit Jahren nachlesen.

Wien muss sich überlegen, ob es verwaltungsstrafrechtlich überhaupt noch geführt werden kann. Heuer werden sicherlich Verfahren verjähren. Wer wird für diese Verjährungen die Verantwortung übernehmen?

Diese Verantwortung liegt ganz klar beim Land Wien. Das ist eine Frage von Rechtskultur oder Rechtsunkultur. Der UVS ist bei uns noch relativ neu. Man kann bei einem so jungen Unternehmen sicherlich vieles in viele Richtungen bewegen, wenn man will. Zehn Jahre UVS - wir sind jetzt im zehnten Jahr -, zehn Jahre Chaos und Rechtsunkultur ohne Ende! Ich würde sagen: Die Zeit läuft! (Beifall bei den GRÜNEN und des Abg Marco Smoliner.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dr Ulm zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Wolfgang Ulm (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren - insbesondere jene vom Koalitionspartner möchte ich ansprechen!

Es ist mit der Rechnungsabschlussdebatte der Trend gesetzt worden, dass Redner der beiden Koalitionsparteien einander sagen, was ihnen offensichtlich schon lange ein Anliegen war und was sie schon lange sagen wollten. Ich möchte den Trend insofern fortsetzen, als ich den Koalitionspartner bitte, dem UVS jene Wertschätzung zuteil werden zu lassen, die ihm sicherlich zusteht und die ihm ganz sicher gebührt. (Beifall bei der ÖVP sowie der Abgen Dr Helmut GÜNTHER und Marco Smoliner.)

Sehr viel Richtiges ist bereits von meinen Vorrednern gesagt worden. Es ist ungeheuer wichtig, eine

Rechtsschutzeinrichtung wie den Unabhängigen Verwaltungssenat Wien zu haben, der polizeiliche Maßnahmen sowie Maßnahmen und Bescheide des Magistrats überprüft. Wenn es tatsächlich Kommunikationsprobleme zwischen dem UVS und der Frau Stadträtin geben sollte - und es gibt Anzeichen dafür -, dann sollten diese so rasch wie möglich behoben werden. (*Demonstrativer Beifall der Abgen Marco Smoliner und Georg Fuchs.*) Einer so wichtigen Einrichtung wie dem UVS sind selbstverständlich alle notwendigen Ressourcen an die Hand zu geben, die er benötigt.

Was ist denn das Wesen des UVS, und womit ist er vergleichbar? - Es handelt sich um eine Kontrollinstanz, die durchaus einem Vergleich mit dem Kontrollamt zugänglich ist, für welches es von allen Fraktionen uneingeschränkt die gebührende Wertschätzung gibt. Wir als Gemeinderat und auch als Landtag sind angewiesen auf solche Kontrollinstanzen. Wir sind gut beraten, uns sehr genau anzuschauen, was sie beispielsweise über die Polizei, aber auch - für uns noch bedeutsamer - über den Magistrat aussagen.

Es ist wichtig, ein rechtsstaatliches Verwaltungsverfahren zu haben, in dem die Bürger gehört werden, in dem ausgiebig auf den Willen der Rechtsschutz suchenden Bevölkerung eingegangen wird und in dem man sich mit der Rechtfertigung der Bürger inhaltlich entsprechend auseinander setzt. Auch das steht in diesem Bericht drin. Wir sollten uns das sehr zu Herzen nehmen. Denn ein ordentliches Ermittlungsverfahren beim Magistrat bedeutet größere Transparenz und größere Transparenz bedeutet bessere Akzeptanz seitens des Bürgers und damit in der Folge wiederum eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands.

Ich habe zu Beginn schon den Koalitionspartner angesprochen. Jetzt tue ich das wieder und ganz ausdrücklich, und ich erwarte mir, nachdem ich den folgenden Antrag dem Landtag zur Kenntnis gebracht haben werde, dass es eine deutliche Distanzierung seitens der SPÖ von Tendenzen innerhalb ihrer Fraktion dem Unabhängigen Verwaltungssenat gegenüber gibt. Ich erwarte mir nicht nur eine deutliche Distanzierung, sondern auch eine Entschuldigung. Kollege Schuster wird dann noch Gelegenheit haben, darauf einzugehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich zitiere nun mehr aus einem Antrag, denn die Sozialistische beziehungsweise Sozialdemokratische Partei Österreichs im 3. Bezirk gestellt hat. Thema: Auflösung des Unabhängigen Verwaltungssenats. Der Antrag ist im Büro des Bezirksvorstehers für den 3. Bezirk am 5. Juni 2000 eingegangen und hat die Geschäftszahl S 86/2000. Nur ganz kurz zitiere ich daraus auszugsweise, aber das wörtlich: "Die unperfektionierten Bezirksräte der sozialdemokratischen Fraktion der Bezirksvertretung Landstraße stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung am Donnerstag, dem 8. Juni 2000, folgenden Antrag: Der Bürgermeister der Stadt Wien wird er-

sucht, die Auflösung des Unabhängigen Verwaltungssenats zu prüfen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Es könnte ein wirklich unabhängiger Landesombudsman mit politischer Besetzung eine höhere Effizienz gewährleisten." - Zitat Ende. (*"Unglaublich!"-Rufe und Heiterkeit bei der ÖVP.* - Abg Barbara Schöfnagel: *Typisch!!*)

Ich gehe fix davon aus, dass Herr Kollege Schuster entsprechende Worte zum Vorschlag seiner Kollegen, einen Unabhängigen Verwaltungssenat durch einen Politkommissar zu ersetzen, finden wird. Es ist mir absolut unverständlich, dass es solche Tendenzen offensichtlich in sehr starker Art und Weise beim Koalitionspartner nach wie vor gibt. Ich fordere ihn auf, mehr Flexibilität als bisher an den Tag zu legen und größeren Mut zu Reformen zu zeigen, als das in der Vergangenheit der Fall war, und insbesondere dem ausgezeichneten Unabhängigen Verwaltungssenat, bei dessen Mitgliedern ich mich bei dieser Gelegenheit sehr herzlich bedanken möchte, in Hinkunft noch mehr Kompetenzen zuzuordnen, als das bisher der Fall war.

Denn bisher ist es uns als ÖVP immer nur mit Hilfe des Verfassungsgerichtshofs möglich gewesen, Landeskompakten vorzusehen. Beim Ausländergrundewerb ist es das letzte Mal gelungen. Es gibt beim Vergabegesetz viele Verbesserungen, die uns gelungen sind. Was uns noch nicht gelungen ist, ist, den UVS als Instanz vorzusehen. Aber ich baue erstens auf die konsequente und richtige Politik meiner Fraktion, dass das Bohren harter Bretter doch noch von Erfolg gekrönt sein wird, und ich baue ferner darauf, dass unser Koalitionspartner noch die Flexibilität und den Mut zu Reformen aufbringen wird, der in dieser Frage erforderlich ist. (*Beifall bei der ÖVP und des Abg Marco Smoliner.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dr GÜNTHER zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Helmut GÜNTHER (FPÖ): Frau Präsidentin! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Für den Abschlussbericht des UVS aus dem Jahr 1998 ist es natürlich viel zu spät. Aber jeder Bericht hat eben ein bisschen den Nachteil, dass er eine Nachbetrachtung ist. Das Problem dabei ist, dass alle Berichte der letzten Jahre einander gleichen.

Es ist in gewisser Weise zu sehen, dass der UVS ein bisschen das ungeliebte Kind des Landes Wien ist. Schon als es um die Einrichtung ging, war das Land Wien das letzte Land, das den UVS eingerichtet hat. Seit ich die UVS-Berichte kenne - das ist seit 1991 der Fall -, steht in jedem UVS-Bericht, dass zu wenig Personal vorhanden ist, dass eine Überbelastung mit Arbeit besteht und dass der Rückstand wächst. Sogar im Jahr 1998, als es einen Rückgang der Eingaben im Ausmaß von mehr als 2 000 Stück gab, ist der Rückstand weiter angewachsen.

Die Kollegin hat richtig gesagt, wir sollten jetzt eigentlich über 1999 diskutieren. Es gibt jetzt fast einen

Jahresrückstand. Meine Damen und Herren, da ist die Rechtssicherheit schlichtweg nicht mehr gegeben! Denn es ist richtig, heute kann man es eigentlich nur auf gut Glück probieren und sagen: Vielleicht komme ich durch, sie werden es schon übersehen, das Ganze verjährt, und mir geht es mit meinem Verfahren schon besser.

Aber dieser Bericht 1998 kam auch im Ausschuss zur Diskussion. Auch dort wurden einige Punkte aufgezeigt, und die Präsidentin, die dort anwesend war, hat dort Auskunft gegeben. Ich bin der Meinung, die Auskunft war nicht so ausgezeichnet, wie Kollege Smoliner festgestellt hat, sondern sie war für mich in einigen Fragen völlig unbefriedigend.

Das hat mich veranlasst, einen Brief an die Vollversammlung zu schreiben, mit dem Ersuchen, zu einigen Punkten bezüglich Arbeitsbelastung beziehungsweise bezüglich der Rückstände Stellung zu nehmen. Vor zwei Tagen habe ich von Kollegen Schuster dankenswerterweise eine Antwort bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war überrascht! Ich schreibe an die Vollversammlung des UVS ein Ersuchen um Stellungnahme und auf einmal bekomme ich eine Antwort über den Vorsitzenden des Ausschusses. Das ist so, wie wenn ich meiner Mutter schreibe, und sie schreibt meinem Bruder zurück. Da wird man sich irgendwie wundern. Ich frage mich auch, wo in dem Bereich das Briefgeheimnis ist. Denn das kann es wohl nicht sein: Wenn ich einen persönlichen Brief an die Vollversammlung schreibe, der eine ausgezeichnete Stellungnahme enthält, wird das Gleiche einfach an den Ausschussvorsitzenden weitergeschickt. Ich hätte wenigstens erwartet, mit gleicher Post eine eigene Antwort zu bekommen.

Selbstverständlich ist der Ausschussvorsitzende davon zu informieren. Es war auch ordentlich, dass Kollege Schuster alle Teilnehmer des Ausschusses davon in Kenntnis gesetzt hat und die Antwort beziehungsweise das ergangene Schreiben verteilt hat. Aber wenn ich jemanden um eine Stellungnahme ersuche, erwarte ich, dass ich auf diese Stellungnahme eine Antwort bekomme. (*Beifall bei der FPÖ. - Abg Johann Hatzl: Hat er ja gekriegt!*)

Nein, die habe ich nicht bekommen. Ich habe keine Antwort. Ich habe es nur im Wege des Ausschussvorsitzenden bekommen. (*Abg Johann Hatzl: Das auch!*) Nur, Herr Klubobmann, wenn Sie jemandem schreiben, erwarten Sie doch auch, dass er Ihnen zurückschreibt, und nicht, dass er zum Beispiel Ihrem Landes- oder Bundesparteiobmann zurückschreibt. Das wäre vielleicht eine ähnliche Situation. - Sie erwarten, dass Sie keine Antwort bekommen, sondern Ihnen jemand ganz anderer ...? Das ist überraschend! Aber bitte, wenn das die Art der Briefgestaltung in der SPÖ ist, mag es wohl so bleiben.

Meine Damen und Herren! In dieser Stellungnahme sieht man ganz deutlich, dass der UVS wirklich versucht, seiner Arbeit nachzukommen, und nicht wirk-

lich unterstützt wird, was Personalfragen betrifft, was die EDV-Ausstattung betrifft, was die Dokumentation betrifft, damit das immer gelingen kann. Es wird dort von allen Mitarbeitern ausgezeichnete Arbeit geleistet. Es wird dort für die Rechtssicherheit der Wienerinnen und Wiener ausgezeichnete Arbeit geleistet.

Eine Frage habe ich jetzt noch, vielleicht kann sie uns Kollege Schuster oder Kollege Ulm beantworten. Er hat einen Antrag vorgelesen, der im 3. Bezirk abgegeben wurde. Die Kollegen von der SPÖ im 3. Bezirk müssten an sich wissen, dass der UVS gesetzlich geregelt ist und nicht einfach gegen einen Ombudsmann ausgetauscht werden kann. Aber meine Frage betrifft etwas anderes. Ist der Antrag überhaupt im Bezirk behandelt worden? (*Zwischenruf des Abg Godwin Schuster.*) Also der Bezirksvorsteher hat erkannt ... (*Abg Godwin Schuster: Das ist die Fairness des Ulm!*)

Nein, das war an sich die richtige Frage. Es ist kein Bezirksthema, und ich vermisse ja nicht, dass Kollege Schuster einen FPÖ-Antrag hier im Landtag zulassen würde, der ähnliche Forderungen aufstellt. (*Abg Johann Hatzl: Das hat mit Bezirksthemen nichts zu tun!*) Dass BV Hohenberger erkannt hat, dass das kein Bezirksthema ist, habe ich vermutet und aus dem Grund vorausgesetzt, dass das dort nicht behandelt wird. (*Abg Johann Hatzl: Er wird es schon sagen! Das hat mit Bezirksthemen nichts zu tun!*)

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass der UVS-Bericht 1999, der in der Vollversammlung schon jetzt diskutiert wurde und praktisch fertig ist, im Herbst hier zur Diskussion vorliegen wird. Eine Nachbetrachtung wird es immer sein.

Eines hoffe ich wirklich: dass die Rückstände, die stark die Rechtssicherheit betreffen, abgebaut werden können und nicht weiter aufgebaut werden. Fast ein Jahreslauf an Rückständen ist unzumutbar. Das ist den Wienerinnen und Wienern, die dort Recht suchen, unzumutbar, und es ist auch der Verwaltung unzumutbar. Aus diesem Grund, Frau Stadträtin, rufe ich auch Sie auf, den Personalstand wenigstens dem Planstellenbedarf anzupassen, das dort nachzuziehen und dem UVS die Möglichkeit zu geben, seiner Aufgabe nachzukommen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die freiheitliche Fraktion wird den UVS-Bericht zur Kenntnis nehmen, weil das, was dort festgeschrieben ist, selbstverständlich richtig und klar ist. Sie hofft aber, dass die Unterstützung des UVS durch das Land Wien in den nächsten Jahren endlich besser wird. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg Schuster das Wort.

Abg Godwin Schuster (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wenn der Vertreter unseres Koalitionspartners meint, dass in der Auseinandersetzung um den Rechnungsabschluss offensichtlich der Trend gesetzt wurde, dass man einander hier die Meinung sagt, dann

möchte ich zumindest dem Kollegen ULM Folgendes in Erinnerung rufen: Nicht die Sozialdemokratie war es, die hier den Trend gesetzt hat, einander die Meinung zu sagen, die man einander an und für sich am Tisch sagen sollte, wenn man diese Meinung auch vertritt. Kollege KARL ist hier herausgegangen und hat Dinge gesagt, die nicht nur richtig waren, sondern die seine persönliche Meinung waren. (*Abg Mag Franz KARL: Das tät ich jetzt gern hören!*)

Denn wenn Kollege KARL - um nur einen Punkt von den vielen zu nennen, die du angesprochen hast - hier behauptet hat, wir seien im Zusammenhang mit der Geschäftsordnungsdebatte sehr säumig mit den Vorschlägen zu Behindertenfragen umgegangen, dann weiß Kollege KARL (*Abg Mag Franz KARL: Nein, ich meine, dass man das vorziehen kann!*), dass das ein Teil dieses Pakets ist und so auch mit dem ÖVP-Klub akkordiert ist. Wenn Kollege KARL meint, sich nicht an das halten zu müssen, was wir mit dem Koalitionspartner vereinbaren, ist das sein Problem, aber nicht das Problem der Koalition. Mir tut es daher Leid, dass Kollege ULM diese Form fortgesetzt hat.

Ich bin beim Tätigkeitsbericht. (*Abg Mag Franz KARL: Die Äußerung des Kollegen ULM hat sich auf die Regierungspolitik bezogen, die akkordiert war bei allen Sprechern, vom Ersten bis zum Letzten! Also sag nicht, ich habe angefangen! - Weitere Zwischenrufe.*) Ich habe auch mit etwas Sorge gehört, wie negativ die Behandlung des UVS durch das Land Wien sein soll, und versteh das überhaupt nicht.

Vielleicht weiß es Kollege ULM nicht, aber Kollege Tschirf hat mit mir gemeinsam mindestens zwei Jahre über eine neue Gesetzgebung im UVS verhandelt. Wir beide sind bei Beschlussfassung dieses Gesetzes hier gestanden und waren sehr stolz darauf, dass das, was wir hier eingebracht haben, so auch realisiert werden konnte. Sehr stolz darauf waren wir auch deshalb, weil wir mit diesem Gesetz - Kollege Tschirf steht ja hier - Wesentliches gemacht haben, um die Rechtssicherheit der im UVS Beschäftigten, aber auch um die Unabhängigkeit des UVS noch mehr zu verstärken, als es vorher der Fall war.

Dass ich mich dann hierher stelle und so dramatisch sage - wie er es gesagt hat -, wir müssen die Flexibilität des Koalitionspartners in Bewegung bringen: Das halte ich für ungeheuerlich, dass man uns das hier über dieses Podium so mitteilt! Es ist ganz einfach unrichtig, was Sie gesagt haben, Kollege ULM. Eine solche Profilierungsart ist zumindest dem Gesprächsklima nicht dienlich. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich halte es auch für sehr problematisch, wenn Kollege ULM hier etwas als Tatsache darstellt, was im 3. Bezirk passiert sein soll. Richtig ist - und das ist der einzige richtige Punkt an der Sache -: Ein Bezirksrat im 3. Bezirk hat einen Antrag abgegeben. Richtig ist auch - und das sagt er nicht -, dieser Antrag wurde in der Bezirksvertretung nicht zur Abstimmung gebracht. Das heißt, der SPÖ-Klub im 3. Bezirk hat sich richtigerweise vom Inhalt dieser Einzelmeinung rechtzeitig

distanziert. Sonst wäre er zur Abstimmung gekommen. Wenn dem so gewesen wäre, wäre ich der Erste gewesen - und der SPÖ-Klub insgesamt -, der sich von einer solchen Meinung distanziert hätte. (*Demonstrativer Beifall bei der ÖVP und des Abg Marco Smoliner.*)

Daher gehört es auch zum Gebot des fairen Umgangs, derartige Dinge richtig vorzubringen und zu diskutieren, aber nicht anders. Das ist eine Vorgangsweise, die mir fremd ist - ich sage das ganz ehrlich -, weil ich bisher immer einen anderen politischen Stil gewohnt war und mich von diesem meinen persönlichen Stil auch nicht abbringen lassen will, egal durch welche Äußerungen, die da kommen.

Ich glaube, dass wir in den letzten Jahren, wenn wir über den UVS gesprochen haben, immer über eine Verwaltungseinheit diskutiert haben, die eine Leistung erbringt, die von der überwiegenden Mehrheit dieses Hauses zu Recht besonders hoch qualifiziert wurde und die für die qualitative, aber auch für die quantitative Leistung ständig und zu Recht entsprechendes Lob bekommen hat. Alle Parteien haben das auch heute wieder so gemacht und ich bin persönlich sehr froh darüber.

Ich glaube, dass wir uns ständig bemühen werden und uns auch bemüht haben, für entsprechende Änderungsprozesse, die notwendig sind - im Besonderen im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit des Unabhängigen Verwaltungsenats, aber auch im Zusammenhang mit der Bewältigung der anfallenden Leistung -, unseren Beitrag, den wir auch nur gemeinsam leisten können, einzubringen.

Wir haben bei der letzten Debatte im Vorjahr schon die Entwicklung bemerkt - und ich denke, diese Entwicklung wurde zumindest im Tätigkeitsbericht 1998 eindeutig dokumentiert -, dass der Anfall der notwendigen Leistungen, das heißt, der Aktenzahlen, stark zurückgegangen ist. Laut dem Bericht, der uns vorliegt, lag dieser im Jahr 1998 unter 11 500. Das heißt, es gab einen Rückgang von ungefähr 16 Prozent, wie es auch angeführt ist.

Etwas eigenartig stellt sich für mich die Darstellung der Rückstände bei den Geschäftsfällen dar, und zwar aus folgendem Grund. Wenn sich jemand den Tätigkeitsbericht aufmerksam anschaut, wird er feststellen, dass der Rückstand, der 1998 angeführt ist, jener des Jahres 1997 sein muss. Sonst wäre die Darstellung nicht richtig.

Ich habe mich daher erkundigt, wie hoch der Rückstand zum Jahresende 1998 war. Zumindest der Information nach, die ich erhielt, betrug der Rückstand in der Tat um fast 900 Akte - um 899 Akte - weniger, als jene Zahl, über die meine Vorredner diskutiert haben. Daher lag der Rückstand bei 7 004 Verfahren. (*Abg Marco Smoliner: Haben Sie auch gefragt, wie hoch er 1999 war? Das ist nämlich auch schon vorbei!*) Das habe ich nicht erfragt. (*Abg Marco Smoliner: Dann hätten Sie fragen müssen! Das ist die aktuelle Situation!*)

Wissen Sie, warum ich das nicht erfragt habe?
(Abg Barbara Schöfnagel: Weil es unangenehm ist!)
 Weil ich eine Vorgangsweise habe, die mir Folgendes ermöglicht. Dieser Tätigkeitsbericht für das Jahr 1999 wurde, wenn ich richtig informiert bin, in der Vollversammlung einmal diskutiert, und dieser Tätigkeitsbericht ist Mitte dieses Monats in der Vollversammlung behandelt worden. Ich habe das Datum jetzt nicht genau im Kopf, aber es muss irgendwann um den 16. oder 19. gewesen sein. Ich kenne persönlich den Inhalt nicht, weil er im UVS noch nicht endredigiert ist. *(Abg Marco Smoliner: Ich auch nicht!)*

Mich persönlich wundert es, dass sich manche Politiker offensichtlich Rohberichte zu eignen machen. Ich mache das auch deshalb nicht - und sage das hier in aller Offenheit -, weil ich mir etwas, was wir hier auch immer wieder diskutieren, persönlich wirklich und ernsthaft vorgenommen habe: dass sich politische Parteien in dieses Geschehen nicht einmischen und auch nicht einzumischen haben. *(Abg Dr Helmut GÜNTHER: Welches Geschehen?)* Ich habe den Eindruck, ich halte mich an dieses unser Vorhaben, andere machen das, glaube ich, ein bisschen weniger.

Das heißt, bei dem Rückstand ist etwas anderes festzustellen, als Sie uns hier dargelegt haben. Für mich persönlich war der Hinweis im Tätigkeitsbericht, nein, der Hinweis in dem Schreiben des UVS, auf das Kollege GÜNTHER hier zu Recht Bezug genommen hat, sehr wichtig: dass die Vollversammlung sich nun eine eigene Geschäftsordnung gegeben hat und beschlossen hat, sich eine Frist zu geben, in welcher der Tätigkeitsbericht in Zukunft vorgelegt werden wird.

Diese Frist, die hier festgelegt wurde, ist auch deshalb für mich persönlich wichtig, weil ich es ebenfalls nicht gern habe, dass man fast zwei Jahre oder eineinhalb Jahre später über eine Sache diskutiert, dass wir uns daher hier immer nur über Vergangenes unterhalten und daher vielleicht entsprechende Maßnahmen tatsächlich nicht rechtzeitig ergreifen können. Mit dieser Form von Fristgebung ist sichergestellt, dass wir in Zukunft ehest möglich - ich hoffe es zumindest - über die aktuellen Entwicklungen im UVS Kenntnis erhalten.

Das ist eine Entwicklung, die meiner Ansicht nach grundsätzlich positiv zu bewerten ist. Ich hoffe aber persönlich - wenn hier meine Information stimmt -, dass die Fristen, die sich der UVS selbst gegeben hat, auch realistisch sind. *(Abg Dr Helmut GÜNTHER: Sich einhalten lassen!)* Ich sage das deshalb, weil mir hier erzählt wurde, dass man gesagt hat, nach Beschlussfassung soll der Landtag innerhalb von 14 Tagen informiert werden.

Sie alle wissen, das ist praktisch nicht leicht möglich. Aber das ist ein sehr engagiertes Vorhaben, das sich der UVS hier selbst gegeben hat. Praktisch deshalb nicht möglich, weil wir die Vidende auch in diesem Hause kennen, bis die Frau Landtagspräsidentin die Unterlagen bekommt, sie weitergibt an den Ausschuss, bis der Ausschuss es berät und das Ganze

von dort dann in die Landesregierung und in den Hohen Landtag kommt. Das geht in 14 Tagen wahrscheinlich nicht so einfach. Aber man nimmt es sich zumindest vor und dokumentiert, man möchte rascher die Information weitergeben.

Von den insgesamt 12 140 Erledigungen von 1998 wurden fast 12 000 bescheidmäßig erledigt. Auch hier ist festzustellen, dass eine starke Abnahme gegeben ist. Im Gegensatz zu dieser Anzahl konnte jedoch festgestellt werden, dass jene Verhandlungen, die mittels drei Senatsmitgliedern durchgeführt werden, stark angestiegen sind, was sicherlich auch in Bezug auf den Leistungsumfang eine gewisse Aussagekraft hat.

Es wurden in diesem UVS-Bericht - darüber sollte der Hohe Landtag auch informiert sein - ebenso Mängel aufgezeigt. Bemängelt wurde zum Beispiel die technische Infrastruktur in der Muthgasse. Bemängelt wurde, dass zwar die Hardware gegeben ist, aber die Software noch nicht den Stand der Technik hat, den sich die Mitarbeiter im UVS - ich sage, zu Recht - wünschen. Bemängelt wurde aber auch, dass die Raumtemperatur bei Sonneneinstrahlung offensichtlich extrem hoch ist. Ich meine, dass das Dinge sind, die nicht unbedingt erst im Tätigkeitsbericht angeführt werden sollten, damit sie behoben werden, sondern dass das Dinge sind, die behoben werden sollten, wenn sie auftreten. Das ist mein persönlicher Zugang zu dem Problem, aber wir werden uns sicher auch um dieses bemühen.

Es wird und wurde in den Debattenbeiträgen - insbesondere vom Kollegen Smoliner und der Kollegin Sander - auf den Personalstand hingewiesen. Wenn wir uns noch an die Debatte im Vorjahr erinnern, so haben wir zu Recht darauf hingewiesen, dass in dieser Zeit die Anzahl der notwendigen Dienstposten von der VR überprüft wurde und dass wir in dieser Zeit auch eine Debatte hatten, ob die von der VR angegebene Einsparungsnotwendigkeit der Richtigkeit entspricht. Sie werden sich noch daran erinnern können. Und Sie werden sich auch noch daran erinnern können, dass insbesondere der Vertreter der ÖVP und ich hier herausgegangen sind und - wir hatten uns das so ausgemacht - dass wir gesagt haben, fünf Dienstposten, die de facto frei werden, werden nicht gestrichen, sondern bleiben dort, damit, wenn man sieht, dass die Leistungskomponente wieder steigt, man nicht extra das Verfahren zur Schaffung von neuen Dienstposten wieder in Bewegung setzen muss, sondern nachbesetzen kann. Ich gehe jetzt einmal davon aus - nachdem ich mich dabei nicht einmische -, dass die entsprechenden Dienstposten, die dort vorhanden sind, ausreichen, denn sonst hätte man diese Debatte verwaltungsintern begonnen und geführt. Ich bin persönlich auch nicht der Ansicht, dass personell ausgehungert wird. Diese Ansicht vertrete ich nicht, wenn man sich das Verhältnis anschaut, wie der Leistungszuwachs und der Personalzuwachs im gleichen Zeitraum ist.

Nachdem Sie solche Insider sind, werden Sie es sicherlich wissen, aber ich werde mir einmal im Detail erklären lassen, wie die einzelnen Geschäftszahlen zu Stande kommen, weil mir erzählt worden ist, dass es bei manchen Akten mehrere Geschäftszahlen gibt. Das heißt, ein Vorfall kann möglicherweise drei oder vier Geschäftsfälle bewirken und als solcher wird er numerisch auch behandelt.

Was ich persönlich nicht für sehr optimal empfinde, ist, dass in einer Einrichtung, die wir hier beschlossen haben und die von uns damals so vorgeschlagen wurde, nämlich dem Geschäftsverteilungsausschuss, auch manchmal Fehler passieren. Ich bekam Nachricht, dass jemand vom gleichen UVS bei gleichen Beschwerden bei einer wegen Fristversäumnis abgelehnt, bei der anderen aber zu einer Verhandlung eingeladen wurde. Das ist nicht sehr professionell und sollte an und für sich nicht vorkommen, ich bin aber sicher, dass das Einzelfälle sind, die dann an uns als Politiker herangetragen werden.

Daher komme ich zum Schluss. Ich möchte die Gelegenheit - wie auch die Vorredner - benutzen, um mich nicht nur bei der Präsidentin, Vizepräsidentin und den Senatsmitgliedern von dieser Stelle aus für ihre sicherlich sehr schwierige Aufgabe herzlich zu bedanken, sondern ich möchte mich namens meiner Fraktion auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen, die aber wichtige Arbeit, die für die Gesamtstruktur unbedingt notwendig ist, leisten, ganz herzlich bedanken, weil ich zutiefst von der Wichtigkeit dieser Aufgabe überzeugt bin! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wichtig ist, dass die Rechtssicherheit - darauf ist schon einige Male hingewiesen worden - der Wiener Bevölkerung nicht nur sichergestellt ist, sondern in Zukunft noch mehr gestärkt werden soll, eine Aufgabe, die der UVS selbst nicht erfüllen kann, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass sich die Politik auch künftig nicht einmischen sollte. Das Einmischen mancher Politiker hat zweifellos nicht immer zur Rechtssicherheit innerhalb der Bevölkerung ihren Beitrag geleistet.

Ich persönlich meine, dass wir dem UVS auch in den nächsten zehn Jahren und darüber hinaus viel Erfolg für seine Tätigkeit wünschen sollten! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Smoliner zum Wort gemeldet. Es ist die zweite Wortmeldung. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Marco Smoliner (Liberales Forum): Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Es wird nicht lange dauern. An sich wollte ich nur einen Antrag einbringen, weil Kollege Schuster mich auf einige Widersprüche in seinem Statement reagieren lässt.

Herr Kollege Schuster, wenn man die Behebung von Missständen im Unabhängigen Verwaltungssenat

einfordert, nehmen Sie zur Kenntnis, dass das keine Einmischung ist, sondern meine gesetzmäßige Aufgabe als Mitglied dieses Landtags! (*Abg Godwin Schuster: Die Einmischung ist, dass Sie Informationen weitergeben, die noch nicht veröffentlicht worden sind!*) Ich komme noch auf diesen Vorwurf zurück, der natürlich erfunden ist.

Wenn wir über die Dienstposten sprechen, Herr Kollege Schuster, muss ich sagen, die Frau Präsidentin hat in der Ausschusssitzung im März gesagt - ich habe es extra mitgeschrieben -, sie würde sofort neue Dienstposten oder neue Mitglieder fordern, wenn das notwendig wäre. Damit steht sie im massiven Widerspruch zu ihrer eigenen Vollversammlung. Die eigene Vollversammlung beschwert sich nämlich darüber, dass die vorhandenen Dienstposten nicht nachbesetzt werden. Also sollte vielleicht einmal die Frau Präsidentin ihre Kommunikation mit der Vollversammlung verbessern. Aber das ist auch nicht so schlimm.

Herr Kollege Schuster, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, auch mir ist der Bericht 1999 nicht bekannt, weil er dem Landtag noch nicht vorgelegt wurde! Sie haben gesagt, Sie haben angerufen und gefragt, wie hoch der Rückstand Ende 1998 war. Ich nehme an, das selbe Telefon wäre auch geeignet gewesen, um zu fragen, wie hoch der Rückstand Ende 1999 war, weil das ist auch schon ein paar Monate her. Man hätte nur eine Frage anhängen müssen. (*Abg Godwin Schuster schüttelt verneinend den Kopf.*) Herr Kollege Schuster, tun Sie nicht so unschuldig den Kopf schütteln, entweder wissen Sie, wie hoch der Rückstand war, dann spielen Sie nicht den Unwissenden, der von keinem Bericht eine Ahnung hat, weil er noch nirgends liegt (*Abg Godwin Schuster: Das trennt uns nämlich!*), oder, Herr Kollege Schuster, Sie wollen nicht darüber reden, dass dieser Rückstand bei 9 000 liegt, weil als ich bei der Personalvertretung angerufen habe, hat man mir bereitwillig gesagt, wie hoch dieser Rückstand liegt! (*Abg Godwin Schuster: Bei der Personalvertretung?*)

Ich rufe dort an, von wo ich meine Informationen bekomme. Ich gehe davon aus, dass Sie wesentlich bessere Quellen als ich haben. Also, warum muss ich mich bei Ihnen dafür rechtfertigen, dass ich einmal besser informiert bin als Sie? - Das kann ja nicht so schwierig für Sie sein, dass Sie die geeigneten Informationen bekommen! Sie brauchen sich nicht darüber zu beschweren, dass die Opposition besser informiert ist als Sie, Sie haben alle Möglichkeiten. Unterstellen Sie aber nicht irgendjemandem, dass er irgendeinen Bericht, den es noch nicht gibt, kennt oder zugespielt bekommt oder sonst irgendetwas! Anrufen kann jeder! Einige bekommen halt eine Antwort, andere offenbar nicht! Herr Kollege Schuster, vielleicht sollten Sie wirklich an eine Verbesserung der Kommunikation mit dem UVS denken!

Zum Schluss noch zur ÖVP: Ich begrüße sehr die Einmahnungen von Herrn Dr Ulm beim Koalitionspartner. Ich hätte mir nur gewünscht, dass wir nicht einen

solchen Regierungswechsel brauchen, damit die ÖVP zu diesen Einmahnungen kommt. Aber nichtsdestotrotz begrüße ich sie.

Zu guter Letzt, warum ich hier stehe: Ich möchte noch einen Antrag einbringen. Meine Damen und Herren, es geht mir bei diesem Antrag nicht um Provokation. Es geht mir auch nicht darum, mit diesem Antrag irgendjemanden in die Ecke zu treiben. Worum es mir geht, ist, der Antrag lautet:

"Der Wiener Landtag spricht sich für die Schaffung von Verwaltungsgerichtshöfen der Länder aus und fordert den Landeshauptmann von Wien auf, sich bei der nächsten Landeshauptleutekonferenz und beim Bund dafür einzusetzen."

Wir haben den Antrag extra auf Zuweisung eingebracht, weil wir gerne vom Herrn Landeshauptmann einen schriftlichen Bericht haben wollen, wie er dazu steht. Ich ersuche die beiden Regierungsfraktionen - von der ÖVP nehme ich es sowieso an, aber ich ersuche auch die sozialdemokratische Fraktion -, dass sie für diese Zuweisung sein werden. Verhängen Sie über das Thema Landesverwaltungsgerichtshöfe kein Diskussionsverbot und stimmen Sie zu! (Abg Godwin Schuster: Das ist ein heikles Thema!)

Moment! Ich rede jetzt gar nicht über den Antrag. Stimmen Sie der Zuweisung zu! Lassen Sie zu, dass der Herr Bürgermeister von uns, vom Landtag, ersucht wird, sich dazu zu äußern. Der Herr Landeshauptmann wird sich dazu sicher sehr fachlich äußern können und wir sind neugierig auf diese Äußerung. Das ist der Grund für den Antrag. Wenn Sie sich entscheiden, dass die Zuweisung in Ordnung ist, habe ich überhaupt kein Problem damit. Wenn Sie glauben, dass man darüber nicht reden soll, dann werden Sie das wahrscheinlich auch kundtun. Ich bringe also diesen Antrag ein. - Danke. (Beifall der Abg Jutta Sander.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Zu diesem Tagesordnungspunkt ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort. Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate Brauner: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich werde es kurz machen. Erlauben Sie mir nur eine Bemerkung: Es ist so viel über Kommunikation gesprochen worden und ich wäre eigentlich schon ganz froh, wenn ein Teil der Diskussionsredner den Bericht gelesen und die Zahlen, die darin stehen, zur Kenntnis genommen hätte. Dann wären nämlich einige Wortmeldungen - besonders die vom Kollegen Smoliner, der sich durch eine besondere Theatralik ausgezeichnet hat -, wenn man es ernsthaft diskutiert, anders ausgefallen.

Es wird über Dienstposten diskutiert, es wird über Rückstände diskutiert, aber die entscheidende Frage, sehr geehrte Damen und Herren, ist die des Arbeitsanfalls des UVS. Da gibt es zwei klitzekleine, aber vielleicht nicht ganz unbedeutende Zahlen, die von den Kritikern der Opposition nicht erwähnt wurden. Deswegen erlauben Sie mir, diese entsprechend zu er-

wähnen. Es sind die Geschäftsfälle von 1996 auf 1997 um 3 Prozent zurückgegangen, wenn man die Annexzahlen berücksichtigt, sogar um 7 Prozent, und es sind die Zahlen von 1997 auf 1998 um 16 Prozent zurückgegangen. Das, sehr geehrte Damen und Herren, sollte in der Diskussion berücksichtigt werden, denn nur dann kann sinnvoll diskutiert werden! - Danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die den vorliegenden Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenats für Wien für das Jahr 1998 zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einhellig so zur Kenntnis genommen.

Es ist ein Beschluss- und Resolutionsantrag zu diesem Tagesordnungspunkt vom Liberalen Forum eingebracht worden, betreffend Umwandlung der UVS in Verwaltungsgerichtshöfe der Länder. In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Herrn Landeshauptmann verlangt. Es gibt auch keine andere Behandlungsmöglichkeit.

Wer für die Zuweisung an den Herrn Landeshauptmann ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Freiheitlichen sind dafür, das Liberale Forum ist dafür und die ÖVP ist dafür. (Abg Johann Hatzl: Bitte zählen! - Abg Godwin Schuster: Die Frau Hack ist erst hereingekommen!) Gut, ich bitte die Schriftführer, zu zählen. - 33 sind dafür. Ich bitte, die Gegenstimmen zu zählen. - 36 sind dagegen. Damit hat der Antrag keine Mehrheit gefunden. Er ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Postnummer 2. Diese betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Landesvergabegesetz geändert wird.

Die Berichterstatterin hiezu ist Frau amtsf StR Mag Brauner. Ich bitte, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate Brauner: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte, den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Landesvergabegesetz geändert wird, zu diskutieren und es dann auch zu beschließen. - Danke schön.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Gemäß § 30 c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Sander. Ich erteile es ihr.

Abg Jutta Sander (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Es geht hier um das Landesvergabegesetz und es ist mir, den GRÜNEN und den Frauen ein Anliegen, dass bei Vergaben von öffentlichen Trägern - wo es sich ja um große Summen handelt - Frauen entsprechend berücksichtigt werden. Ich habe hier schon mehrmals erklärt, wie das geht. Ich werde mich bei

den Erklärungen kurz fassen. Es ist eben das Recht von Frauen im Erwerbsleben, gleiche Chancen wie Männer zu bekommen. Dies setzt voraus, dass Unternehmen Frauen anstellen und diese dort, wo sie gegenüber männlichen Arbeitnehmern benachteiligt sind, bevorzugt behandeln und einstellen. Grundsätzlich nützt dies nicht nur Frauen, sondern der gesamten Volkswirtschaft, denn Frauenpolitik ist kein Frauenproblem, sondern das ist ein gesamtgesellschaftliches Geschlechterproblem. Das heißt also, das ist auch ein Problem der Männer und insofern nützt es der gesamten Volkswirtschaft, wenn mitunter einzelne Unternehmen, ungeachtet aller langfristigen Vorteile, die sie aus der Beschäftigung von Frauen ziehen, dadurch vorübergehend belastet werden.

Insgesamt besteht derzeit für Frauen ein großer Mangel an Arbeitsplätzen, ein größerer Mangel als für Männer. Die Behebung dieses Problems ist ein nationales Anliegen, was sich aus Artikel 7 des Bundesverfassungsgesetzes und zahlreichen anderen Vorschriften ableiten lässt.

Die öffentlichen Aufträge haben in Österreich eine normale wirtschaftliche Bedeutung. Ökonomische Analysen qualifizieren die Summe der öffentlichen Aufträge in Österreich mit über 200 Milliarden S pro Jahr. Davon wird ein bedeutender Anteil in Wien vergeben. Daher können im öffentlichen Interesse liegende Ziele sehr effizient über die öffentliche Auftragsvergabe verfolgt werden, was unter anderem auch in der von der letzten Frauenministerin herausgegebenen Broschüre "Öffentliche Auftragsvergabe als Instrument der Frauenförderung" betont wird. Diese Broschüre ist zwar nicht topaktuell, was das Herausgabedatum betrifft, aber der Inhalt ist heute genauso richtig und wichtig wie damals. Es hat sich leider nichts verbessert, man muss tatsächlich auf diese Broschüre zurückgreifen.

Mit dem vorliegenden Antrag, den ich dann einbringen werde, soll angeregt werden, das Wiener Landesvergabegesetz so abzuändern, dass jene Unternehmen bei der Vergabe berücksichtigt werden, die Frauenförderprogramme anwenden. Dieses Kriterium können inländische wie ausländische Unternehmen erfüllen. Die Gesetzesänderung ist daher Europa-rechtskonform. Das wurde von StR Ederer im Jahr 1997 angezweifelt. Sie ist aber ganz klar Europa-rechtskonform. Der Änderungsvorschlag ist eine Konkretisierung des grünen Resolutionsantrags aus dem Jahr 1997, betreffend Wirtschaftsförderungsfonds und Frauenförderung, und des grünen Resolutionsantrags vom September 1997, betreffend Frauenförderung bei Kontrahentenverträgen. Auch auf Bundesebene wurden zu diesem Thema zahlreiche Initiativvorschläge der grünen Fraktion eingebracht.

Leider ist es so, dass sich in den letzten Jahren gar nichts getan hat, was diese Gleichstellungspolitik im Vergabewesen verändert hätte und ich daher eigentlich noch einmal fast von vorne beginnen muss, obwohl in der Zwischenzeit einiges versprochen wurde.

Und zwar ist im Februar 1998 von Seiten der StR Brauner eine Arbeitsgruppe zur Lösung dieses Problems angekündigt worden, aber bis heute gibt es kein Ergebnis dazu. Es hat auch in den Diskussionen immer wieder geheißen, diese frauenfördernde Änderung ist deswegen nicht möglich, weil sich das Landesvergabegesetz nur auf wirtschaftliche Parameter bezieht. Die Änderung dieses Gesetzes wäre aber tatsächlich ein sehr wichtiger volkswirtschaftlicher Parameter. Es sind - sage ich einmal - 50 Gründe genannt worden, warum nichts geht: EU-widrig, Spekulationsangebote wären dann zu erwarten, Qualitätsminderung in der Ausführungsqualität wäre zu befürchten. Also, wenn es um die Gleichstellung von Frauen geht, ist kein Argument zu schlecht, um zu erklären, warum es nicht geht.

Jetzt hoffe ich doch, dass in den letzten zwei Jahren ein bisschen Einsicht eingekehrt ist, dass man gesehen hat, dass es eigentlich notwendig ist, dies zu verändern und dass auch Wien seinen Beitrag zur Veränderung leisten muss. Vielleicht hat in der Zwischenzeit auch das Studium des Vertrags von Maastricht dazu geführt, dass eine derartige Änderung nicht EU-rechtswidrig ist.

In diesem Sinne bringe ich diesen Beschluss- und Resolutionsantrag, betreffend Frauenförderung im Vergabewesen, ein. Immerhin kann man auf Beispiele wie das Brandenburger Modell, das Schweizer Modell und das Berliner Modell verweisen. Welche Modelle es in der Zwischenzeit noch gibt, entzieht sich meiner konkreten Kenntnis.

Ich frage mich aber schon, warum es mittlerweile eigentlich kein Wiener Modell gibt. Das führt dazu, dass sich bezüglich der Frauenförderung bei diesen Vergaben nichts geändert hat. Es geht um sehr viel Geld und das könntefrauenpolitisch, geschlechterpolitisch, sehr nützlich sein.

Zum Gesetz selber haben wir einen Zusatzantrag. Es ist bemerkenswert, dass es zum Beispiel beim Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz kein Problem war, bei der jetzigen Vorlage einen Abs. 3 im § 1 anzufügen, worin die geschlechtergerechte Bezeichnung eingefordert wird, also den Paragraphen, der immer wieder kommt: "Soweit in diesem Gesetz personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise." (*Abg Mag Franz KARL: Kollegin Sander, das ist aber ein Abänderungsantrag, kein Zusatzantrag!*) Daran soll es nicht scheitern! (*Abg Mag Franz KARL: Nein, ich sage es nur!*) Ja.

Ich wundere mich, dass es beim Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz kein Problem war, diesen Passus ins Gesetz aufzunehmen, ohne zusätzlich darauf hinzuweisen. Aber gerade dort, wo es um viel Geld geht, nämlich bei den Vergaben, kommt man nicht einmal auf die Idee, diesen Passus hinzuzufügen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch sagen, dass er uns GRÜNEN viel zu wenig ist, dass es mir und meinen Kolleginnen und Kollegen sehr viel gerechter erscheint.

nen würde, diesen geschlechtergerechten Anspruch so umzusetzen, dass die männliche und die weibliche Form im Gesetz steht, sodass man sich, wenn man das Gesetz liest, als Frau und als Mann gleichermaßen wiederfinden kann. Nachdem ich aber realistisch genug bin, um zu sehen, dass es einfach einen praktischen Kompromiss gibt, der sich so durchgesetzt hat, stelle ich den Antrag, dass nach dem § 111 der § 111a einzufügen ist, der dann lautet: "Soweit in diesem Gesetz personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei Anwendung auf bestimmte Personen ist die jeweils geschlechterspezifische Form zu verwenden."

Ich hoffe, dass unsere Anträge Ihre Zustimmung finden werden. - Danke. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Tschirf zum Wort gemeldet. (*Abg Dr Matthias Tschirf: Ich verzichte!*) - Dr Tschirf verzichtet auf seine Wortmeldung.

Als nächster Redner ist Herr Abg Dr GÜNTHER zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Helmut GÜNTHER (FPÖ): Frau Präsidentin! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Laut Vorblatt dient diese Novelle lediglich zur Umsetzung von EG-Richtlinien und das ist richtig so. Natürlich muss das umgesetzt werden. Es ist 1995 unser Wiener Landesvergabegesetz erlassen worden. Es wurde 1999 novelliert und 1999 hat man schon davon gesprochen, dass diese Umsetzungsnotwendigkeiten gegeben sind. Zwei Punkte sind eigentlich offen geblieben: Der eine ist die Rechtssicherheit beim persönlichen Geltungsbereich und der andere ist ein lange mitgezogenes Problem, das Problem der Nachverhandlung nach Anbotseröffnung, der berühmte § 42 Abs. 2 Wiener Landesvergabegesetz.

Zuerst zur Rechtssicherheit: Das Problem aller österreichischen Landesvergabegesetze - davon gibt es neun, plus ein Bundesvergabegesetz - ist, dass keine klaren Regelungen darin enthalten sind und dass man sich zum Teil seinen Geltungsbereich selber suchen muss. Es gab im Begutachtungsverfahren Diskussionen zwischen den Wiener Stadtwerken und der zuständigen Fachabteilung. In einem Gutachten vom Oktober 1999 schreiben die Wiener Stadtwerke - unterschrieben vom Vorstand, nämlich von GenDior Skyba und von Vorstandsdirektor Joklik - Folgendes zum Bereich WIENER LINIEN und WIENGAS: "Somit sind die WIENER LINIEN beziehungsweise WIENGAS gemäß § 11 Abs. 2 Bundesvergabegesetz als Sektorenauftraggeber dem Bundesvergabegesetz unterworfen." - Diese Antwort hat den ausarbeitenden Beamten nicht gefallen und jetzt kommt ein Telefonat vom 16. November 1999. Da gibt es ein Telefonat mit einem Herrn Sarecek von den Wiener Stadtwerken und dann steht dort in einem Satz: "Im Übrigen halte man es doch für wahrscheinlich, dass zumindest die WIENER LINIEN und WIENGAS dem Wiener Landes-

vergabegesetz unterliegen." - Interessant ist nur, dass das zuerst eine Stellungnahme des Vorstands der Wiener Stadtwerke ist und dann gibt ein Mitarbeiter - vermute ich einmal - die Auskunft, dass man es vielleicht für möglich hält, dass man doch dem Wiener Landesvergabegesetz unterliegt.

Da ich mich auch nicht wirklich ausgekannt habe, habe ich den zuständigen Beamten des Wirtschaftsministeriums und zuständigen Gruppenleiter für das Bundesvergabegesetz angerufen und habe versucht, von ihm eine Klärung zu erlangen. Er hat gesagt, das Hauptproblem der österreichischen Vergabeordnungen ist, dass sie durch neun Länder und ein Bundesvergabegesetz abgedeckt ist und dass es eigentlich nur eine Möglichkeit gibt, die auch im Gesetz vorgesehen ist, dass man eine Art Rechtsmittelbelehrung unten hinschreibt, damit man beim persönlichen Geltungsbereich darstellt, für wen welches Gesetz zuständig ist. Er hat zugesagt, dass von Seiten des Bundes hier eine schnelle Entscheidung getroffen wird, wenn eine derart unsichere Frage auftaucht.

Ich hoffe, dass das auch im Wiener Landesvergabegesetz derartig geregelt ist und es hier schnelle Entscheidungen gibt. Die Fristigkeiten sind vernünftig und gescheit genug.

Der zweite Bereich ist ein schon länger andauernder, das Problem der Nachverhandlung. Bei der Erstausführung des Gesetzes im Jahr 1995 hat man - damals unter dem zuständigen StR Hatzl - hier noch die Nachverhandlung sehr intensiv gefordert. Mit der Zeit ist man draufgekommen, das ist eine Möglichkeit, die ein Vergabegesetz nicht vorsehen kann und hat eine neue Diktion gefunden, die aber auch nicht den Bundesbestimmungen entspricht. Man hätte einfach nur den § 42 Abs. 2 vom § 51 Bundesvergabegesetz abschreiben müssen und der Fall wäre erledigt gewesen.

Man hat den Begriff "Erörterung" noch hineingegeben, um damit sicherzustellen, dass man wirklich noch etwas erörtern kann. "Erörterungen" sind für mich Nachverhandlungen, auch wenn es eine schöne Ausdrucksweise ist.

Aus diesem Grund bringe ich heute einen Zusatzantrag ein, dass in der jetzigen Novelle 2000 auch der § 42 Abs. 2 Wiener Landesvergabegesetz dergestalt geändert wird, dass er die genaue Diktion des § 51 Bundesvergabegesetz übernimmt und damit alle Möglichkeiten der Nachverhandlung, die rechtlich nicht gesichert sind, abgedeckt sind. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Solange hier keine gesetzlich korrekte Regelung getroffen ist, werden die Freiheitlichen dieser Gesetzesnovelle keine Zustimmung erteilen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner ist Herr Abg Harwanegg zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Volkmar Harwanegg (SPÖ): Frau Landtagspräsidentin! Frau Stadträtin! Damen und Herren des Landtags!

Die Vergaberichtlinien der Europäischen Gemeinschaft wurden durch die mit Nummern 97/52/EG und 98/4/EG völkerrechtlich bereits 1996 in Kraft getretenen Welthandelsorganisationenabkommen im öffentlichen Bereich im Wesentlichen neu geschaffen. Daraus ergibt sich auch der Änderungsbedarf des Wiener Landesvergabegesetzes, das zuletzt voriges Jahr durch eine Novelle geändert wurde.

Die vorliegende Novelle dient zur Umsetzung der von mir genannten Richtlinien, mit denen auch die Vergaberichtlinien der Europäischen Gemeinschaft an das Beschaffungsübereinkommen angepasst wurden. Dieses Abkommen bezweckt aber auch eine Liberalisierung der Beschaffungsmärkte der Vertragsstaaten, wodurch auch österreichischen Unternehmen die Teilnahme am wirtschaftlichen Wettbewerb im außereuropäischen Raum erleichtert werden soll. Durch die verstärkten Verständigungs- und Begründungspflichten der Auftraggeber im Falle des Widerrufs eines Vergabeverfahrens ist eine große Transparenz für die Unternehmer und damit eine bessere Bewerkstelligung gewährleistet. Die Verkürzung der Teilnahme- und Angebotsfristen im Falle einer rechtzeitigen und detaillierten Vorinformation macht eine raschere Verwirklichung von öffentlichen Vorhaben möglich, wodurch auch positive Auswirkungen auf die Beschäftigungspolitik zu erwarten sind.

Für die Stadt Wien, deren andere Gebietskörperschaften und Unternehmen bringt der vorliegende Entwurf keine zusätzlichen verwaltungsmäßigen oder finanziellen Belastungen mit sich. Sollte mit den verstärkten Informationspflichten, die in diesem Gesetz vorgesehen sind, für öffentliche Auftraggeber ein Mehraufwand entstehen, wird dieser durch die Verkürzung der Teilnahme- und Angebotsfristen mehr als wettgemacht.

Lassen Sie mich kurz auf einige Punkte der Novelle inhaltlich eingehen: Mit den von mir genannten Richtlinien wurden die Vergaberichtlinien der Europäischen Kommission dem Beschaffungsübereinkommen der WTO, deren Mitglieder neben der Europäischen Kommission auch die Schweiz, Japan und die USA sind, angepasst. Diese Richtlinien müssen - deshalb verstehe ich von meinem Vorredner nicht, warum er das ablehnt - einfach angepasst werden, sonst würden wir nicht konform mit dem EU-Recht sein.

Die neuen Richtlinien sehen verstärkte Verständigungspflichten gegenüber den nicht zum Zuge gekommenen Bieterinnen und Bewerbern und im Falle eines Widerrufs des Vergabeverfahrens - diese Änderungen wurden teilweise schon in der ersten Novelle berücksichtigt - eine bessere Möglichkeit vor.

Es wird auch Erleichterungen für die vergebenen Stellen geben. Gerade die Diskussion in den letzten Tagen zeigt besonders die Notwendigkeit auf, die Angebotsfristen kürzer zu gestalten, wenn am Beginn - das muss ich ausdrücklich betonen - des Wirtschaftsjahres Vorinformationen über beabsichtigte Beschaffungen durchgeführt werden.

Die Einführung des Euro soll ebenfalls berücksichtigt werden, so wie zum Beispiel die Schwellenwerte für die Anwendung des Wiener Landesvergabegesetzes, deren Angebote künftig auch in Euro ausgepreist werden sollen.

Die Bestimmungen über den persönlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes sollen dem Gemeinschaftsrecht angeglichen werden. Die Abgrenzung verfassungsrechtlich vorgesehener Kompetenzen des Bundes ist gerade wegen der Ausgliederung der Wiener Stadtwerke besonders wichtig.

Lassen Sie mich ganz kurz noch auf meine Vorredner eingehen:

Der Abg Smoliner hat hier angekündigt, dass die Liberalen dieser Novelle nicht zustimmen werden. Wir bedauern das aus den von mir dargelegten Gründen, weil - wie gesagt - bei einem Großteil dieser Novelle EU-Recht zur Anwendung kommen soll.

Detto das Anliegen der Abg Sander, bei der Vergabe besonders die Frage der Frauen zu berücksichtigen. Das ist sicherlich ein wichtiger Aspekt. Mir ist aber auch ein anderer Aspekt sehr wichtig, nämlich das Humankapital eines Unternehmens. Die soziale Bilanz ist genauso gleichzusetzen und sicherlich als sehr wichtig anzusehen.

Wenn Abg GÜNTHER die Problematik des Bundesvergabegesetzes im Konnex zu unserem Landesvergabegesetz in zwei Punkten angesprochen hat, so sind diese Faktoren vorhanden. Das Beispiel der Stadtwerke sei angeführt. Ich habe auch darauf Bezug genommen, eine gewisse Rechtssicherheit gerade in diesem Punkt zu erreichen.

Seitens der sozialdemokratischen Fraktion darf ich abschließend sagen, diese Novelle ist aus den dargelegten Gründen einfach notwendig. Wenn man die Aspekte, die angeführt worden sind, abwiegt, sollte man nicht vergessen, dass sehr wohl eine ganze Menge Verbesserungen mit dieser Novelle verbunden sind! (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen.

Ich erteile der Frau Berichterstatterin das Schlusswort.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate Brauner: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

In aller Kürze die Stellungnahme zu den eingebrachten Anträgen:

Ich glaube, dass der Antrag, der von der freiheitlichen Fraktion eingebracht wurde, so nicht angenommen werden sollte. Er unterstellt, dass eine nicht korrekte Regelung in dem Gesetz vorhanden ist. Dies ist nicht richtig, sondern ich glaube, dass die momentane Regelung eine korrekte ist, eine ausreichende und eine für die Notwendigkeiten des Landesvergabegesetzes auch passende.

Gerne fordere ich Sie auf, dem Antrag der Kollegin Sander zur Frage der geschlechtergerechten Bezeichnung zuzustimmen, wobei mir aber klar ist, dass es

hier eher um die Optik geht, die jedoch eine wichtige ist, weil sie Signalwirkung hat.

Gerne gebe ich auch zu, Kollegin Sander, wenn du gesagt hast, dass die Situation im Landesvergabege-setz nach wie vor unbefriedigend ist, was die Sache der Frauen betrifft, und du ungeduldig bist, dass etwas weitergeht - das bin ich auch -, dass das eine äußerst mühselige Entwicklung ist. Leider muss ich aber auch sagen, dass der Weg, den dieser Antrag vorschlägt, uns nicht weiterhilft und ich deswegen nicht empfehlen kann, ihn anzunehmen.

Nach Auskunft meiner sehr bemühten Juristen und Juristinnen, die zugegebenermaßen seit längerer Zeit den Auftrag haben, zu versuchen, speziell in diesem Bereich Frauenförderung besser zu verankern, wurde mir schlüssig erklärt, dass die Frage der Vertragsges-taltung nicht eine Sache des Gesetzes ist und dass wir darüber hinaus - dazu gibt es entsprechende Er-kenntnisse auch des Europäischen Gerichtshofs - die Frage, die uns wichtig ist, im Rahmen des Gesetzes sehr schwer verankern können.

Was wir machen können, ist, in den Vergabericht-linien Schritte zu setzen. Das habe ich schon getan. Genauso wie in den Vergaberichtlinien festgelegt ist, dass Verstöße gegen den Arbeitnehmerschutz oder Schwarzarbeitsgesetze geahndet werden müssen, steht darin auch, dass das Gleichbehandlungsgesetz zu prüfen ist, ob nicht Verstöße gegen das Gleichbe-handlungsgesetz vorliegen. Diese Möglichkeit ist da und ich habe sie schon genutzt.

Darüber hinaus sind die Vorschläge in dieser Form jedenfalls im Gesetz so leider nicht möglich. Es ist natürlich diskutierenswert, dass man versucht, in den Verträgen auf Gleichbehandlung und Frauenförderung einzugehen, da sind aber die Frage der Kontrolle und auch die Frage des Zielkonflikts mit anderen sozial berechtigten Anliegen nach wie vor unbeantwortet. Mein Kollege hat schon einige Dinge angesprochen, die unbeantwortet sind.

Ich versuche weiter anhand konkreter Modellpro- jekte eine Lösung zu finden, wobei ich gerne zugebe, das verspreche ich schon lang und bis jetzt ist nichts passiert. Aber es ist leider nicht einfach, wenn man nicht nur in die Vergaberichtlinien hineinschreiben möchte, Frauenförderung ist zu berücksichtigen, damit man nachher sagen kann, es steht drinnen, wissend, das ist nicht das Papier wert, auf dem es geschrieben steht. Ich versuche wirklich eine Lösung zu finden, die etwas weiterbringt. Das ist leider äußerst kompliziert, langwierig und mühsam - auch mir zu langwierig und zu mühsam -, aber es ist die ehrliche Antwort. Wir haben bis jetzt keinen besseren Weg gefunden.

Die Intentionen und die Inhalte, dass man ver-sucht, Frauenförderung zu berücksichtigen, unterstüt-ze ich 100-prozentig. Der aufgezeigte Weg ist aber leider kein möglicher.

Im Übrigen bitte ich, dem Gesetz zuzustimmen, von dem ich glaube, dass es einige sehr positive Din-ge beinhaltet. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Frau Be-richterstatterin. - Wir kommen nunmehr zur Abstim-mung. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Geset-zesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vor-lage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wol- len, die Hand zu heben. - Danke. Das Gesetz ist somit einstimmig angenommen. (*Abg Mag Hilmar Kabas: Nein! Das stimmt nicht!*) Nicht? - Entschuldigung, ich wiederhole, ich habe leider nicht geschaut. Entschul-digung vielmals, das war mein Fehler. Darf ich noch einmal bitten, mir zu zeigen, wie Sie abgestimmt ha-ben?

Wer für das Gesetz ist, den bitte ich um ein Zei-chen mit der Hand. - Das ist mit Mehrheit beschlos-sen.

Wir stimmen nun über eine Ergänzung zur einge-brachten Gesetzesvorlage ab, nämlich über den Zu-satzantrag der GRÜNEN, wo beantragt wird, dass die personenbezogenen Bezeichnungen nicht nur in männ-licher Form, sondern für Männer und Frauen in glei-cher Weise erfolgen sollen.

Ich darf die Damen und Herren Abgeordneten bit-ten, ein Zeichen mit der Hand zu geben, wenn Sie für diesen Antrag sind. - Dieser Antrag ist einstimmig angenommen. (*Abg Dr Rüdiger Stix: Nein!*) Nicht ein-stimmig, eine Enthaltung. (*Abg Dr Rüdiger Stix: Eine Gegenstimme!*) Eine Gegenstimme.

Das Gesetz ist somit in erster Lesung angenom-men.

Es sind zwei Beschluss- und Resolutionsanträge eingebracht worden:

Ein Beschluss- und Resolutionsantrag der Abg Jutta Sander und FreundInnen. Hier wird in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung des Antrags bean-traggt.

Wer für diesen Beschluss- und Resolutionsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit und damit abgelehnt.

Ein Beschluss- und Resolutionsantrag der Freiheitli-chen, der zwar als Zusatzantrag bezeichnet wird, aber inhaltlich ein Beschluss- und Resolutionsantrag ist, wo die Zuweisung an die amtsführende Stadträtin für Finanzen und Wirtschaftspolitik beantragt wird.

Wer mit dieser Zuweisung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit und damit abgelehnt.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Wider-spruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Mehrheit. Da-mit ist das Gesetz angenommen.

Die Postnummer 3 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Wiener Stadtver-fassung geändert wird.

Die Berichterstatterin hiezu ist Frau amtsf StR Mag

Brauner. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate Brauner: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich ersuche Sie, dem Entwurf dieses Gesetzes, mit dem die Wiener Stadtverfassung geändert wird, zuzustimmen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Damit ist das Gesetz in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Auch in zweiter Lesung ist das Gesetz einstimmig angenommen.

Die Postnummer 4 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1994 (9. Novelle zur Dienstordnung 1994), die Besoldungsordnung 1994 (14. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Pensionsordnung 1995 (9. Novelle zur Pensionsordnung 1995) und die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (9. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995) geändert werden.

Die Berichterstatterin hiezu ist Frau amtsf StR Mag Brauner. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate Brauner: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte Sie, der Gesetzesnovelle, mit der diverse Dienst-, Besoldungs-, Pensions- und Vertragsbedienstetenordnungen verändert werden, zuzustimmen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die einstimmige Annahme in erster Lesung.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Auch in zweiter Lesung ist das Gesetz einstimmig beschlossen.

Die Postnummer 5 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes betreffend die Sicherung, Aufbewahrung und Nutzung von in Eigentum oder Verwahrung der Stadt Wien befindlichem Archivgut (Wiener Archivgesetz).

Der Berichterstatter hiezu ist Herr amtsf StR Dr Marboe. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Dr Peter Marboe: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Man sagt gerne, dass Archive das Gedächtnis der Gesellschaft sind. In Wien hat diesbezüglich eine gesetzliche Regelung auf Landesebene gefehlt, welche die Erhaltung rechtlich und historisch bedeutsamer Unterlagen sichert und den Zugang zu diesem Archivgut umfassend regelt. Mit dem vorliegenden Gesetz soll diese Lücke im Rechtsbestand geschlossen werden.

Ich ersuche daher um Annahme des Gesetzesentwurfs.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Dieses Gesetz ist in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Die Postnummer 6 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Regelung des Veranstaltungswesens (Wiener Veranstaltungsgesetz) geändert wird (Veranstaltungsgesetznovelle 2000).

Der Berichterstatter hiezu ist Herr amtsf StR Dr Marboe. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Dr Peter Marboe: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Es geht im vorliegenden Gesetzesentwurf im Wesentlichen um die legistischen Maßnahmen zur Verfahrensvereinfachung und Verfahrensbeschleunigung betreffend Vorträge, Vorlesungen sowie ambulante Schaustellerkonzessionen, ferner um eine Erleichterung betreffend den ärztlichen Dienst für herkömmliche Theatervorstellungen und Musikdarbietungen ohne besonderes Gefahrenpotential, legistische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Euro-Umstellung und schließlich eine Neudefinition des Begriffs "Münzgewinnspielapparate". Letzteres - darauf darf ich aufmerksam machen - wurde auf Grund eines Abänderungsantrags im Ausschuss Kultur mit einem veränderten Gesetzentext aufgenommen und ersetzt die in der Regierungsvorlage vorgesehenen Bestimmungen betreffend die vorläufige Zulassung von Spielapparaten.

Im Wesentlichen, meine Damen und Herren, soll mit dieser Novelle eine verfahrensvereinfachende und deregulierende Wirkung erzielt werden.

Ich ersuche daher um Annahme dieses Gesetzesentwurfs.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Auch zu diesem Gesetzesentwurf und Tagesordnungspunkt liegt mir keine Wortmeldung vor. Wir kommen deshalb gleich

zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in der vom Ausschuss vorgelegten Fassung in erster Lesung zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. - Damit ist das Gesetz in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist auch in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Die Postnummer 9 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes über die Haltung und die Zucht von Bienen sowie über eine Änderung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes (Wiener Bienenzuchtgesetz).

Der Berichterstatter hiezu ist Herr amtsf StR Svihalek. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Fritz Svihalek: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte zu eröffnen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Damit ist das Gesetz in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Die Postnummer 11 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Sportgroschen gesetz für Wien 1983 geändert wird.

Die Berichterstatterin hiezu ist Frau amtsf StR Mag Ederer. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Gesetzesentwurf.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Da auch zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Damit ist das Gesetz in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, kommen wir sofort zur zweiten Lesung. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Damit ist dieses Gesetz auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Die Postnummer 12 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Einhebung einer Abgabe für das Halten von Wachhunden und Hunden, die zur Ausübung eines Berufs oder Erwerbs gehalten werden (Hundeabgabegesetz), geändert wird.

Die Berichterstatterin hiezu ist Frau amtsf StR Mag Ederer. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Gesetzesentwurf.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Dieses Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig beschlossen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, kommen wir sofort zur zweiten Lesung. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Auch in zweiter Lesung wurde dieses Gesetz einstimmig beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Weg bekannt gegeben.

Ich wünsche allen, die ein wenig Freizeit haben oder ihren Urlaub antreten, einen sehr schönen Urlaub! (*Allgemeiner Beifall*.)

Die Sitzung ist geschlossen.

(*Schluss um 14.54 Uhr*.)

